

Standpunkte

Zeitschrift der Studierenden der Volkswirtschaftslehre an der WU



Mit vielen Brillen Ökonomie als plurale Wissenschaft

Plurales Manifest

Studierende aus zwanzig Ländern haben ein gemeinsames Manifest veröffentlicht, mit dem sie für mehr Vielfalt im Ökonomie-Studium eintreten. Die International Student Initiative for Pluralism in Economics wird auch von Studierenden an der WU getragen.

Seite 4

Strategy of the Commons

Gemeingüter als neuer Weg? Die Auffassung von der Tragik der Allmende gilt spätestens seit Elinor Ostrom als relativiert. Wir betrachten, wie gemeinsame Nutzung von Ressourcen funktionieren kann, und warum Commons auch Marktprozesse ablösen könnten.

Seite 18

Pikettys „Kapital“

Kaum ein Buch hat in den ökonomischen Diskurs eingeschlagen wie *Capital in the Twenty-First Century*. Pressestimmen handeln den Autor Thomas Piketty bereits als neuen Marx. Wir werfen einen kritischen Blick auf seine „Verteilungsbibel“.

Seite 8

inhalt editorial

3 Die Studienvertretung berichtet

SCHWERPUNKT PLURALITÄT

4 Wie Pluralismus wieder zur WU kommt
von Steffen Bettin

5 International Student Call for Pluralism in Economics
das Manifest der Studierenden

6 Das „Manifest für eine Pluralistische Ökonomik“
Gastkommentar von Maximilian Kasy

7 „Economics of Inequality“: Einladung zur NOeG-Tagung
von Wilfried Altzinger

8 Pikettys Kapital: Neuer Schwung für die Kapitalismuskritik?
von Matthias Schnetzer

12 Why Neoliberalism?
von Atanas Pekanov

14 Ökonomie als Raum sozial-ökologischen Handelns
Interview mit Adelheid Biesecker

16 Verhaltensökonomie: Revolution des ökonomischen Mainstreams?
von Hendrik Theine

SCHWERPUNKT COMMONS

18 Governing the Commons:
Elinor Ostrom und die „Tragik der Allmende“
von Hannah Fietz

20 Commons – Gesellschaft neu denken
Gastartikel von Brigitte Kratzwald

23 Nahversorgung auf eigene Faust
von Peter Schauer

24 Kommunale Landrechte und Privatisierungsdruck
von Carla Weinzierl

27 Steve Keesen kommt nach Wien
Kommentar von Benedikt Göhmann

28 Ukraine: Verstrickte Interessenslagen
Interview mit Gerhard Senft

BUCHREZENSIONEN

8 Thomas Piketty: Capital in the 21st Century
von Matthias Schnetzer

30 Damit gutes Leben einfacher wird
von Leon Leuser

32 Joachim Becker et. al.: Fit für die Krise?
von Harald Wieser

33 Ökonomie der internationalen Entwicklung
von Carla Weinzierl

34 J. K. Galbraith: The Affluent Society
von Ruth Fulterer

WER UNTERRICHTET DICH?

35 Interview mit a.o.Univ.Prof. Dr. Alfred Stiasny
von Andreas Sator

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Zuerst möchten wir uns bei unseren treuen LeserInnen für das verspätete Erscheinen dieser Ausgabe und für die nicht erschienene Ausgabe des letzten Semesters entschuldigen. Einer Reihe von Ereignissen der jüngsten Vergangenheit zum Dank konnte uns aber nichts mehr davon abhalten, die Ausgabe 12 der Standpunkte zu Ende zu bringen.

Eines dieser Ereignisse ist das Erscheinen von Thomas Pikettys Verteilungsbibel „Capital in the 21st Century“, die nicht nur hitzige Debatten in Bezug auf die Verteilungsproblematik, sondern auch auf das Verhältnis von Heterodoxie und Orthodoxie ausgelöst hat. Matthias Schnetzer (AK Wien), dem wir einen Gastartikel verdanken, hat das Buch nicht nur gelesen, sondern auch ausführlich rezensiert. Es ist uns eine Freude, die Zeitung im Rahmen der Jahrestagung der Nationalökonomischen Gesellschaft (NOeG), die in diesem Jahr zu dem Thema „Economics of Inequality“ abgehalten wird, einem über die Grenzen der WU und unseren StammleserInnen hinausgehenden Publikum präsentieren zu können. Willi Altzinger bekräftigt die Dringlichkeit, Verteilungsaspekte nicht außen vor zu lassen.

Am 5. Mai 2014 war es so weit. Nach wochenlangen Vorbereitungen und Diskussionen erschien der *International Student Call for Pluralism in Economics*. Bereits seit Herbst 2013 trifft sich an der WU regelmäßig eine Gruppe von Studierenden, um über fehlende Inhalte im Studium und das im Besonderen durch die Krise erneut deutlich gewordene Auseinanderklaffen von Theorie, theoretischem Unterricht und Realität und das Zauberwort Pluralität zu diskutieren. Schlussendlich gründeten sie die Gesellschaft für Plurale Ökonomie Wien und beteiligten sich am internationalen Aufruf. Nicht nur das *Manifest* findet in dieser Ausgabe Platz, sondern auch Kommentare und Geschichten dazu und über die Entstehung. Außerdem gibt es in dieser Ausgabe besonders viele Buchrezensionen.

Da diese Ausgabe ursprünglich als eine Ausgabe zu Commons geplant war, gibt es auch dazu einen kleinen Schwerpunkt. Mit dieser Ausgabe wollen wir einen Beitrag zu den Debatten um verschiedene Zugänge zur Ökonomie liefern und einen konstruktiven Denkanstoß bieten. Wir hoffen, ihr habt viel Spaß beim Lesen!

Alles Liebe, eure Standpunkte-Redaktion!

Selbst schreiben statt vorschreiben lassen!

Wenn du Lust hast an den Standpunkten mitzuwirken, schicke ein E-Mail an standpunkte.zeitung@gmail.com oder komm einfach bei der nächsten Redaktionsitzung vorbei (Ort und Zeit werden noch ausgesendet)! Weitere Informationen und alte Ausgaben findest du auf den Seiten des VW-Zentrum: www.wu.ac.at/economics/vw-zentrum/standpunkte

IMPRESSUM: Ausgabe Nr. 12, Mai 2014

HERAUSGEBERIN: Mastervertretung VW.SozÖk.SEEP

CHEFINNENREDAKTION: Franziska Disslbacher, Susanne Reither, Florian Bohinc

REDAKTION DIESER AUSGABE: Steffen Bettin, Ernest Aigner, Hendrik Theine, Hannah Fietz, Carla Weinzierl, Benedikt Göhmann, Atanas Pekanov, Harald Wieser, Ruth Fulterer, Andreas Sator

LAYOUT: Flo Bohinc

KONTAKT: standpunkte.zeitung@gmail.com

Mastervertretung berichtet



Die Mastervertretung VW-SozÖk.SEEP ist die Studienvertretung für die Masterprogramme Volkswirtschaft, Soziökonomie und Socio-Ecological Economics and Policy. Wir, Florentin Glötzl (SEEP), Franz Schalk (SozÖk) und Susanne Reither (VW) vertreten die Interessen der Studierenden gegenüber der WU, nehmen Mitbestimmungsmöglichkeiten wahr und binden Studierende ins alltägliche Geschehen mit ein.

Vernetzung in der Community

Der Ausbau und die Pflege des aktiven Netzwerkes der Volkswirtschaft und Soziökonomie an der WU sind uns besonders wichtig – und damit sind wir nicht alleine. Die Community ist sehr breit aufgestellt und wird neben der Studienvertretung, die sich um Angelegenheiten rund um die Masterstudien kümmert, unterstützt vom VW-Zentrum, das am Department Volkswirtschaft angesiedelte Zentrum für VW-Studierende im Bachelor und Master. Seit Wintersemester 2014 gibt es zudem das SozEck, die vom Department Soziökonomie eingerichtete Anlaufstelle für Studierende. Gemeinsam versuchen wir ein diverses Angebot an Veranstaltungen zu bieten und regelmäßige Plena zu organisieren, um Fragen des Studienplans, der LV-Organisation und der Studieninhalte zu diskutieren. Der Spaß kommt dabei nicht zu kurz – auch bei der Vernetzung im informellen Rahmen auf Partys und Heurigen.

Was bisher geschah

Studienplanänderung: Im Master Volkswirtschaft wird es ab Wintersemester 2014/15 einen neuen Studienplan geben. Besonders erfreulich ist dabei, dass es wieder freie Wahlfächer im Ausmaß von 9 ECTS geben wird. Kriterien dafür sind der inhaltliche Bezug zum Volkswirtschaftsstudium und eine Prüfung auf Masterniveau. Zudem wird es zukünftig für das Wissenschaftliche Seminar keine Noten mehr geben, sondern nur „teilgenommen“. Für diejenigen, die bereits im Masterstudium sind, ist der Umstieg auf den neuen Studienplan freiwillig.

Für uns bedeuten freie Wahlfächer die Möglichkeit, andere Disziplinen und Universitäten im Rahmen des Studiums kennenzulernen. Dieser erste Schritt zu freien Wahlfächern ist daher besonders wichtig. Wir setzen uns weiterhin für freie Wahlmöglichkeiten im Studium, die Erweiterung der freien Wahlfächer im Studienplan auch ohne volkswirtschaftlichen Bezug und darüber hinaus die Anrechnung von Spezialisierungen aus anderen Masterprogrammen ein.

Zur Anreicherung des Studienplans organisieren wir gemeinsam mit dem VW-Zentrum und anderen KooperationspartnerInnen inhaltliche und Info-Veranstaltungen für die Studierenden.

Rückblick – Ausblick – Vorwärts!

Ein Einblick in den Rückblick:

Im Oktober des letzten Jahres haben Atanas Pekanov und Franziska Disslbacher Florian Bohinc und Susanne Reither im VW-Zentrum für Studierende abgelöst – und können bereits auf ein ereignisreiches Semester zurückblicken.

Zu Beginn des letzten Semester konnten wir Luca Onorante (Central Bank of Ireland) bei der *WU Lecture in Economics* begrüßen.

Im Jänner erhellten Miriam Rehm (AK), Dominik Bernhofer (OeNB), Katharina Mader (WU) und Stefan Ederer (Wifo) für uns die Berufsaussichten nach dem Studium.

Der vielen leider noch unbekannt *Independent Annual Growth Survey (iAGS)*, der zeitgleich mit dem *Annual Growth Survey* der Europäischen Kommission veröffentlicht wird, wurde von Andrew Watt (IMK) und Sine Hansen (ECLM) an der WU präsentiert.

Durch eine Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer Wien ist es uns gelungen, den Dokumentarfilm *Inequality for All* im Schikaneder Kino zu zeigen.

Bei der Podiumsdiskussion *Die Rolle der Wirtschaftstheorie in der Krisenpolitik* waren sich die DiskutantInnen Elisabeth Springler (WU und FH

bfi), Alfred Stiasny (WU) und Markus Marterbauer (WU und AK) in einem einig: Es besteht Verbesserungspotenzial in der Lehre.

Ein Workshop der OeNB zu Geld- und Finanzmarktstabilität, ein weiterer Workshop zur Relevanz von Entwicklungsbanken, und ja, noch ein Workshop zum Thema *Wirtschaft: Realität und Konstrukt* erfreuten sich zahlreicher nicht nur studentischer BesucherInnen.

Im Sommersemester gab es eine Neuauflage des Kapital-Lesekreises mit Prof. Reinhard Pirker (Band 1).

Ein Format, das wir auf jeden Fall weiterführen werden, sind die regelmäßig stattfindenden „Ideensuppen“: Studierende treffen sich mit ForscherInnen der WU bei einem Mittagessen zum zwanglosen Austausch. Florian Kaulich, Elisabeth Nindl, Katharina Mader, Alyssa Schneebaum und Reinhard Pirker waren bereits geladen. Who will be next?

Ein Ausblick auf den Ausblick:

Am 11. Juni wird die Kurswechsel-Ausgabe *Feministische Beiträge zur Krisenanalyse und -überwindung* sowie das Buch *Feministische Ökonomie* von Käthe Knittler und Bettina Haidinger an der WU (TC 1.01) präsentiert.

Um den Studierenden der Studiengänge Volkswirtschaft und Soziökonomie die Wahl ihrer Spezialisierungsfächer zu erleichtern, gibts am Donnerstag, den 12. Juni wieder eine Spezialisierungsmesse, bei der alle Spezialisierungslehreveranstaltungen des WS 2014/2015 von den Lehrenden vorgestellt werden.

Doch das Semester ist noch nicht vorbei. Wir freuen uns, am 20. Juni 2014 Prof. Steve Keen an der WU begrüßen zu dürfen. Im Rahmen seines Besuchs in Wien wird er an der WU einen Vortrag zum Thema *From Loanable Funds to Endogenous Money* halten.

Am Semesterende ist es so weit: die VW geht wandern! Das VW-Zentrum und das Department VWL laden zum VWL-Wandertag und Heurigen ein. Auf einen entspannten Semesterausklang!

Du hast Ideen für Veranstaltungen, Vorträge, Workshops, Podiumsdiskussionen? Komm beim nächsten Plenum vorbei oder schreib an: vw-zentrum@wu.ac.at
FB: VW-Zentrum

Du bist an Vertretungsarbeit interessiert, oder hast Fragen zum Studium? Dann wende dich an die Mastervertretung: beratung@mastervertretung.at
FB: Mastervertretung VW-SozÖk.SEEP

Wie der Pluralismus wieder zur WU kommt

Im Herbst 2013 haben sich Studierende der WU zusammengeschlossen, um regelmäßig über das Zauberwort Pluralismus zu diskutieren. Im Zuge der Veröffentlichung des International Student Call for Pluralism in Economics wurde die Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien gegründet.

von **Steffen Bettin**

Pluralismusverständnis

Der Mainstream der Volkswirtschaftslehre neigt zu gleichförmigem Denken. Trotz aufkommender neuer Richtungen wie Behavioral Economics (siehe Seite 14), bleibt sie als Ganzes monistisch. Damit ist gemeint, dass sie fokussiert bleibt auf die Bildung von Modellen, die auf autonomen Individuen basieren, die sich ausschließlich um ihre eigenen Interessen kümmern. Ein derartiges Verständnis von Ökonomie ist in Ordnung, wenn man einem Verständnis von Friedman folgt, dass die Annahmen und Menschenbilder etc. egal seien, solange die daraus abzuleitenden Prognosen stimmen (siehe Friedman 1953).

Doch VolkswirtInnen sind nicht die MechanikerInnen der Ökonomie, und eine Vorstellung wie die von Milton Friedman hat nur noch wenig mit Wissenschaft zu tun. Wie schon John Maynard Keynes 1936 feststellte, ist die Macht von Theorien auf die Realität nicht zu unterschätzen. Ökonomische Lehre und Theorie beeinflussen also unsere Politik. Das blinde Vertrauen in die Finanzmärkte und das Ignorieren verschleierter Risiken, unterstützt durch Theorien wie die Effizienzmarkthypothese des Nobelpreisträgers Eugene Fama, sind Beispiele dafür.

Links

www.isipe.net
www.plurale-oekonomik.at
www.pluralowatch.de
www.core-econ.org
www.post-crasheconomics.com

Das Gegenkonzept zu diesem einseitigen Denken ist der Pluralismus. Hier erlauben wir verschiedene Erklärungsansätze nebeneinander. Jeder Ansatz ist sich dabei bewusst, dass er nur Teil eines Metaparadigmas ist (Dobusch & Kapeller 2012). Pluralismus in der Lehre fördert dadurch kritisches Denken und

Hinterfragen von absoluten Wahrheiten und ermöglicht es Studierenden so, sich selbst zu bilden. Biologie und Finanzwissenschaft erzählen uns ähnliche Geschichten: Varietät und Diversifizierung sind gerade wegen einer unsicheren Zukunft clevere Strategien um zu überleben. Monokulturen waren schon immer anfällig für Schädlinge. Genauso verhält es sich mit intellektuellen Monokulturen.

Internationale Bewegung und wir in Wien

Forderungen nach diesem Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften kamen vor allem von studentischer Seite, waren es doch gerade sie, die die fehlende Verbindung von akademischem Betrieb und echter Welt bemerkten. Seit den 1980er Jahren gründeten sich daher weltweit Gruppen und Bewegungen und prangerten diesen Zustand an. Von den französischen postautistischen ÖkonomInnen über das Netzwerk Plurale Ökonomik in Deutschland bis hin zu studentischen Gruppen in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, um nur einige beispielhaft zu nennen, mischten diese ihre Universitäten regelmäßig auf.

Der akademische Betrieb konnte sich diesen Einmischungsversuchen in der westlichen Welt jedoch größtenteils erfolgreich widersetzen. Stattdessen wurden weiterhin dieselben Methoden verfeinert, die Lehre noch weiter standardisiert und die Politik – immer mehr – mit den selben Konzepten beraten. Bemerkenswerte Ausnahmen waren der Aufruf von 44 führenden WirtschaftswissenschaftlerInnen im American Economic Review im Jahre 1992 sowie der erneute Aufruf im Jahre 2008.

Österreich hat im Vergleich zu anderen Ländern jedoch schon immer eine stärkere Tradition in heterodoxer Ökonomie und zeigte sich erfolgreicher darin, Vielfalt in Lehre und Forschung zu erhalten, als zum Beispiel Deutschland. Hier ist auch die WU eine Art Vorreiterin: Mit ihren Departments für sowohl Volkswirtschaftslehre als auch Sozioökonomie und sogar einem dedizierten Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie konnte ein Raum für Nischenrichtungen geschaffen werden.

Die Folgen des UK-US Trends in den letzten Jahren, welche sich durch die Bologna-Studienreformen noch weiter verstärkten, gefährden nun dieses einmalige Erbe an der WU. Die „roten Bücher“ à la Pindyck, Mankiw und Blanchard treiben wie in vielen Universitäten weltweit auch hier ihr Unwesen und führen zu einer Gleichförmigkeit des Denkens. Studierende lernen so eine vereinheitlichte ökonomische Lehre, die es in dieser Form nicht einmal im wissenschaftlichen Mainstream gibt. Mit diesem Ansatz wird die Wirtschaftsuniversität ihrem Bildungsauftrag insbesondere in den Bachelor-Einführungsveranstaltungen nicht mehr völlig gerecht.

Um die Vielfalt in der Lehre zu fördern und die Monokultur des Denkens zu durchbrechen, hat sich daher die Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien gegründet. Sie ist eine studentische Vereinigung, in deren Zentrum eine Auseinandersetzung mit und eine Verbreitung des Verständnisses für Pluralismus innerhalb der Wirtschaftswissenschaften steht. Geleitet ist sie dabei von der Vorstellung, dass nur ein multiperspektivischer Ansatz in der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre und Forschung einer Ökonomie des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Die Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien ist daher Mitinitiatorin der International Student Initiative for Pluralism in Economics (www.isipe.net) und Erstunterzeichnerin eines weltweiten Aufrufs zur Veränderung der ökonomischen Lehre.

Steffen Bettin studiert Socio-Ecologic Economics and Policy an der WU

Literatur:

- Dobusch, L. & Kapeller, J., 2012. Heterodox United vs. Mainstream City? Sketching a Framework for Interested Pluralism in Economics. *Journal of Economic Issues*, XLVI, pp.1035–1058.
- Friedman, M., 1953. *Essays in Positive Economics*.
- Keynes, J.M., 1936. *The General Theory of Employment, Interest, and Money*.
- Smets, F. & Wouters, R., 2003. An Estimated Dynamic Stochastic General Equilibrium Model of the Euro Area. *Journal of the European Economic Association*, 1, pp.1123–1175.

The ISIPE Manifesto.

An international student call for pluralism in economics

It is not only the world economy that is in crisis. The teaching of economics is in crisis too, and this crisis has consequences far beyond the university walls. What is taught shapes the minds of the next generation of policymakers, and therefore shapes the societies we live in. We, over 65 associations of economics students from over 30 different countries, believe it is time to reconsider the way economics is taught. We are dissatisfied with the dramatic narrowing of the curriculum that has taken place over the last couple of decades. This lack of intellectual diversity does not only restrain education and research. It limits our ability to contend with the multidimensional challenges of the 21st century - from financial stability, to food security and climate change. The real world should be brought back into the classroom, as well as debate and a pluralism of theories and methods. Such change will help renew the discipline and ultimately create a space in which solutions to society's problems can be generated.

United across borders, we call for a change of course. We do not claim to have the perfect answer, but we have no doubt that economics students will profit from exposure to different perspectives and ideas. Pluralism will not only help to enrich teaching and research and reinvigorate the discipline. More than this, pluralism carries the promise of bringing economics back into the service of society. Three forms of pluralism must be at the core of curricula: theoretical, methodological and interdisciplinary.

Theoretical pluralism emphasizes the need to broaden the range of schools of thought represented in the curricula. It is not the particulars of any economic tradition we object to. Pluralism is not about choosing sides, but about encouraging intellectually rich debate and learning to critically contrast ideas. Where other disciplines embrace diversity and teach competing theories even when they are mutually incompatible, economics is often presented as a unified body of knowledge. Admittedly, the dominant tradition has internal variations. Yet, it is only one way of doing economics and of looking at the real world. Such uniformity is unheard of in other fields; nobody would take seriously a degree program in psychology that focuses only on Freudianism, or a politics program

that focuses only on state socialism. An inclusive and comprehensive economics education should promote balanced exposure to a variety of theoretical perspectives, from the commonly taught neoclassically-based approaches to the largely excluded classical, post-Keynesian, institutional, ecological, feminist, Marxist and Austrian traditions - among others. Most economics students graduate without ever encountering such diverse perspectives in the classroom.

Furthermore, it is essential that core curricula include courses that provide context and foster reflexive thinking about economics and its methods per se, including philosophy of economics and the theory of knowledge. Also, because theories cannot be fully understood independently of the historical context in which they were formulated, students should be systematically exposed to the history of economic thought and to the classical literature on economics as well as to economic history. Currently, such courses are either non-existent or marginalized to the fringes of economics curricula.

Methodological pluralism stresses the need to broaden the range of tools economists employ to grapple with economic questions. It is clear that maths and statistics are crucial to our discipline. But all too often students learn to master quantitative methods without ever discussing if and why they should be used, the choice of assumptions and the applicability of results. Also, there are important aspects of economics which cannot be understood using exclusively quantitative methods: sound economic inquiry requires that quantitative methods are complemented by methods used by other social sciences. For instance, the understanding of institutions and culture could be greatly enhanced if qualitative analysis was given more attention in economics curricula. Nevertheless, most economics students never take a single class in qualitative methods.

Finally, economics education should include interdisciplinary approaches and allow students to engage with other social sciences and the humanities. Economics is a social science; complex economic phenomena can seldom be understood if presented in a vacuum, removed from their sociological, political, and historical contexts. To properly

discuss economic policy, students should understand the broader social impacts and moral implications of economic decisions.

While approaches to implementing such forms of pluralism will vary from place to place, general ideas for implementation might include:

- * Hiring instructors and researchers who can bring theoretical and methodological diversity to economics programs;
- * Creating texts and other pedagogical tools needed to support pluralist course offerings;
- * Formalizing collaborations between social sciences and humanities departments or establishing special departments that could oversee interdisciplinary programs blending economics and other fields.

Change will be difficult - it always is. But it is already happening. Indeed, students across the world have already started creating change step by step. We have filled lecture theatres in weekly lectures by invited speakers on topics not included in the curriculum; we have organised reading groups, workshops, conferences; we have analysed current syllabuses and drafted alternative programs; we have started teaching ourselves and others the new courses we would like to be taught. We have founded university groups and built networks both nationally and internationally.

Change must come from many places. So now we invite you - students, economists, and non-economists - to join us and create the critical mass needed for change. See Support us to show your support and connect with our growing networks. Ultimately, pluralism in economics education is essential for healthy public debate. It is a matter of democracy.

Support us!

Sign the International Student Initiative for Pluralism in Economics: www.isipe.net

Or join your local student group: Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien (Vienna Society for Plural Economics)

Das „Manifest für eine pluralistische Ökonomik“

Ist die Volkswirtschaftslehre einseitig, ideologisch und schuld an der Wirtschaftskrise? Eine internationale Studierendeninitiative prangert das an.

Gastkommentar von **Maximilian Kasy**

Am Montag, dem 5. Mai, haben Studierende der Volkswirtschaft aus 19 Ländern gemeinsam ein Manifest veröffentlicht, das eine größere Vielfalt an Inhalten und Methoden in Studienplänen der Volkswirtschaftslehre einfordert: www.isipe.net

Ich denke, es spricht viel für diese Forderung. Hier ein paar Gedanken dazu.

1) Es gibt weit größere Vielfalt in der Forschung als in der Lehre

Das trifft auch und gerade für sogenannte Mainstream-Institute und Journale zu. Es ist erstaunlich, über wie wenige Fragen sich ÖkonomInnen aus verschiedenen Feldern des Fachs einig sind. Das betrifft einerseits wirtschaftspolitische Überzeugungen: Wie viel Umverteilung brauchen wir? Wie hoch sollen Mindestlöhne sein? In welchem Maß sollen Staatshaushalte und Zentralbanken versuchen, konjunkturelle Schwankungen auszugleichen? Und so weiter.

Das betrifft aber auch methodische Grundsatzfragen: Was ist ein Modell? Welchen Kriterien sollen Modellannahmen genügen? Welchen Zweck haben ökonomische Modelle? Welche Rolle spielen Theorie und Empirie? Was macht empirische Resultate glaubwürdig? Was sind überhaupt „ökonomische“ Fragestellungen?

Dieser Vielfalt in der wissenschaftlichen und politischen Debatte steht eine erstaunliche ideologische Einseitigkeit der Lehrpläne an den meisten Universitäten gegenüber. Die meisten Einführungsvorlesungen sind von neoliberalen Dogma, Marktgläubigkeit und Anti-Egalitarismus geprägt. Das spiegelt sich insbesondere in weit verbreiteten Lehrbüchern wieder.

2) Aber auch der Mehrheit der forschenden ÖkonomInnen fehlt es an Bewusstsein für alternative Perspektiven

Die Geschichte der Volkswirtschaftslehre, wie auch die Geschichte wirtschaftspolitischer Paradigmen, ist eine Geschichte von verteilungspolitischen Kämpfen

und Ideologien. Es gibt kaum eine politische Maßnahme, die nicht GewinnerInnen und VerliererInnen mit sich bringen würde, und kaum ein ökonomisches Modell, das nicht implizit auf einem bestimmten Menschen- und Gesellschaftsbild beruht, welches umstritten ist.

Dieser konfliktreichen Geschichte zum Trotz ist das Selbstbild vieler ÖkonomInnen eines technokratischer Suche nach objektiv besserer Politik und objektivem Fortschritt der Wissenschaft.

Dieses mangelnde Bewusstsein für historischen und insbesondere theoriegeschichtlichen Kontext und für Verteilungskonflikte ist sicher auch ein Produkt der herrschenden Lehrpläne.

3) Die Entwicklung zu mehr Empirie

Eine Entwicklung in der Disziplin, die mir positiv erscheint, ist, dass volkswirtschaftliche Forschung heute weitaus empirischer ist als noch vor wenigen Jahrzehnten. Sorgfältige empirische Arbeit ist tendenziell mit der Komplexität der Welt konfrontiert. Rein theoretische Arbeit kann viel eher ideologisches Dogma in intern konsistenten Argumentationsgebäuden einzementieren.

Diese Entwicklung zu einer empirischeren Disziplin an vielen Universitäten in den USA ist allerdings bisher nur begrenzt in Europa angekommen.

4) Wo sind die Alternativen?

Die mangelnde Vielfalt und ideologische Einseitigkeit von Lehrinhalten lässt viele Studierende nach alternativen Zugängen Ausschau halten. Mein Eindruck ist, dass dabei manchmal an den falschen Stellen gesucht wird. Das beinhaltet einerseits methodisch fragwürdige Zugänge, wie etwa die Idee dass Computersimulationen eine wünschenswerte



Alternative zu theoretischer und empirischer Analyse wären. Das beinhaltet andererseits Zugänge mit Gefahr zum Sozial-Biologismus, die sich etwa auf Neurologie oder Evolutionstheorie beziehen.

Ich glaube, dass vielfältigere Lehrpläne an anderen Stellen reiches Material finden könnten: Wirtschaftsgeschichte und Theoriegeschichte der Volkswirtschaftslehre; andere Sozialwissenschaften wie Soziologie, Anthropologie und Politikwissenschaft; insbesondere auch qualitative Methoden aus diesen Disziplinen; und nicht zuletzt Zugänge aus der Vielfalt gegenwärtiger Forschung in der Volkswirtschaft, insbesondere aus der empirischen Forschung.

Maximilian Kasy hat Volkswirtschaft und Mathematik an der Universität Wien studiert, sowie Volkswirtschaft und Statistik in Berkeley und lehrt derzeit Ökonometrie als Assistant Professor am Department of Economics der Harvard University

„Economics of Inequality“

Am 30./31. Mai 2014 findet an der WU die Tagung der Nationalökonomischen Gesellschaft (NOeG) statt.

Eine Einladung von **Wilfried Altzinger**

„The produce of earth – all that is derived from its surface by the united application of labour, machinery, and capital, is divided among three classes of the community, namely, the proprietor of the land, the owner of the stock or capital necessary for its cultivation, and the labourers by whose industry it is cultivated. To determine the laws which regulate this distribution is the principal problem in Political Economy.“

David Ricardo, Preface to Principles of Political Economy, 1817

Während Verteilungsfragen bei den klassischen ÖkonomInnen des 19. Jahrhunderts, insbesondere bei David Ricardo und Karl Marx, im Zentrum ihrer Arbeiten standen, verlor diese Thematik im 20. Jahrhundert, insbesondere aber in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit, an Bedeutung. Unterstützt wurde dies u.a. durch hohe Wachstumsraten, die (kurzlebige) Zeit der Vollbeschäftigung sowie durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, welche allesamt in dieser Periode zu einer egalitäreren Verteilung der Einkommen beitrugen. Die Diskussion um die Verteilungsthematik hat jedoch aufgrund des starken Anstiegs der Einkommens- und Vermögensungleichheit in allen Ländern der OECD sowie aufgrund der Verbesserung der Datenlage – insbesondere im Bereich der Vermögensverteilung – seit der Jahrtausendwende wieder enorm an Bedeutung gewonnen. Aktuell erlebt die Verteilungsdiskussion aufgrund des soeben veröffentlichten Bestsellers des französischen Ökonomen Thomas Piketty „Capital in the 21st Century“ einen regelrechten Hype.

Warum dieser Hype? Rektor Christoph Badelt sprach bei der Eröffnung der neuen WU am 4. Oktober des Vorjahres zwar nicht über Thomas Pikettys neues Buch, aber die Begründung seines Erfolges nahm er indirekt vorweg. Badelt skizzierte dabei unsere Welt als eine Welt, „wo die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Menschen größer sind denn je, wo man nicht einfach so weitermachen kann mit wirtschaftlichen Entscheidungsmechanismen, die ausschließlich an kurzfristigen sowie lokalen oder nationalen Egoismen orientiert sind, und die global betrachtet eine Mehrheit der Menschen in

Armut und Deprivation zurücklassen, und wo es daher dringend Orte braucht, wo über neue und nachhaltige Lösungen nachgedacht wird.“ In einer solchen Welt sollte es nicht überraschen, dass ein Buch, das empirisch und theoretisch fundiert die Verteilung von Vermögen und Einkommen der vergangenen 300 Jahre systematisch analysiert, einen so durchschlagenden Erfolg erzielt.

Die Jahrestagung der Nationalökonomischen Gesellschaft Österreichs (NOeG) zum Generalthema „Economics of Inequality“ möchte einen solchen ‚Ort‘ bieten, wo über neue und nachhaltige Lösungen nachgedacht wird. Sie will allerdings nicht nur einen Beitrag dazu leisten, dass die aktuellen Ungleichheiten systematisch analysiert werden. Ist man darüber hinaus daran interessiert, dass die bestehenden Ungleichheiten auch durch nachhaltige sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen reduziert werden, ist auch ein intensiverer Dialog zwischen Wissenschaft und Politik notwendig, den die NOeG-Konferenz ebenfalls fördern will.

Die Konferenz wird heuer vom Department für Volkswirtschaft organisiert und am 30./31. Mai 2014 an der WU stattfinden (www2.wu.ac.at/noeg2014). Am Department ist die Verteilungsthematik sowohl in Forschung als auch in der Lehre seit längerer Zeit ein zentraler Schwerpunkt. Die Konferenz wird sowohl einen Überblick über den aktuellen Stand dieser Forschung bieten, als auch wirtschaftspolitische Implikationen und Optionen diskutieren.

Die diesjährige Konferenz wird durch Sozialminister Rudolf Hundstorfer eröffnet. Als wissenschaftliche Hauptreferenten der Tagung werden mit Sir Tony Atkinson (Centennial Professor, LSE, und Honorary Fellow, Nuffield College, Oxford) und Giacomo Corneo (Professor für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Freien Universität Berlin) zwei der international renommiertesten ÖkonomInnen über den aktuellen Stand der Ungleichheitsforschung referieren. Tony Atkinson ist nicht nur Lehrer von Thomas Piketty, sondern auch (Ko-)Autor vieler verteilungstheoretischer Arbeiten. Die World-Top-Income-Database (topincomes.g-mond.parisschoolofeconomics.eu) wurde gemeinsam von Tony Atkinson, Thomas Piketty,

Emmanuel Saez und Facundo Alvarado erarbeitet, publiziert und online gestellt. Diese Datenbasis ist zweifelsohne ein zentraler Eckpfeiler für den jüngsten enormen Aufschwung der allgemeinen Verteilungsdiskussion, öffentlich zugänglich und kann für wissenschaftliche Arbeiten jederzeit unentgeltlich verwendet werden. Das Buch von Thomas Piketty wäre – wie er auch selbst in der Einleitung unterstreicht – ohne diese Kooperation nicht möglich geworden.

Am Samstag wird mit weiteren namhaften internationalen VertreterInnen dieses Forschungsgebietes eine Podiumsdiskussion stattfinden. Neben Tony Atkinson und Giacomo Corneo werden dabei Janneke Plantenga (Utrecht University School of Economics) über Inequalities by Gender (www.uu.nl/rebo/medewerkers/JPlantenga), Michael Förster (OECD) über den neuesten Bericht der OECD zur Verteilungsthematik (www.oecd.org/social/inequality.htm) und Peter Mooslechner (Österreichische Nationalbank) über die Ergebnisse der Vermögensbefragung von Haushalten durch die EZB bzw. OeNB (www.hfcs.at) berichten. Vorweg: Die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen des neuesten OECD-Berichts sind bemerkenswert (www.oecd.org/social/soc/top-earners-capturing-growing-share-of-total-income-in-many-countries.htm).

Alle Plenarveranstaltungen sind öffentlich zugänglich (LC, Hörsaal 1).

Erstmals bietet die Konferenz auch freien Zugang zum gesamten wissenschaftlichen Programm für alle an der Thematik interessierten Studierenden an. Anmeldungen dazu sind jedoch erforderlich: www.wu.ac.at/economics/vw-zentrum/events/economicsofinequality

Wir würden uns sehr freuen, wenn unser Angebot des freien Zugangs zur Konferenz intensiv genutzt werden würde!

*ao. Univ. Prof. Wilfried Altzinger
ist Mitorganisator der Tagung*

NOeG Tagung

30./31. Mai, LC, Hörsaal 1
www2.wu.ac.at/noeg2014

Anmeldung unter: www.wu.ac.at/economics/vw-zentrum/events/economicsofinequality

Pikettys Kapital: Neuer Schwung für Kapitalismuskritik?

Thomas Piketty ist in aller Munde. Sein Buch über die langfristige Evolution von Ungleichheit im Kapitalismus findet sogar in Boulevardmedien Anklang. Das US-Establishment fürchtet den Hype und bezeichnet den französischen Ökonomen als neuen Marx. Aber wie radikal sind Pikettys Thesen denn wirklich? Gastartikel von **Matthias Schnetzer**

„There must be something rotten in the very CORE of a social system which increases its wealth without diminishing its misery.“ - Karl Marx im New-York Daily Tribune (16.9.1859)

Die Beschäftigung mit Verteilungsfragen ist in der Ökonomie dieser Tage en vogue. Vor allem seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise haben Diskussionen um die Verteilung ökonomischer Ressourcen spürbar an Fahrtwind gewonnen. „Lange Zeit wurde Ungleichheit ignoriert, jetzt ist sie im Zentrum wirtschaftspolitischer Diskussion rund um den Globus“, kommentierte der Doyen der Ungleichheitsforschung Tony Atkinson kürzlich¹. Sei es in Mainstream-Journals oder in internationalen Organisationen², der Verteilungsdiskurs hat auch in neoklassisch dominierten Gefilden eingeschlagen. Es überrascht nicht, dass Verteilungsfragen gerade in Krisenzeiten erhöhte Beachtung finden, wo doch die wirtschaftswissenschaftliche Zunft auf der Suche nach Auslösern, Auswegen und künftiger Vermeidung von Krisen ist. Systemische Widersprüche werden dabei im Allgemeinen nicht als Ursache ausgemacht, eher werden oberflächliche Symptome wie die starke Einkommens- und Vermögenskonzentration isoliert betrachtet. Dementsprechend zielen die wirtschaftspolitischen Ableitungen des progressiveren Teils der Mainstream-Ökonomie lediglich auf Symptombekämpfung und blenden die Notwendigkeit tiefgreifender struktureller Veränderungen aus, während marktgläubige ÖkonomInnen gleich auf beides verzichten.

Der Zeitpunkt ist also günstig, in dem Thomas Piketty seine Verteilungsbibel „Capital in the Twenty-First Century“ veröffentlicht hat. Denn in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität gab es für neoklassische ÖkonomenInnen kaum einen Grund, sich mit der Verteilungsproblematik auseinanderzusetzen. Im Gegenteil, die Einkommensverteilung folgt schlicht dem Grenzertrag der Produktionsfaktoren³, und Ungleichheit wird als temporäres Übel wirtschaftlicher Entwicklung⁴ gesehen. Vor dem Hintergrund der Krise hat Pikettys Buch zweifelsfrei deutlich mehr Aufmerksamkeit erregt, als es wahrscheinlich noch vor 10 Jahren der Fall gewesen wäre. Das große Interesse belegen die Huldigungen namhafter WirtschaftswissenschaftlerInnen⁵, aber auch zahlreiche kritische Rezensionen⁶. Bevor ich näher auf den Inhalt

des Buches eingehe, möchte ich den großen Verdienst Pikettys aus meiner Sicht herausstreichen: Der französische Ökonom beschränkt seine Analyse nicht auf empirische Evidenz, sondern versucht die der Ungleichheit zugrunde liegenden Bewegungsgesetze des Kapitalismus zu erörtern. Damit legt er auch den Grundstein für weiterführende Debatten über die systemischen Wurzeln von makroökonomischer Instabilität. Ein Begleitprodukt von Pikettys Ausarbeitungen ist die wichtige Frage, ob eine stabile Entwicklung des Kapitalismus langfristig möglich ist. Oder wie es Tom Palley kürzlich formulierte, „[the] book has potential to unintentionally trigger debate over so-called ‚free market‘ capitalism.“



Matthias Schnetzer

hat Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien studiert. Er ist Referent für Verteilungsfragen, Sozial- und Wirtschaftsstatistik in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien sowie Lektor am Institut für Makroökonomie an der WU Wien.

Piketty war interessierten Kreisen schon vor seiner jüngsten Publikation für seine sorgfältige und gewissenhafte Sammlung von Einkommens- und Vermögensdaten bekannt⁷. Die empirischen Belege ökonomischer Ungleichheit in mehreren Ländern (untersucht werden u.a. Frankreich, Großbritannien, Deutschland, USA und Kanada) sind das Resultat seiner jahrelangen Datenrecherche. Bemerkenswert ist jedenfalls die schier unglaubliche Zeitspanne dieser Daten, die bis zum Auftakt des 18. Jahrhunderts zurückreichen. Den Untersuchungsgegenstand seiner Ausführungen nennt Piketty Kapital. Hier verlässt er bereits die in Lehrbüchern gängige Terminologie, wonach Kapital als Produktionsfaktor gilt, sondern subsumiert darunter jeglichen mess- und tauschbaren materiellen Reichtum⁸. Sein Augenmerk liegt dabei auf dem Verhältnis zwischen Kapital und dem gesamten Ein-

¹ <http://www.voxeu.org/article/chartbook-economic-inequality>

² Dies belegen aktuelle Publikationen des Internationalen Währungsfonds (Ostry et al. 2014) sowie der OECD (2014).

³ Ferguson (1969), Martins (2014)

⁴ Kuznets (1955)

⁵ Siehe die Rezensionen von Nobelpreisträger Paul Krugman (2014) und dem ehemals führenden Ökonomen der Weltbank Branko Milanovic (2013).

⁶ Siehe Online-Rezensionen von Jamie Galbraith, Brad DeLong und Tom Palley aus postkeynesianischer Sicht, sowie Michael Roberts und Charles Andrews von marxistischer Seite.

⁷ Siehe beispielsweise Atkinson, Piketty und Saez (2011)

⁸ „[...] capital is defined as the sum total of nonhuman assets that can be owned and exchanged on some market. Capital includes all forms of real property (including residential real estate) as well as financial and professional capital (plants, infrastructure, machinery, patents, and so on) used by firms and government agencies.“ (Piketty, 2014, S. 46)

kommen einer Volkswirtschaft. Piketty erkennt aus seinen Daten, dass dieses Verhältnis (β) in den europäischen Ländern einen U-förmigen Verlauf annimmt und sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder dem Niveau des Vorabends des 1. Weltkriegs annähert (siehe Abbildung 1).

Interessant wird diese Entwicklung aber hauptsächlich durch die Herleitung der einfachen Gleichung $\alpha=r*\beta$, die den Anteil der Kapitaleinkommen am Gesamteinkommen (α) mit dem Produkt aus Kapitalerträgen (r) und dem Verhältnis zwischen Kapital und BIP (β) gleichsetzt. Diese simple Identität bezeichnet Piketty als „fundamentales Gesetz des Kapitalismus“. Er folgert, dass wenn die Kapitalerträge r permanent über dem Wirtschaftswachstum g liegen, die Gewinnquote α per definitionem steigt. Hier tritt ein Feedback-Effekt auf, denn wenn α zunimmt, steigt infolge der Kapitalakkumulation wiederum β (unter der Voraussetzung, dass KapitalbesitzerInnen nicht ihre gesamten Erträge konsumieren). Kurzum: die Ungleichung $r>g$ sorgt für eine systemimmanente Umverteilung des Nationaleinkommens in Richtung der Kapitalerträge. Die wichtigsten Thesen in Pikettys Buch stützen sich hauptsächlich auf diese zentrale Annahme $r>g$. Der Ökonom zeigt, dass r im Zeitverlauf meist über g lag, sich aber nach dem 1. Weltkrieg bis heute leicht unter dem Wirtschaftswachstum bewegte. Pikettys Zukunftsprognose sieht das Pendel in naher Zukunft wieder in die andere Richtung ausschlagen (siehe Abbildung 2). Basierend auf diesen Ergebnissen ergibt sich die spannende Frage, welche Rahmenbedingungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts für eine Wende der Ungleichung $r>g$ sorgten. Piketty verweist einerseits auf die massive physische Kapitalzerstörung durch die beiden Weltkriege, hohe Inflationsraten sowie entschlossene Vorstöße in der Vermögensbesteuerung. Auf der anderen Seite drückte sich der beispiellose Nachkriegsaufschwung in einem überdurchschnittlichen g aus. Piketty betont immer wieder den einmaligen historischen Kontext dieser Entwicklung: „Die Wachstumsraten werden nie wieder bei fünf Prozent liegen wie in der Nachkriegszeit.“⁹ Die zweite zentrale Ableitung wird auch als „Matthäus-Effekt“ bezeichnet, denn „wer hat, dem wird gegeben“. Dementsprechend lukrieren große Vermögen auch höhere Ertragsraten als kleinere Bestände und wachsen somit (absolut und relativ) schneller. Es steigt also nicht nur das Kapital-Einkommens-Verhältnis, sondern auch die Konzentration dieses Vermögens. Die Vermögensungleichheit wird durch die steigende Bedeutung von Erbschaften in einem Regime $r>g$ weiter verschärft. Die langfristige

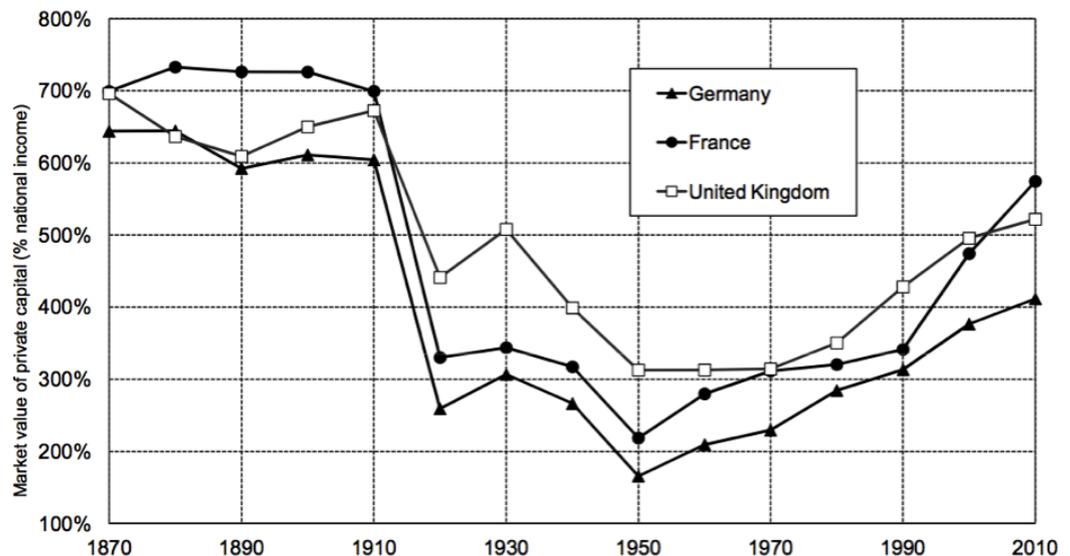


Abbildung 1: Verhältnis Kapital/Einkommen in Europa, 1870-2010

Herausbildung von Familiendynastien, die ihr Vermögen über Generationen weiter vererben, wird auch durch andere Forschungsergebnisse eindrücklich nachgewiesen¹⁰.

Die Anlehnungen von Titel und Inhalt des Buches an „Das Kapital“ von Karl Marx sind nicht zu übersehen. Allerdings offenbaren sich genau bei diesem Vergleich markante analytische Unterschiede. Der Kapitalbegriff wird von Piketty nicht theoretisch hergeleitet, sondern beruht auf der Notwendigkeit einer Quantifizierung für seine empirischen Untersuchungen. Marx betont hingegen mit einer Vielzahl an unterschiedlichen Kapitalbegriffen dessen funktionelle Vielfalt in der kapitalistischen Produktion¹¹ und fokussiert auf den Akkumulationsprozess des Kapitals. Zudem ist Kapital bei Marx ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen sozialen Klassen, wobei das Kapital dessen BesitzerInnen die Möglichkeit bietet, sich den Mehrwert aus der Produktion anzueignen. Selbst wenn all diese möglichen Definitionen lediglich auf Kapital als Produktionsfaktor reduziert werden, wie es auch in der neoklassischen Ökonomie üblich ist, weicht Pikettys Kapitalbegriff davon ab („[there is no] rigid distinction between wealth and capital.“, S. 48). Was zuerst als semantische Haarspalterei erscheint, entpuppt sich bei den Schlussfolgerungen als maßgeblich, denn diese basieren auf unterschiedlichen Konzepten. So behauptet Piketty im Hinblick auf seine Entdeckung langfristig stabiler Kapitalerträge r : „Marxist analysis emphasizes the falling rate of profit – a historical prediction that turned out to be quite wrong, although it does contain an interesting intuition.“ (S. 52) Diese Fehlinterpretation Pikettys resultiert aus dem grundlegenden Missverständnis für

⁹ <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ungleichheitsforscher-thomas-piketty-das-kapital-ist-zurueck-1.1917835>

¹⁰ Clark/Cummins (2013)

¹¹ Marx entwickelt nicht weniger als 15 Kapitalbegriffe, wobei er vor allem die Unterscheidung zwischen produktivem und zirkulierendem Kapital trifft. (vgl. Greitens, 2012, S. 281)

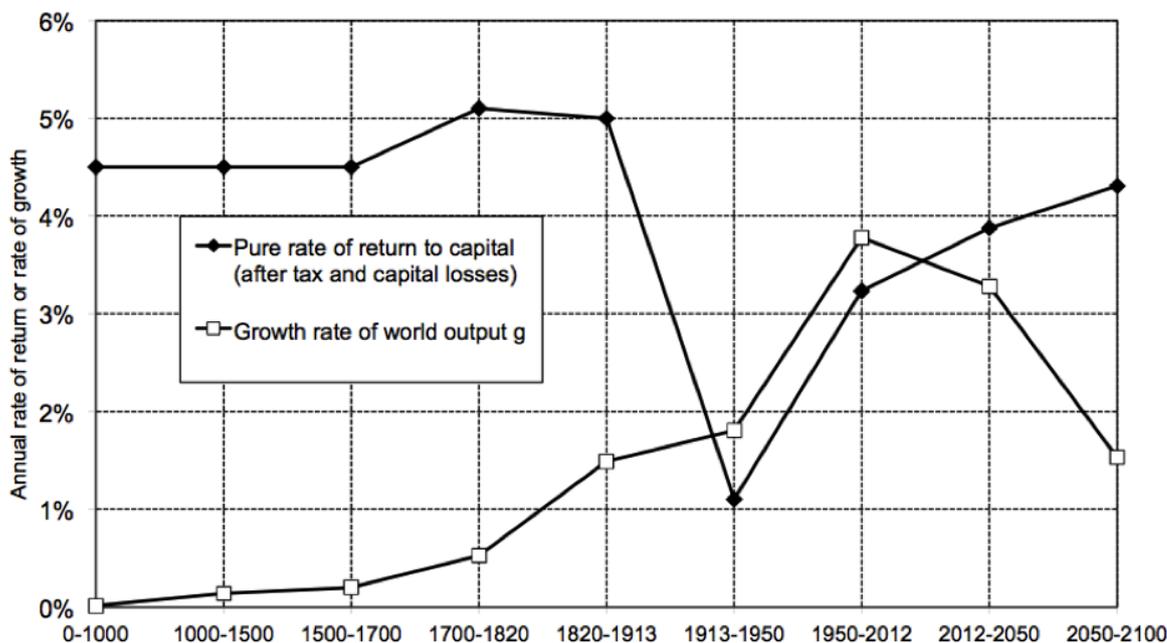


Abbildung 2: Wachstumsrate des Kapitals vs. Globales Wirtschaftswachstum

den Marx'schen Kapitalbegriff, der in der Bestimmung der Profitrate dezidiert nur produktives Kapital, und nicht wie bei Piketty jegliches Vermögen (inkl. privatem Wohneigentum etc.) umfasst.

Wie kann Pikettys fundamentales Gesetz des Kapitalismus $\alpha=r*\beta$ eingeordnet werden?

Während Piketty den funktionalen Verteilungsparameter α in den Fokus rückt, ist aus Sicht der Politischen Ökonomie die Profitrate r die entscheidende Größe für die kapitalistische Entwicklung. Schließlich basieren die Investitionsentscheidungen der KapitalbesitzerInnen auf Renditeerwartungen. Während Piketty r als durch die Grenzproduktivität des Kapitals bestimmt sieht, hängt die Profitrate laut Marx von zwei Faktoren ab. Erstens von der Intensität der Ausbeutung des Faktors Arbeit (Ausbeutungs- oder Mehrwertrate) und zweitens vom Verhältnis zwischen dem eingesetzten konstanten und variablen Kapital (organische Zusammensetzung des Kapitals). Letzteres ist sozusagen ein Indikator für das technische Niveau der Produktion. Die KapitalbesitzerInnen versuchen nun die Profitrate r möglichst hoch zu halten, indem sie die Ausbeutung des Faktors Arbeit intensivieren. Zudem soll der notwendige Kapitaleinsatz natürlich gering gehalten werden, obwohl im Angesicht des kapitalistischen Wettbewerbs ein Teil der Gewinne in neue, bessere Maschinen gesteckt werden muss. Pikettys Identität $\alpha=r*\beta$ kann somit auch als $r=\alpha/\beta$ formuliert werden, wobei die Gewinnquote α das Äquivalent zur Mehrwertrate ist, und β mit dem akkumulierten Kapitaleinsatz korrespondiert. Jedenfalls scheint die Annahme vernünftig, dass die Profitrate aus dem Produktionsprozess resultiert, und nicht eine gegebene Kennzahl ist, die dem eingesetzten Kapital einen garantierten Ertrag verspricht.

Piketty stellt in seinem Buch zwar die richtigen Fragen, greift aber für deren theoretische Fundierung großteils in den falschen Werkzeugkasten. So erhalten neoklassische Konzepte wie die „theory of marginal productivity“ oder die Hypothese eines „skill-biased tech-

nological change“ eine prominente Rolle in der Erklärung von Ungleichheit, während heterodoxe oder interdisziplinäre Ansätze kaum behandelt werden. Soziologische Forschung zur Reproduktion von Kapital und dessen diversen Ausformungen¹², Fragen von Macht und Hegemonie bei der Verteilung

ökonomischer Ressourcen zwischen gesellschaftlichen Klassen¹³ oder die Bestimmungsfaktoren für Kapitalakkumulation und Profitrate¹⁴ finden praktisch keinen Platz in den 700 Seiten.

Auf der anderen Seite versetzen die enormen Verkaufszahlen – die ersten 41.000 Stück gingen binnen kürzester Zeit über den Tresen, die nächsten 25.000 Bücher sind in Produktion – das Establishment in Aufruhr. Auch ohne rhetorischen Klassenkampf und Systemkritik wird Piketty in manch konservativem Blatt als der neue Marx bezeichnet. „Piketty has scared the pants off the American right“, titelt ein Internetportal¹⁵ und beschreibt die allergischen Reaktionen der Konservativen auf jegliche Verteilungsdebatte. Vor allem Pikettys politische Implikationen aus der starken Vermögenskonzentration lassen das Establishment erzittern, auch wenn sich sein Einfluss auf die Politik noch beweisen muss. Nachdem Piketty in den ersten drei Teilen des Buches minutiös die Entwicklung der Vermögenskonzentration in Europa und Nordamerika untersucht, stellt er im vierten Teil eine Reihe von regulatorischen und institutionellen Rahmenbedingungen zur Verringerung der Ungleichheit vor. Trotz der vorangegangenen Diskussion über die Bewegungsgesetze des Kapitalismus zur Bestimmung der Verteilung verzichtet der Autor vollkommen auf systemische Ansätze. Die prominenteste Forderung ist jene nach einer globalen Vermögenssteuer, die er selbst als „utopisch“ bezeichnet. Zweifelsfrei sind alle dargelegten Maßnahmen wünschenswert und fortschrittlich. Progressive Vermögenssteuern, eine strikte Finanzmarktregulierung oder die Aufhebung des Bankgeheimnisses sind Vorschläge, die aus einer Verteilungsperspektive nachdrücklich un-

¹² Siehe die Referenzliteratur von Bourdieu (1992, 2005)
¹³ Siehe wegweisende Arbeiten von Nicos Poulantzas und Antonio Gramsci
¹⁴ Siehe bspw. die spannende Kontroverse zwischen Sweezy (1987) und Cogoy (1987) im International Journal of Political Economy, sowie eine sehr interessante aktuelle Arbeit von Ivanova (2013)
¹⁵ <http://www.alternet.org/economy/why-economist-thomas-piketty-has-scared-pants-american-right>

terstützt gehören. Aber es bleibt der Nachgeschmack, dass das Abschlusskapitel etwas mehr frischen Wind und Mut zu systemischen Alternativen vertragen hätte. Piketty selbst scheint sich hier aber von den kapitalismuskritischen VertreterInnen der Wirtschaftswissenschaften abgrenzen zu wollen und akzeptiert deshalb auch entscheidende Komponenten des neoklassischen Paradigmas¹⁶. So beruhen seine Verteilungsannahmen auf einer aggregierten Produktionsfunktion¹⁷, und er verteidigt die neoklassische Position in der berühmten Cambridge-Cambridge Kapital-Kontroverse (nachdem 1966 schon Paul Samuelson seinen Irrtum eingestand).

Wie bereits erwähnt, darf das plötzliche Interesse zahlreicher neoklassischer ÖkonomInnen für Pikettys Buch und allgemein an Verteilungsfragen nicht als Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise und ihren Nebenwirkungen verstanden werden. Es ist vielmehr der (verzweifelte) Versuch, doch noch vermeidbare Ursachen für Wirtschaftskrisen zu identifizieren. In der politischen Ökonomie gelten soziale, ökonomische und politische Ungleichheit hingegen als Symptome des zugrunde liegenden Wirtschaftssystems. Heterodoxe ÖkonomInnen müssen sechs Jahre nach Ausbruch der Krise mit Bedauern feststellen, dass strukturelle und systemische Lösungsansätze sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik ausgeblieben sind. In meiner Wahrnehmung gab es am Höhepunkt der Krise im politischen Diskurs nicht nur einen „Keynesian Moment“, sondern – wenn man so will – auch einen „Marxian Moment“. Denn als Reaktion auf die erhöhte Krisenanfälligkeit der globalen Ökonomie in den letzten Jahrzehnten wurden die Produktionsweise und -verhältnisse wieder intensiver diskutiert¹⁸.

Thomas Piketty hat mit seinem Opus Magnum und den dadurch entstehenden Debatten um die Bewegungsgesetze des Kapitalismus jedenfalls einen wichtigen Anstoß geliefert¹⁹. Nicht zuletzt sorgt das Buch auch in studentischen Kreisen für reges Interesse an der Verteilungsproblematik. Es bleibt zu wünschen, dass sich langfristig mehr Studierende auch an der WU mit Fragen der Verteilung ökonomischer Ressourcen und den zugrunde liegenden Mechanismen befassen. Die Lektüre von Pikettys Buch bestärkt die Ansicht, dass diese Auseinandersetzung nicht nur auf Basis ökonomischer Auswertungen empirischer Daten erfolgen kann, sondern theoretisches Unterfutter aus der politischen Ökonomie erfordert.

¹⁶ Palley (2013) bezeichnet die Einführung von heterodoxen Ideen in den ökonomischen Mainstream als „gattopardo economics“. Damit soll der kritische Gehalt dieser Ansätze aufgeweicht und ein Paradigmenwechsel vorgetäuscht werden. Während sich die ideologischen Grundkonzepte durch die Einverleibung heterodoxer Konzepte aber nicht ändern, wird Veränderung lediglich vorgegaukelt.

¹⁷ Felipe und McCombie (2014)

¹⁸ Ein Indiz dafür sind die im Jahr 2008 vervielfachten Verkäufe von Marx' Kapital, in deren Folge der bekannte Berliner Dietz Verlag eine neue Auflage drucken musste.

¹⁹ Palley (2014): „Neoclassical economists have always talked of capital (K). The forbidden subject is capitalism. Piketty has whetted the public's appetite with his talk of capital. Friendly criticism may get the public thinking about capitalism [...]“

Veranstaltungstipp

Thomas Piketty: Kapital im 21. Jahrhundert

Am 4. Juli 2014 kommt Thomas Piketty nach Wien und wird im Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien sein Buch vorstellen.

Zeit: 15.00 – 17.00

Ort:

AK Bildungszentrum – Großer Saal
Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien

Anmeldung:

bis 27. Juni 2014 auf der Homepage der AK Wien

Thomas Piketty ist Professor für Volkswirtschaft an der Paris School of Economics. Sein Werk „Capital in the Twenty-First Century“ verhalf ihm zu Weltruhm. Gemeinsam mit anderen ÖkonomInnen, darunter auch Emanuel Saez und Anthony Atkinson hat er die „World Top Income Database“ aufgebaut.

Literatur:

Atkinson, Anthony B., Thomas Piketty und Emmanuel Saez (2011): Top Incomes in the Long Run of History. *Journal of Economic Literature* 49 (1), S. 3-71.

Bourdieu, Pierre (1992, 2005): Die verborgenen Mechanismen der Macht. VSA Verlag

Clark, Gregory und Neil Cummins (2013): Intergenerational mobility in England, 1858-2012. Wealth, surnames, and social mobility. *Economic History Working Papers* 54513, London School of Economics and Political Science, Department of Economic History.

Cogoy, Mario (1987): The Falling Rate of Profit and the Theory of Accumulation. *International Journal of Political Economy* 17 (2), S. 54-74

Felipe, J. und J.S.L. McCombie (2014): The Aggregate Production Function: ‚Not Even Wrong‘. *Review of Political Economy* 26 (1), S. 60-84

Ferguson, C.E. (1969): *The Neoclassical Theory of Production and Distribution*. Cambridge University Press

Greitens, Jan (2012): *Finanzkapital und Finanzsysteme. Das Finanzkapital von Rudolf Hilferding*. Metropolis, Marburg

Ivanova, Maria N. (2013): Marx, Minsky, and the Great Recession. *Review of Radical Political Economics* 45 (1), S. 59-75

Krugman, Paul (2014): *Wealth Over Work*. URL: http://www.nytimes.com/2014/03/24/opinion/krugman-wealth-over-work.html?_r=1

Kuznets, Simon (1955): Economic Growth and Income Inequality. *American Economic Review* 45 (1), S. 1-28

Martins, Nuno O. (2014): Sraffa on Fixed Capital, Money and the Phases of Capitalism. *Review of Political Economy* 26 (1), S. 111-127

Marx, Karl (1890, 1969): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Dietz Verlag, Berlin

Milanovic, Branko (2013): The return of „patrimonial capitalism“: review of Thomas Piketty's *Capital in the 21st century*. MPRA Paper No. 52384

OECD (2014): *Society at a Glance*. URL: <http://www.oecd.org/els/soc/OECD2014-SocietyAtAGlance2014.pdf>

Ostry, Jonathan D., Andrew Berg und Charalambos G. Tsangarides (2014): *Redistribution, Inequality and Growth*. IMF Staff Discussion Note 14/02

Palley, Thomas (2013): Gattopardo economics: the crisis and the mainstream response of change that keeps things the same. *European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention* 10 (2), S. 175-192

Palley, Thomas (2014): *Some Reflections on Thomas Piketty's ‚Capital‘*. URL: <http://www.social-europe.eu/2014/04/thomas-piketty-capital/>

Piketty, Thomas (2014): *Capital in the Twenty-First Century*. Harvard University Press, Cambridge

Sweezy, Paul (1987): *Some Problems in the Theory of Capital Accumulation*. *International Journal of Political Economy* 17 (2), S. 38-53

Why Neoliberalism?

The title of this article follows from the popular article from 1949 – „Why Socialism?“ written by Albert Einstein who, although the United States have given him rescue from the horrors of Nazi Germany, had some most important critic toward the system in which he got to live in. Still, this article does not apply any sympathies towards neoliberalism, but wishes to criticize its basis as illogical and harmful. Note that in this article we use „neoliberalism“ by its pejorative meaning, and this describes the policies of unfettered free market capitalism, deregulation and financialization which took place since the 80s in the West and all over the World.

by **Atanas Pekanov**

The financial crisis of 2008 has already proven to many that neoliberalism is built on sticky foundations, bringing uncontrolled growth, especially for some income groups, and then sudden crisis, which leaves those already living under precarious conditions in an even worsened situation. But neoliberalism is an ideology and it is hard to prove to people who believe in religion-like economic statements that their ideology may not always lead to the best outcome. Like Slavoy Zizek says:

„You should never forget that neoliberalism is an ideology! Ideology is never or very rarely followed by real politics.“

In our context this means we do not only need to prove that outcomes and the policy implications of neoliberalism are wrong – we also need to have a deep and critical understanding of the basic ideological standpoints, because everything else could always be rejected as a misinterpretation of the ideology or be presented as following from its inconsistent implementation.

So, critics could say that neoliberalism leads to certain economic outcomes. In cases like 2008 and its follow-up, many people could actually confess that something got wrong. But proponents of neoliberalism would then just find some other reasons for the failure of their policies like faulty human actions, corrupted politicians, inefficient institutional framework or other non-conservative scapegoat. Thus, a simple critic on neoliberalism in economic terms is hard if one wants to come to clear consequences and not to come into an everlasting spiral of discussion and passing of the ball of guilt for the crisis. Neoliberalism could then only be efficiently criticized with the use of detailed economic theory, which addresses the major fallacies of the orthodox models. Luckily, this is already underway after students from around the world have created the International Student Initiative for Pluralism

in Economics (www.isipe.net). The members of this international movement call for more reality-driven economic theories and therefore ask for a broader, pluralistic point of view on economic issues. This surely long, but very important debate on the guilt of current mainstream economic theory for the misfortunes of the world economy is on the move and you can learn more about it on the next pages.

But like mentioned above, it is not only in economic theory and policies, where neoliberals have to answer some questions – many of their presumptions and ideological standpoints could be perceived with suspicion also on a logical level. In this article, I try to assess especially those faulty lines of the neoliberal ideology, that seem to make it unfit to represent the interest of the large public and of society as a whole.

Neoliberalism has its deep roots decades ago, but its true revival came in the 80s with the West choosing almost at the same time the first great conservative neoliberals Reagan and Thatcher as their leaders. They preached for freedom, which of course appealed strongly in the time when many people in the West were scared from the repressions with which the totalitarian regimes worldwide were being presented to them. As a result, this surely important value was afterwards used politically in every sense possible – and it became a motto also in economic matters. Freedom, they said, was as important in personal matters for the individuals, as well as in economic matters, for the markets. Free, unfettered markets would lead to the highest possible well-being and were a natural part of living, which would function smoothly if let alone, like other natural mechanisms.

So let's analyze this most hardly defended motivation for free market capitalism - freedom. We can divide it in two branches - the so-called market freedom and the personal freedom that this should bring.

First of all, the free market is somehow confusing in terms. The market is a social construct, it is not something that nature has created. It may have actually been a certain place hundreds of years ago, but now it is just a definition, a construct of human-mind, a certain form of relations between individuals. Like every construct it needs organization and thus rules and some form of structure. No structure can function without some rules. Yet neoliberals have tried and also succeeded many times to prove to people that rules and regulations are not needed. The lack of rules only means that the things that are not regulated are not forbidden. The market cannot be deregulated – the existing regulations of course, as they were decided by governments elected by the people, can be overturned and have already been overturned. This does not mean however that there are no rules – there are only new rules, stating that something is not forbidden any more.

„The private enterprise system does not mean a free enterprise system – it just means a system, who is controlled by someone you haven't elected“ – Greg Palast

In this sense, free market capitalism in has the last 30 years brought a large redistribution of power. This tends to be overlooked by many economists because they exclude power relationships from their analysis and leave them to the somehow „downgraded“ sociology, political science and history (which by the way are much more reality driven and may have a much higher explanatory power of the world around us today). Power today is mainly derived from financial capital – in contrast with the times when it was at least partly linked to democracy and was represented by the state institutions for which people could choose their representatives – and by big organizations, mainly trade unions, where big masses could achieve common goals. The shift back toward power derived from capital during the 80s was quick, but it

is very hard to overturn – the election process for example is today mainly driven from financial factors. The bargain was actually quite simple – it was true that politicians, as well as trade unions, occasionally had their faults, so it was easy to convince people that these institutions should be limited if in return the already rapidly consuming society would allegedly achieve even higher material prosperity. Through this bargain, although it pleaded for freedom, neoliberalism actually sacrificed real democracy.

On the personal level the perception that every regulation somehow stops us limits us, is also a bit illogical. It is an attempt to play with very deep rooted human feelings like the pursuit of freedom and the fear of being controlled. But it does not show the reality – there are many rules, which do not limit us – on the contrary, they give people the possibility to do something. Just think about one most basic part of our daily lives – language. Language is regulated by many rules, but exactly these give us the opportunity to understand each other and communicate with each other easily and efficiently. Driving rules try to make the behavior of drivers more expectable, as well as to lessen the dangers to passengers on the street. These rules are not absolute – they are being broken over and over again – still they make the processes mentioned more easily accomplished and more efficient.

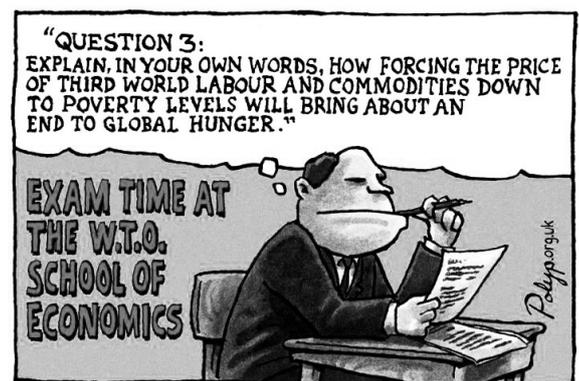
So no, rules cannot be seen as a natural, ultimate limitation in the sense that libertarians seem to think. It is also somehow bizarre that a common objection to rules from the neoliberal viewpoint is that even if they have some good aims, they could be surpassed easily and that makes them ineffective.

As neoliberalism has been defended from many on the right-side of the political spectrum, the acceptance of conservatives that regulations should be weakened, is not con-

sequential. If for example high tax rates should be cut because many people don't report their true income in this case and the judicial system can't catch them, this argument doesn't seem to hold strong – the system isn't able to catch all murderers either, but I have not heard that we should weaken the legislation in case of murder. The pardoning of a misdeed seems like double moral when it comes from conservatives, who normally defend rules and hierarchies, and therefore must be explained somehow differently. In a further thought, it is questionable if globalized capitalism and the unlimited growth of firms actually make it possible for the person to be free.

„It is ridiculous to talk about freedom in a society dominated by huge corporations. What kind of freedom is there inside of a corporation? They're totalitarian institutions – you take orders from above and maybe give them to people below you. There's about as much freedom as under Stalinism“ – Noam Chomsky

And a last point about freedom – liberals and libertarians also have another great fallacy, described brilliantly by Amartya Sen. They tend to concentrate on things that seem to limit us – on the negative freedom. Their highest goal is to eliminate every possibility of an individual being somehow limited. But this is a quite abstract definition of freedom – you cannot be limited of doing something, if you are not able to do it at all. For example, from the individual viewpoint and if you take out of the picture the alleged role of trickle-down economics through investors, what good does it do for a person of a poor village if there are low tax rates for high incomes, when his statistical chance of achieving really high levels of income are illusory?



This is no freedom at all – the actual freedom would be some form of intervention which would give the person the ability to reach these high levels of income. This is what Amartya Sen calls positive freedom – giving people the capability to do something their current situation has limited them to do. This is the stepping stone for his capabilities approach, which lays much more weight on these positive freedoms which are mechanisms bringing us closer to achieve our own goals rather than on abstract regulations which build only upon the rooted fear that we will be limited in a certain kind of situation that we may never face.

And last, but not least – neoliberalism is the ideology of a predatory system, of a battle in the jungle. Its proponents outside of academia have always wanted the average person to believe only in some sort of jungle paradise where you can run wild and free, and no danger ever exists as long as you are running fast enough (in economic sense – working hard enough, being productive). But it is especially the analogy with the jungle that makes the situation clear – does one feel completely free and in a better situation on its own against the dangers or does one need some kind of protection in the wild world? In the end, only the lions are free in the jungle.

Atanas Pekanov studiert Volkswirtschaftslehre an der WU

Ökonomie als Raum sozial-ökologischen Handelns

Wie die Bremer emeritierte Professorin Adelheid Biesecker mit der Einbeziehung der sozialen und ökologischen Dimension die Ökonomie erweitert und ausgehend von Marx und der Bedeutung von Gender die Lösung in einem nachhaltigen (Re-)Produktionskonzept sieht. Das Interview führte **Ernest Aigner** anlässlich ihres Workshops an der WU im vergangenen Sommersemester.

Wie kam, sich in die Ökologische Ökonomie zu vertiefen?

In den 80er Jahren begann ich, Ökonomie um eine soziale Dimension zu erweitern, und zwar auf der Basis von Jürgen Habermas' Konzept der *Kommunikativen Vernunft*. Ich begann, Ökonomie als Raum sozialen Handelns zu verstehen. Gleichzeitig kam ich auf Tagungen mit KollegInnen ins Gespräch, die Ökonomie um die ökologische Dimension erweitert haben. Wir haben dann gemeinsam festgestellt, dass beide Ansätze zu einseitig sind, und sich die Ökonomie sowohl zum Sozialen als auch zum Ökologischen hin öffnen muss.

Also ist Ihr Ursprung in der sozialen Dimension ökonomischen Handelns anzudeuten. Was ist denn nun die Rolle des sozialen Aspekts in der Ökonomie?

Wenn ich die AkteurInnen ökonomischen Handelns nicht mehr als isolierte, ökonomisch rational handelnde Wesen betrachte, sondern von sozial handelnden Wesen ausgehe, die im gemeinsamen Diskurs eine kommunikative Vernunft entfalten können, dann eröffnet dies einen Handlungsraum, in dem plötzlich Veränderung möglich ist. In einem Handlungsraum, in dem man nicht nach rational-ökonomischen Vorstellungen agiert, kann der Diskurs sowohl zum Sozialen hin als auch im Hinblick auf die ökologische Dimension geöffnet werden.

Und was ist dann die Rolle des ökologischen Aspekts in der Ökonomie?

Erstmal ist deutlich zu sagen, dass die vormalig vorherrschende Vorstellung von ökonomischem Handeln die ökologischen Grundlagen stark gefährdet. Wenn ich jetzt also Ökonomie als Raum sozialen Handelns begreife, in dem Menschen gemeinsam ihre Handlungsausrichtungen bestimmen, können auch Ziele der Umweltschonung und des Erhalts der Naturproduktivität in diesem ökonomischen Handlungsraum diskutiert werden.

Wie sieht es mit anderen Dimensionen aus, der Gender Dimension zum Beispiel?

Die Einbeziehung der Gender Dimension entwickelte sich für mich auf verschiedene Art und Weise. Früher war ich als Marxistin stark in die sogenannte Hausarbeits-Debatte involviert. Da ging es um die Frage, ob die Marx'sche Theorie auch die Rolle der Hausarbeit und darüber die Bedeutung der Gender Dimension erfassen kann. In den 80er Jahren habe ich mich zwar nicht von Marx, jedoch von der Fixierung auf Marx gelöst. Als ich die Thesen von der „Ökonomie als Raum sozialen Handelns“ bzw. von der „Ökonomie als Raum sozial-ökologischen Handelns“ entwickelt habe, kam ich mit der Gruppe von Frauen zusammen, die im Zusammenhang mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs zu Beginn der 90er Jahre in St. Gallen das Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“ begründet haben. Sie argumentierten, dass auch ein auf Nachhaltigkeit fokussierter Diskurs die Genderdimension außen vor ließe. Sie arbeiteten drei neue Handlungsprinzipien aus: Vorsorge, Kooperation und Orientierung am guten Leben. Und auf dieser Basis hat sich das Netzwerk, dem ich auch angehöre (vgl. www.vorsorgendeswirtschaften.de), weiter entwickelt. In meinem Mikroökonomik-Lehrbuch habe ich diese Gedanken und damit die Gender Dimension integriert.

Da sind wir auch schon beim Begriff der Nachhaltigkeit. Was verstehen Sie bei Einbeziehung der genannten drei Dimensionen unter Nachhaltigkeit?

Heute ist Nachhaltigkeit für mich im Grunde die Aufforderung, ein bestimmtes qualitatives Entwicklungsprinzip einzuschlagen. Dieses bedeutet, heute so zu wirtschaften, dass die Grundlagen des Wirtschaftens, also die produktiven Kräfte der Menschen und der Natur erhalten bleiben. Die herkömmliche Ökonomie sieht nur die Erwerbsarbeitsproduktivität. Ich arbeite gerade daran, auch Aspekte der Care- oder Sorgearbeit bzw. die Naturproduktivität mit einzubeziehen.

Wie sollen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden? Wie soll die Transformation geschehen?

Meine Antwort ist ja immer: überall! Das ist jetzt natürlich ein bisschen einfach. Der Weg zur Nachhaltigkeit kann zwar bei jedem und jeder Einzelnen anfangen, aber die individuellen Möglichkeiten sind begrenzt. Ich kann mein eigenes Verhalten ändern, und das ist auch wichtig, aber ich stoße an Grenzen. Zum Beispiel brauche ich, wenn ich nicht mit dem Auto fahren möchte, ein öffentliches Nahverkehrsnetz, und das gibt es zum Beispiel auf dem Land gar nicht. Ich brauche also Strukturen, gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Und diese Rahmenbedingungen können auf lokaler oder regionaler Ebene geschaffen werden, aber auch auf bundespolitischer, EU-weiter oder globaler Ebene.



Adelheid Biesecker

ist emeritierte Professorin für Wirtschaftswissenschaften. Bis 2004 lehrte sie Ökonomische Theorie an der Universität Bremen. In ihrer Forschung beschäftigte sie sich mit ökonomischer Theorie aus sozial-ökologischer Perspektive, mit vorsorgendem Wirtschaften und der Zukunft der Arbeit. Sie ist Mitglied im Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften sowie in der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) und außerdem im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland tätig. (siehe www.postwachstum.de)

Ansetzen kann ich sowohl bei Haushalten als auch bei Unternehmen. Ich kann ansetzen, indem ich Netzwerke bilde, zum Beispiel für Energieautonomie, oder Genossenschaften für neue Bauten, in denen mehrere Generationen zusammenleben können.

Und welche Rolle spielt dabei die Wissenschaft, insbesondere die Volkswirtschaft?

Auf jeden Fall eine wichtige! Gerade die Volkswirtschaft denkt ja an vielen Stellen noch sehr traditionell, sehr herkömmlich. Ökonomie wird mit Märkten gleichgesetzt.

Dieses Ökonomiebild gilt es, um das Soziale und das Ökologische zu erweitern. Es geht jedoch nicht nur um eine ökonomische Theorie für Nachhaltigkeit, sondern auch darum, zu zeigen, wie dieses neue Wirtschaftsprinzip umgesetzt werden kann. Hierzu kann die Volkswirtschaftslehre ganz viel beitragen.

Was würden Sie jungen VolkswirtInnen empfehlen? Wie sollen Sie mit herkömmlichen Konzepten umgehen?

Es ist wichtig, herkömmliche Konzepte zu kennen, zumal diese ja noch populär sind und auch noch praktiziert werden. Wichtig ist aber auch, sich über die vielen Gedanken zu nachhaltiger Entwicklung schlau zu machen – und zwar über die ganze Bandbreite an Ansätzen hinweg. Hier bildet sich ein neues Ökonomiekonzept heraus – sozial-ökologische Ökonomie. Diese ist nicht nur um das Soziale und Ökologische erweitert, sondern sie ist eine Wissenschaft, die hineinreicht in die Politikwissenschaft, in die Philosophie, ...

Außerdem gilt es, die Zeitdimension zu integrieren und bei ökonomischen Tätigkeiten die sozialen ökologischen Folgen mitzudenken: Wie kann ein Produktions- oder Konsumtionsprozess gestaltet werden unter Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Dimensionen?

Möchten Sie zu guter letzt noch ein Schlusswort an die LeserInnen richten?

Ich möchte ihnen mitgeben, dass in Bezug auf den Nachhaltigkeitsdiskurs viel in Bewegung ist. Oft wird gesagt: „Es geht mir nicht schnell genug.“ Aber es ist viel in Bewegung! Und jeder und jede kann dort, wo er oder sie lebt und tätig ist, ansetzen. Ich bin davon überzeugt, dass der Weg in Richtung Nachhaltigkeit nicht mehr aufzuhalten ist.

Ernest Aigner studiert Socio-Ecological Economics and Policy an der WU

Die SOLV

Die **Selbstorganisierte Lehrveranstaltung** findet in diesem Semester bereits zum vierten Mal an der WU statt. Dahinter steht das Konzept, dass Studierende eine Ringvorlesung zu Themenbereichen, die ansonsten nicht im Studienplan abgedeckt oder dort nur gestreift werden, organisieren.

Über den Themenkomplex, mit dem wir uns im Rahmen der Ringvorlesung beschäftigen, wird im **Plenum** diskutiert, und anschließend das Diskutierte in ein Konzept gegossen. Ein besonderes Anliegen ist uns dabei Interdisziplinarität, aber auch eine multiparadigmatische Herangehensweise an die Fragestellung. So können wir bei den SOLVn nicht nur VolkswirtInnen, sondern auch SoziologInnen, PolitikwissenschaftlerInnen, HistorikerInnen, ... lauschen. Aber auch Leute „aus der Praxis“ konnten bisher häufig für uns besonders erkenntnisreiche Einheiten abhalten.

Die erste SOLV bot einen Überblick über die **Theoriegeschichte**, die SOLV 2 hatte einen Fokus auf **Aspekte der Gerechtigkeit** in der volkswirtschaftlichen Theorie und Forschung. Die SOLV 3 im Wintersemester 2013/2014 lief unter dem Titel **„Was machen eigentlich Banken?“**. Diese wurde nicht nur von VWL- und Sozioökonomie-Studierenden besucht, wir konnten uns auch über zahlreiche HörerInnen aus anderen Studienzweigen (BWL, Finance,...) freuen.

In diesem Semester lautet der Titel: **„Arbeit: gestern, heute, morgen in Theorie und Praxis“**. Es steht einerseits der Wandel von Arbeitsverhältnissen und -realitäten im Vordergrund, andererseits auch die Einbettung von Arbeit bzw. deren Wandel in volkswirtschaftliche Theorien.

Im **nächsten Semester** werden wir uns der jüngeren Theoriegeschichte, im Besonderen ab 1970, zuwenden. Denn gerade neuere Ansätze kommen in der Theoriegeschichte oft zu kurz. Einen besonderen Fokus werden wir auf Geldpolitik und Finanzmärkte legen.

Solltest du **Interesse** haben, dich bei der Organisation der SOLV zu beteiligen, bist du herzlich eingeladen zum nächsten SOLV-Plenum am **Donnerstag, 5. Juni (19.30)** in die Student's Lounge (D4) zu kommen, oder dich per Mail an uns zu wenden: solv@wu.ac.at

Denn was die **SOLV** so besonders macht, ist dass sie eine von Studierenden für Studierende selbstorganisierte Lehrveranstaltung ist.



Verhaltensökonomie

Revolution des ökonomischen Mainstreams?

Verhaltensökonomische Ansätze sind der neue Shooting Star der ökonomischen Forschung. Sie gelten als revolutionäre Veränderung der insbesondere nach der Finanzkrise aufkommenden Skepsis, was ÖkonomInnen eigentlich an den Unis so treiben, doch bleiben bei näherer Betrachtung nah am neoklassischen Dogma. Eine kritische Verortung.

von **Hendrik Theine**

Die Verhaltensökonomie ist einer der am schnellsten wachsenden ökonomischen Ansätze. Sie ist in der Mitte der ökonomischen Forschung angekommen: Nobelpreise wurden an ihre VertreterInnen vergeben, verhaltensökonomische Artikel erscheinen regelmäßig in den renommiertesten Journals, es wurden eigene Vereine gegründet und Tagungen abgehalten. Vielfach werden VerhaltensforscherInnen als RevolutionärInnen der standardökonomischen Theorie gefeiert: Heusser titelt zum Beispiel im November 2009 in der *Zeit* „Die Revolution hat begonnen“ und beschreibt den Aufschwung verhaltensökonomischer Forschung. Iselin (2012) schreibt auf *Ökonomenstimme*: „[m]it ihren Untersuchungen sägten Kahneman/Tversky früh an den Fundamenten der Wirtschaftswissenschaften.“ Doch es gibt auch kritische Gegenstimmen, die die Verhaltensökonomie als ökonomischen Mainstream abtun. Dieser Artikel fragt entsprechend: Wie revolutionär ist die Verhaltensökonomie nun wirklich?

Grundsätzlich lässt sich die Verhaltensökonomie als ein Teilgebiet der Ökonomie verstehen, das an einer psychologischen Fundierung ökonomischer Theorie arbeitet. Viele Arbeiten bauen auf psychologischen, soziologischen und anthropologischen Erkenntnissen auf – damit ist die Verhaltensökonomie eher sozialwissenschaftlich orientiert. Weiterhin ist die Verhaltensökonomie gekennzeichnet durch die Nutzung quantitativer Daten, typischerweise generiert durch Laborexperimente und Feldstudien. In jüngster Zeit wurden aber auch – angestoßen unter anderen durch Ernst Fehr – neurologische Methoden verwendet. Die empirischen Erkenntnissen dienen meistens in einem zweiten Schritt der mathematischen Formalisierung (siehe u.a. Camerer und Loewenstein, 2004).

Die Suche nach einer realistischeren Beschreibung menschlichen Verhaltens führt verhaltenswissenschaftliche ForscherInnen dabei weg von den standardökonomischen Annahmen des Homo oeconomicus. Schon Anfang der 1970er haben Kahneman und Tversky (1974) gezeigt, dass willkürlich gesetzte Anker das Entscheidungsverhalten von Menschen systematisch beeinflussen. Ähnlich einflussreich ist die empirische Feststellung, dass Menschen zur Verlustangst neigen und somit sichere Auszahlungen unsicheren aber gleichwertigen vorziehen (siehe z.B. Kahneman, Knetsch und Thaler, 1991). Mittlerweile existieren unzählige Experimente und empirische Artikel, die Beispiele menschlichen Verhaltens fern ökonomischer Rationalität beschreiben: Unser Verhalten ist leicht zu beeinflussen, wir irren häufig und treffen inkonsistente, nicht rationale Entscheidungen. Faustregeln und Heuristiken verringern Komplexität und vereinfachen so unsere Kaufentscheidungen, wir lassen uns vom Status quo beeinflussen und überschätzen regelmäßig unsere Fähigkeiten. Anstatt egoistisch zu sein, spielen Fairness und Reziprozität eine große Rolle bezüglich unserer Entscheidungen und unseres Verhaltens.

Diese Erkenntnisse sind zum einen bezüglich der theoretischen Fundierung ökonomischer Forschung und Lehre relevant. Neben der Beschreibung menschlichen Verhaltens abseits individueller Rationalität werden auch darauf aufbauende Einsichten zunehmend hinterfragt: Können Menschen von freien Märkten profitieren? Sind Anreizsysteme ein sinnvoller Mechanismus für die Veränderung menschlichen Handelns? Profitieren wir wirklich von mehr Wahlmöglichkeiten? Oder noch grundlegender: Ist die uneingeschränkte individuelle (Kauf-)Freiheit sinnvoll?

Zum anderen spielen in der Verhaltenswissenschaft in jüngster Zeit auch explizit wirtschaftspolitische Fragestellungen eine Rolle. Zu nennen sind hier unter anderem die beiden Forscher Richard Thaler und Cass Sunstein. Sie haben u.a. in ihrem populärwissenschaftlichen Buch „Nudge“ aufbauend auf verhaltenswissenschaftlichen Erkenntnissen Konsequenzen für das Design von (wirtschaftspolitischen) Regeln und Gesetzen beschrieben. Auch diese Entwicklung gewinnt an Einfluss: Mittlerweile existiert die sogenannte „Nudge Unit“, eine Arbeitsgruppe zur Beratung der britischen Regierung (Economist 2012).

Es lässt sich also zusammenfassen, dass die Verhaltensökonomie als Theorieschule einen wichtigen Beitrag geleistet hat, die Annahme des Homo oeconomicus in Frage zu stellen und durch ein realistischeres Bild menschlichen Verhaltens zu ersetzen. Die Verhaltensökonomik stellt so eine wichtige Abweichung vom neoklassischen Theoriegebäude dar.¹ Dass sich Menschen inkonsistent und irrational verhalten, gehört genauso zu den zentralen Erkenntnissen wie die Wichtigkeit von Fairness, Reziprozität und pro-sozialen Entscheidungen im gesellschaftlichen Kontext. Auf der ontologischen Ebene zeichnet sich die Verhaltensökonomie folglich durch eine Erweiterung der Definition menschlichen Verhaltens aus.

Auch wenn dies ein wichtiger Beitrag im Rahmen der Erneuerung der ökonomischen Forschung ist, bleibt doch vieles außen vor. Wie sich bei Angner (2014) herausstellt, ist die neoklassische Theorie eine Art Benchmark-Framework für verhaltenswissenschaftliche ÖkonomenInnen. Sie gilt als Null-Hypothese, die mit experimentellen Methoden empirisch getestet wird. Damit verbleibt die Forschung im Milieu des aktuellen ökonomischen Mainstreams, ohne an über den Homo oeconomicus hinausgehenden unrealistischen Annahmen und Methodiken zu rütteln. Camerer und Loewenstein (2004, 3) fassen entsprechend zusammen:

“[a]t the core of behavioral economics is the conviction that increasing the realism of the psychological underpinnings of economic analysis will improve economics on its own terms – generating

theoretical insights [...]. This conviction does not imply a wholesale rejection of the neoclassical approach to economics based on utility maximization, equilibrium, and efficiency."

Die verhaltensökonomische Analyse findet nahezu ausschließlich auf der mikroökonomischen Ebene statt, von der aus gesellschaftliche Prozesse beschrieben werden. Dies führt zu der Unmöglichkeit, langfristigen sozioökonomischen Wandel zu beschreiben. Zum einen sind endogene Prozesse sehr schlecht greifbar, verbleibt man analytisch auf mikroökonomischer Ebene. Zum anderen spielt hier auch das implizite Beibehalten der Gleichgewichtstheoretischen Perspektive eine Rolle. Werden positive Feedback-Mechanismen ontologisch genauso ausgeschlossen wie die Möglichkeit co-evolutionären Wandels, lassen sich langfristige Veränderungen wenig überzeugend in die Analyse mit einschließen.²

Eine gänzlich dynamische Perspektive hat dabei auch Auswirkungen auf die Art und Möglichkeit der mathematischen Formalisierung im Sinne des ökonomischen Mainstreams, welche für VerhaltensökonomInnen oft eine zentrale Rolle in der Theoriebildung spielen.³ Auf ontologischer Ebene bedeutet dies, sowohl die Existenz von geschlossenen Systemen als auch Regularität von Ereignissen anzunehmen. Diese atomistische Modellierung schließt Prozesse auf anderen Ebenen aus; Machtstrukturen, Verteilungskämpfe zwischen unterschiedlichen Klassen oder allgemeine emergente Phänomene und deren Auswirkung auf die Gesellschaft finden keinen Platz.⁴

Weiterhin werden Reziprozität, Fairness und soziale Normen zwar explizit analysiert, aber nur bezogen auf deren Einfluss auf menschliches Verhalten. Hodgson (2013) argumentiert, dass nicht nur die Existenz, sondern auch die Herkunft derartiger Phänomene in der ökonomischen Theorie berücksichtigt werden müssen. Dies bedarf einer Integration von Erklärungen auf der biologischen Ebene, da „[...] biology-free explanations cannot account for a critical mass of cooperation“ (Hodgson 2013, 70). Kann ein Theoriegebäude nicht erklären, wo derartige Erscheinungen ihren Ursprung haben, verliere dieses nach Hodgson stark an Erklärungskraft.

Die verhaltenswissenschaftliche Forschung ist das prominente Beispiel für die Veränderung des ökonomischen Mainstreams weg von der Neoklassik. Dies ist aber bei näherem Hinsehen nicht besonders verwunderlich: Die Methode verbleibt quantitativ-empirisch, die Wichtigkeit formalistischer Modellierungen wird betont, die Analyse findet meistens auf der Mikroebene statt. Damit ist Verhaltensökonomie trotz ihres wichtigen theoretischen Inputs allerdings eben auch stark beschränkt. Sie sollte daher eben nicht das neue domi-

nante Paradigma der Ökonomie des 21. Jahrhunderts werden und die Neoklassik so ersetzen. Überkommen kann die Gefahr der einseitigen Dominanz dies nur durch einen konsequenten Pluralismus innerhalb der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre (siehe Seite 4)

Hendrik Theine studiert Socio-Ecological Economics and Policy an der WU

Fußnoten:

- 1 Dieser Einschätzung liegt die Definition Hodgsons (2013) zugrunde. In dieser wird Neoklassik wie folgt beschrieben: 1. Die Annahme nutzenmaximierendes Verhaltens, 2. bekannte und stabile Präferenzen, 3. die Existenz von Gleichgewichten sowie 4. nahezu perfekte Informationen
- 2 Für eine Beschreibung der Co-evolutionären Perspektive sowie Kritik an der Gleichgewichtsannahme siehe Norgaard (1994)
- 3 Camerer und Loewenstein (2004) zum Beispiel argumentieren, dass die Verallgemeinerung empirischer Erkenntnisse ein wichtiger Bestandteil verhaltenswissenschaftlicher Forschung ist.
- 4 Vergleich hierzu die Kritik der Mainstream-Ökonomie von Lawson (2005), sowie seine Beschreibung der Social Ontology als analytische Alternative

Quellen:

Angner, Erik (2014): "To navigate safely in the vast sea of empirical facts": Ontology and methodology in behavioral economics, < <http://hope.econ.duke.edu/node/879> > (accessed 5-4-2014)

Camerer, C. and G. Loewenstein (2004): Behavioral economics: Past, present, future, In: C. Camerer, G. Loewenstein, and M. Rabin (Eds.), *Advances in behavioral economics*, New York, NY and Princeton, NJ: Russell Sage Foundation and Princeton University Press, 3– 51

Economist (2012): Nudge nudge, think think, The use of behavioural economics in public policy shows promise, <http://www.economist.com/node/21551032> (abgerufen: 20.04.2014)

Heuser, Uwe Jean (2009): Verhaltensökonomie: Die Revolution hat begonnen, in: die Zeit (2009), http://www.zeit.de/2002/43/Die_Revolution_hat_begonnen/komplettansicht (abgerufen: 23.04.2014)

Hodgson, Geoffrey (2013): *From Pleasure Machines to Moral Communities - An Evolutionary Economics without Homo economicus*, Chicago and London: The University of Chicago Press

Iselin, David (2012): Der Vermesser unserer Irrationalität, *Ökonomenstimme*, <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2012/06/der-vermesser-unserer-irrationalitaet/> (abgerufen: 20.04.2014)

Kahneman, Daniel; Knetsch, Jack und Richard Thaler (1991): Anomalies: The endowment effect, loss aversion, and status quo bias, *Journal of Economic Perspectives*, 5 (1): 193–206

Lawson, Tony (2005): The nature of heterodox economics, *Cambridge journal of economics* 30(4): 483-505

Norgaard, Richard (1994): *Development betrayed: The end of progress and a co-evolutionary revisioning of the future*. Routledge

Tversky, Amos and Daniel Kahneman (1974): „Judgment under uncertainty: Heuristics and biases.“ *Science* 185(4157): 1124-1131

Governing the Commons

Elinor Ostrom und die „Tragik der Almende“

Seit 2009 ist Elinor Ostrom als „die einzige Frau, die jemals den Nobelpreis für Ökonomie erhielt,“ bekannt. Tatsächlich teilte sie sich die Auszeichnung mit ihrem Kollegen Oliver Williamson und war vor der Ehrung durch die Sveriges Riksbank nur wenigen als Ökonomin bekannt. Im Jahr 2009 waren ihre Forschungsergebnisse zur Nutzung von Gemeingütern das Thema in der Wirtschaftswissenschaft. 2012 wiederholten sich die Lobreden anlässlich ihres Todes. Doch welche Auswirkung hat(te) ihr Werk tatsächlich auf die konventionelle Volkswirtschaftslehre? Eine Überlegung, von **Hannah Fietz**

Gleich zu Beginn die Enttäuschung: Elinor Ostroms Werk bietet kein Kochrezept für einen erfolgreichen Umgang mit Gemeingütern. Kein Modell, das generell zeigt, wann ein Gut als Gemeingut funktioniert und wann nicht. Eine allgemeine Lösung darf man nicht erwarten – sehr wohl jedoch präzise recherchierte Fallbeispiele von erfolgreichem *common resource management* und eine Absage an die allgemeine Meinung, dass es zum erfolgreichen Umgang mit Gemeingütern immer den Staat oder Privateigentum geben müsse.

Ein Aspekt, der Ostroms Arbeiten von jenen anderer PreisträgerInnen unterscheidet, ist ihre praktische Herangehensweise an den Untersuchungsgegenstand. Ihr Thema ist der Umgang mit natürlichen Ressourcen, sind die Dynamiken, die beim Umgang mit Gemeingütern am Werk sind, und welche Strategien Menschen entwickeln, um abseits von staatlichen Vorschriften oder privatwirtschaftlichen Einigungen im kleinen Rahmen Lösungen für den Umgang mit „common pool resources“ zu finden. Rein theoretisch-mathematische Arbeiten zu dem Thema hätten den Anspruch, einen möglichst hohen Erklärungswert im Modell zu erhalten – oft zum Preis abstrus erscheinender Annahmen. Elinor Ostrom ging anders vor: Neben den gängigen Literatur- und Datenrecherchen führte sie wortwörtlich Feldstudien durch: Sie besuchte allgemeines Weideland in der Türkei und in den Alpen, sprach mit Fischern an der Küste von Kalifornien und erkundete die Wasserbassins in Sri Lanka vor Ort, um auf ihren Reisen herauszufinden, unter welchen Umständen Gemeingüter erfolgreich sein können.

Worum gehts eigentlich?

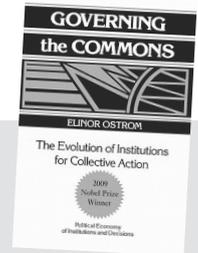
Um gängige Irrtümer zu vermeiden, vorerst die Klärung zweier wichtiger Begriffe: Gemeingüter und öffentliche Güter. Mit ein wenig volkswirtschaftlichem Grundwissen fällt die Unterscheidung leicht: Öffentliche Güter zeichnen sich durch Nicht-Rivalität im Konsum aus. Das führt tendenziell zu Marktversagen, und der Staat übernimmt die Bereitstellung dieser Güter. Bei Gemeingütern kommt es hingegen zu Rivalität – ihre Verfügbarkeit verringert sich durch jede zusätzliche Nutzung. Gemeinsam ist diesen beiden Arten von Gütern ihre grundsätzlich vorhandene Nicht-Ausschließbarkeit und daraus bedingt die Tatsache, dass Nutzung und Verwaltung zu Allokationsproblem führen können – Angebot und Nachfrage zu balancieren fällt angesichts der fehlenden Märkte schwer.



Diese speziellen Eigenschaften führen dazu, dass Gemeingüter als schwierig bis unmöglich zu verwalten gesehen werden. Würde man im Rahmen einer Psychoanalyse bei der Freien Assoziation den Begriff „Commons“ verwenden, würde das wohl bei einer großen Zahl von Studierenden die Antwort „tragedy“ hervorbringen – mit einem statistisch signifikanten Ergebnis. Diese allgemeine Resignation gegenüber der Idee der Gemeingüter hat ihre Wurzeln in den Arbeiten von Garrett Hardin, der den Begriff der „Tragödie der Allmende“ in einem seiner Essays prägte. Laut Hardin versagen Gemeingüter aufgrund von Übernutzung.

Diese Theorie setzte sich durch und bis 2009 schien es, als gäbe es nur zwei Möglichkeiten: rein privatwirtschaftliche Lösungen (wie sie auch von Ronald Coase empfohlen wurden: Die Implementierung klassischer Eigentumsrechte zur Internalisierung externer Effekte) oder die Bereitstellung durch den Staat, wie sie bei öffentlichen Gütern erfolgt.

1 <http://newsinfo.iu.edu/web/page/normal/16696.html>



Buchtipp

Elinor Ostrom
**Governing the Commons –
 The Evolution of Institutions for Collective Action**
 Cambridge University Press, 1991
 298 Seiten, 24,90 Euro

Ein Mittelweg ohne fachliche Kompetenz?

Elinor Ostrom steht mit ihrem Ansatz zwischen zwei Extremen und setzt sich für eine Kombination aus internationalen Verträgen und lokalen Einigungen ein. Wenn diese Verhandlungen erfolgreich sind, muss die Allmende keine Tragödie sein. Durch Ansätze wie Common Ownership oder local level regulation kommt es zu einer effizienten Allokation.

Der Direktor des von Elinor Ostrom und ihrem Mann gegründeten *Workshop for Political Theory and Policy Analyses*, Michael McGinnis, fasst das Ziel seiner Kollegin folgendermaßen zusammen: „She devoted her career to studying the interaction of people and natural resources. What she did was to convince us, those of us who studied the other system – the experts, the state and the markets – to learn to appreciate the creativity of the local communities. Her work cut through ideology in a way that is frankly not very prevalent in today’s public discourse.“¹

Diese Beschreibung fasst Ostroms Bemühungen im Kern zusammen und wirft eine altbekannte Frage auf: Kann man den kleinen Verbänden, den lokalen Gemeinden, den einfachen Leuten trauen? Gesteht man ihnen zu, auch ohne Hochschulstudium und ExperteInnenstatus intern effiziente Lösungen zu finden? Die Diskussion über Kompetenz des Volkes ist eine schwierige und politisch brisante, vor allem in einer ökonomisch instabilen Zeit wie einer Finanzkrise, wo TechnokratInnen als ProblemlöserInnen gehandelt werden.

Lokale AkteurInnen kennen die speziellen Eigenschaften der gemeinschaftlich genutzten Güter am besten und haben gerade deshalb einen entscheidenden Vorteil jenen AkteurInnen gegenüber, die sich nur „aus der Ferne“ eine Meinung bilden ohne die spezifischen lokalen Gegebenheiten zu kennen. Ohne diese schwierige Frage vollends lösen zu können, zeigen Ostroms Beispiele, dass es sehr wohl möglich ist, Gemeingüter effizient zu nutzen. Die von ihr herausgearbeiteten Kriterien haben auch der Kompetenzdebatte wertvolle Impulse verschafft.

Die Langzeitfolgen

Die Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Elinor Ostrom war mit Sicherheit eine wichtige und überfällige Würdigung ihres Werkes

und ein wertvoller Anstoß für die Debatte rund um Ressourcenmanagement, Kompetenzverteilung und speziell den Umgang mit Gemeingütern. Zumindest in der Theorie. Die Langzeitwirkung der zunächst als „revolutionär“ gehandelten Forschungsergebnisse auf die Mainstream-Ökonomie ist hingegen nicht so klar. Nach wie vor hat die Tragödie der Allmende in der Lehre einen fixen Platz. Ein kurzer Verweis auf Elinor Ostrom ist an den meisten Universitäten der einzige (halbherzige) Versuch, auf die Arbeit der Nobelpreisträgerin einzugehen. Innerhalb von großen politischen Institutionen wie der Europäischen Union laufen zwar Projekte, die Ostroms Idee nahe kommen – jedoch langsam und mit verhaltener Euphorie.

Es kommt der Verdacht auf, dass die Verleihung des Preises an Ostrom primär das Resultat jener Tendenz ist, den Zweifeln Befriedigung zu verschaffen. Der Ruf nach der Einbindung und Anerkennung der menschlichen Komponente in die Ökonomie ist seit Langem vorhanden und spätestens seit der Wirtschaftskrise 2007 wieder lauter und fordernder geworden. Und was ist menschlicher als die Verwaltung von Gütern innerhalb kleiner, vielleicht sogar familiärer (Nachbarschafts-)Verbände, in denen weder TechnokratInnen noch CEOs bestimmen, wie Güter verwendet werden, sondern die BürgerInnen vor Ort in Verhandlung mit den beiden AkteurInnen Staat und Privatwirtschaft. Ein Nobelpreis kann in diesem Kontext auch als „Abfertigung“ gesehen werden. Nach der quantitativen Arbeit von Sims oder auch Roth, die in den letzten Jahren den Wirtschaftsnobelpreis erhielten, war es anscheinend für die *Sveriges Riksbank* an der Zeit, mal wieder einem sozialen Thema Würdigung zu verschaffen – um die Wirtschaftswelt nach einer kurzen Welle der Begeisterung und Zustimmung dann wieder zum *business as usual* zurückkehren zu lassen.

Was kann man extrahieren? Vielleicht muss ein bedeutendes Werk keinen Allgemeingültigkeitsanspruch erfüllen. Wir haben es in der Ökonomie lange Zeit mit allgemeinen Modellen und Lösungsansätzen versucht. Vielleicht ist die Zeit gekommen, sich einzugestehen, dass manchmal nur partielle Problemlösungen möglich sind. Fragen wir uns lieber, *wann* und *wie* etwas funktionieren kann – anstatt die Idee komplett zu verwerfen, weil sie nicht immer funktioniert.

Hannah Fietz studiert
 Volkswirtschaftslehre an der WU

Commons

Gesellschaft neu denken

Fern von der ökonomischen Standard-Theorie und der Dominanz des Marktes existiert ein alternatives Konzept zur Organisation der Gesellschaft. Der Commons-Ansatz bricht mit den neoklassischen Annahmen und stellt sich die Frage, wie Institutionen ausgestaltet werden müssen, um Kooperationen und Vielfalt zu fördern. Gastartikel von **Brigitte Kratzwald**

In der Commons-Diskussion können vier wesentliche Diskursebenen unterschieden werden: Commons als soziale Praxis der gemeinsamen Herstellung und Nutzung von Ressourcen in überschaubaren Gruppen oder sozialen Netzwerken, ein institutionentheoretischer Diskurs über die Ausgestaltung von Institutionen für diese soziale Praxis, ein ökonomischer Diskurs, der vor allem gütertheoretisch und spieltheoretisch argumentiert und versucht, Commons in ökonomische Modelle einzubauen und schließlich ein juristischer Diskurs, der nach Rechtsformen für Commons fragt. Diese Diskurse sind eng miteinander verwoben und decken in ihrer Gesamtheit das ganze Spektrum gesellschaftlicher Organisation ab. Sie versuchen, eine Antwort zu geben auf die Kernfrage:

Wie können wir die (Re-)Produktion unserer Gesellschaft so organisieren, dass alle ihre Bedürfnisse befriedigen und ihre Fähigkeiten einbringen können, dass alle über das mitbestimmen können, was sie betrifft und dass die Ressourcen nicht übernutzt werden, aber auch nicht durch Nichtnutzung verschwinden?

Von einer Metaperspektive kann man also Commons auch als Konzept für die Organisation von Gesellschaft schlechthin sehen. Ein Organisationskonzept, das politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte umfasst und außerdem nicht ein Modell für alles anbietet, sondern – entsprechend Ostroms Bauprinzipien – den NutzerInnen ermöglicht, eigene Regelungen für die Ressourcennutzung zu entwickeln, die der jeweiligen Ressource und den jeweiligen kulturellen, sozialen und natürlichen Bedingungen angepasst sind.

Letztere Erkenntnis macht es möglich, nicht nur begrenzte materielle Ressourcen, sondern auch unbegrenzt vorhandene immaterielle Ressourcen wie Musik, Wissen oder Software als Commons zu fassen. Angepasste Regeln bedeutet für unbegrenzte Ressourcen „open access“, also freien Zugang für alle, während es für begrenzte Ressourcen begrenzten Zugang für alle bedeutet, da niemand von der Nutzung lebenswichtiger Dinge ausgeschlossen werden kann. Open access ist also ein Spezialfall einer Commons-Regelung, nicht wie manchmal angenommen deren Normalzustand¹. Commons sind kein Niemandsland, sie brauchen Menschen, die sie pflegen und erhalten.

Begrenzter Zugang für alle kann eine *zahlenmäßige Beschränkung* bedeuten. Es macht durchaus Sinn, etwa eine Foodkoop² auf eine bestimmte Mitgliederanzahl zu beschränken, weil jederzeit eine Neue entstehen kann. Wenn wir aber von globalen Commons reden, wie der Atmosphäre oder den Energievorräten der Erde, heißt es *begrenzter Zugang für alle*, denn hier ist kein „Ausweichen“ möglich.

Die konkrete Umsetzung kann ganz unterschiedliche Institutionen und Rechtsformen umfassen. Das „jenseits von Markt und Staat“ muss nicht heißen „ohne Markt und Staat“, sondern Politik, Verwaltung und Unternehmen können in Commons-Regelungen unterschiedliche Rollen einnehmen. Wobei eines immer Voraussetzung ist: Die Organisation von Commons folgt einer Logik, die sich von der kapitalistischen Marktlogik – und diese hat heute nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen ihren Stempel aufgedrückt – unterscheidet.

Die Logik der Commons

Die Dominanz des Marktes gründet auf einigen unhinterfragten Annahmen: dass Menschen rationale Nutzenmaximierer und ihre Bedürfnisse unbegrenzt sind; dass in der Natur immer alles knapp ist, es also einen ständigen Kampf ums Überleben gibt; dass die Bedürfnisbefriedigung des einen immer die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung anderer einschränkt, alle also immer in Konkurrenz zueinander stehen. Um die knappen Güter zwischen isolierten, miteinander konkurrierenden Individuen effizient zu verteilen, sei, so heißt es, der Markt das beste Instrument und daher unverzichtbar. Dadurch wird Gesellschaft im wahrsten Sinne des Wortes „berechenbar“ und damit die Ökonomie zu einer rein quantitativen Wissenschaft.



Brigitte Kratzwald

ist freiberufliche Sozialwissenschaftlerin und politische Aktivistin mit Schwerpunkt auf nicht-kapitalistische Wirtschaftsformen wie Commons oder Solidarische Ökonomie. Sie ist 1954 geboren, lebt und arbeitet in Graz, studierte Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung. Viele Jahre war sie bei Attac tätig und engagiert sich seither in diversen selbstorganisierten Projekten.

Aber stimmen diese Annahmen? Wollen Menschen wirklich immer nur ihren Nutzen maximieren? Sind menschliche Bedürfnisse wirklich grenzenlos? Sind wirklich alle Güter knapp und müssen soziale Beziehungen deshalb immer Konfliktbeziehungen sein? Oder ist das alles nicht vielmehr eine Folge davon, dass wir unsere ganze Gesellschaft nach der Marktlogik organisieren? Fraglos sind natürliche Ressourcen nur in begrenztem Ausmaß vorhanden – ob sie jedoch knapp werden, d.h. nicht alle genug bekommen können, hängt davon ab, wie wir damit umgehen. Fraglos fördert die Art, wie wir unsere Gesellschaft organisiert haben, Egoismus und Wettbewerbsdenken, aber sind Menschen wirklich „von Natur aus“ so?

¹ Etwa von Garret Hardin in seinem berühmten Artikel „The Tragedy of The Commons“ in In: Science. 162/1968. S. 1243-1248

² <http://foodcoops.at>

Die Commons-Logik bricht mit diesen Annahmen. Denn die neuesten biologischen, psychologischen und sogar physikalischen Forschungen³ zeigen, dass dieses reduzierte Bild von Mensch, Natur und Gesellschaft nicht haltbar ist. Die Commons-Forschung fragt nicht mehr, wie knappe Güter am effizientesten verteilen werden können, sondern: wie schauen Institutionen aus, die Kooperation leicht machen, die Vielfalt fördern, die allen Menschen erlauben ihre Fähigkeiten zu entfalten?

Strukturelle Gemeinschaftlichkeit⁴

Ostroms Forschungen haben klar gezeigt, Menschen sind in der Lage zu kooperieren und gemeinsam Regelungen auszuhandeln, die alle besser stellen. Soziale Beziehungen müssen nicht einschränkend sein, die Befriedigung meiner Bedürfnisse muss nicht in Konflikt stehen mit der Befriedigung der Bedürfnisse anderer, sondern Menschen können sich bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse gegenseitig unterstützen. Die Autonomie und Entfaltungsmöglichkeiten einer Person werden nicht geringer, sondern größer, mit der Zahl der Beziehungen, in die sie eingebunden ist. Für die optimale Entfaltung meiner Fähigkeiten und Befriedigung meiner Bedürfnisse bin ich von anderen abhängig. Freiheit und Abhängigkeit sind keine unvereinbaren Gegensätze, zwischen denen eine prekäre Balance hergestellt werden muss. Sie bedingen einander vielmehr und sind nur gemeinsam zu haben.

Für eine Gesellschaft, die auf Commons basiert, brauchen wir also keine „besseren“ Menschen. Es kommt vor allem darauf an, Strukturen zu schaffen, Regelungen zu entwickeln, die die Menschen nicht gegeneinander stellen, sondern ihre Bedürfnisse und Fähigkeiten positiv zueinander in Beziehung setzen. In der Commons-Diskussion nennen wir das „strukturelle Gemeinschaftlichkeit“. Ich muss die Menschen nicht lieben, mit denen ich meine Energieversorgung organisiere, ich muss auch nicht ihre Weltanschauung teilen, es ist nur das Bedürfnis nach Energie, das uns verbindet. Denn der Anspruch auf die Mittel zur Befriedigung der Grundbedürfnisse darf nicht von persönlichen Präferenzen oder von der politischen oder religiösen Einstellung abhängen.

Strukturelle Verantwortungsfähigkeit

Die Verantwortungslosigkeit von ManagerInnen und PolitikerInnen wird häufig beklagt und mehr Moral in der Wirtschaft eingefordert. In unserer Gesellschaft herrschen jedoch zwei einander widersprechende Arten von Ethik. Einerseits werden Altruismus und Rücksicht auf andere und die Natur als hohe Werte angesehen und eingefordert, andererseits verlangt Erfolg im Beruf und in der Wirtschaft genau das Gegenteil, nämlich rücksichtsloses Durchsetzungsvermögen und Egoismus. Viele Menschen stehen täglich vor schwierigen Entscheidungen. Sie wissen, dass es anderen Menschen oder der Umwelt schadet, was sie tun, sie wüssten oft auch bessere Lösungen, können diese aber nicht umsetzen, weil es die Dienstvorschriften, der Projektantrag nicht zulassen. Menschen müssen sich also entscheiden, ob sie sich selber schaden wollen, oder anderen. Aus Angst, den Job zu verlieren, folgen dann eben viele der Ethik des Marktes, die Stärkere und

Skrupellosere belohnt. Tatsächlich fördern und belohnen die Strukturen unserer Unternehmen verantwortungsloses Verhalten, wie eine Studie in der Finanzwelt beweist.⁵

In einer Gesellschaft mit struktureller Gemeinschaftlichkeit stehen Moral und Regeln nicht gegeneinander und Menschen müssen nicht zwischen „richtig“ und „nützlich“ entscheiden. Heute gilt zwar, jeder und jede solle für sich selbst verantwortlich sein, die Rahmenbedingungen, unter denen diese Verantwortung gelebt werden muss, die Jobchancen, die Bezahlung, die Höhe der Pension, entziehen sich jedoch dem Einfluss der Betroffenen. Wenn jedoch, wie in den Commons, alle die Möglichkeit haben, ihr Lebensumfeld mitzugestalten, dann sind sie auch in der Lage, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Dort ist also die „Verantwortungsfähigkeit“ strukturell gegeben, was natürlich noch nicht garantiert, dass sich auch alle Menschen so benehmen, aber es versetzt sie zumindest in die Lage, es zu tun.

Besitz und Nutzungsrechte statt Eigentum

Ein weiterer Unterschied zwischen Commons und Marktlogik ist das Eigentumskonzept. Heute hat sich das ausschließende Privateigentum als einzige Eigentumsform durchgesetzt. Was mir gehört, damit kann ich tun was ich will, ich kann es zerstören, ich kann es verkaufen, ich kann es horten und ich kann andere von der Nutzung ausschließen. In Commons dagegen geht es um Besitz und Nutzungsrechte. Jede und jeder kann etwas nutzen, solange sie oder er es braucht, dann fällt es wieder an die Allgemeinheit zurück und kann von jemand anderem genutzt werden. Commons „gehören“ niemandem in der Weise, dass er oder sie sie verkaufen oder zerstören dürften.

In unserem Rechtssystem gibt es dafür keine geeignete Rechtsform mehr. Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Commons mehr gäbe, denn nicht die Rechtsform, sondern die Art des Umgangs mit einer Ressource ist ausschlaggebend dafür, ob etwas ein Commons ist oder nicht. Es ist jedoch wichtig, herauszufinden, welche Rechtsform jeweils am besten geeignet ist, die Nutzungsregeln umzusetzen und den Erhalt der Commons zu garantieren. Eine Genossenschaft kann dafür eine geeignete Form sein, muss es aber nicht. Denn im Grunde ist eine Genossenschaft nichts anderes als kollektives Privateigentum, das auch wieder Menschen von der Nutzung ausschließen kann bzw. den Verkauf des Commons ermöglicht.

Für die Energieversorgung im ländlichen Raum, wo alle VerbraucherInnen gleichzeitig auch Mitglieder sind und auch mitbestimmen können, kann die Genossenschaft eine geeignete Rechtsform für Commoning sein. Solche Energiegenossenschaften entstehen in den letzten Jahren in großer Zahl⁶. In einer Großstadt jedoch scheint es besser zu sein, die öffentliche Hand als TreuhänderIn einzusetzen, allerdings mit weitgehenden Mitsprachemöglichkeiten für BürgerInnen und – wie für Commons typisch – einem Verkaufsverbot. Ein solches Modell schlägt etwa der Berliner Energietisch für das Stromnetz vor.⁷

Die häufigste aktuelle Rechtsform für die Organisation von Commons ist sicher der Verein. Der Gesetzgeber lässt den Mitgliedern

Fortsetzung auf der nächsten Seite

³ Vgl. etwa: Hüther, Gerald / Spannbauer, Christa (Hg) (2012): Connectedness. Warum wir ein neues Weltbild brauchen. Verlag Hans Huber, Bern

⁴ Die Begriffe „strukturelle Gemeinschaftlichkeit“ und „strukturelle Verantwortungsfähigkeit“ stammen von Stefan Meretz, www.keimform.de

⁵ Honnegger, Claudia / Neckel, Sighard / Magnin, Chantal (2010): Strukturierte Verantwortungsfähigkeit. Berichte aus der Bankenwelt. Suhrkamp, Berlin

⁶ <http://www.energiegenossenschaften-gruenden.de/>

⁷ <http://berliner-energietisch.net/>

weitgehende Freiheit in ihrer Organisationsform und sieht im Vereinsgesetz ein eigenes Schiedsgericht vor, sodass die Grundbedingungen für Commoning erfüllt sind. Allerdings ist hier keine langfristige Absicherung möglich. Die Rechtsform, die ein Commons am besten auf Dauer vor Verkauf oder Zerstörung schützen kann, ist die Stiftung. Ein Beispiel dafür ist etwa die Stiftung Trias, die Immobilien für alternative Wohnformen zur Verfügung stellt, ohne dass privates Eigentum dabei entsteht.⁸

Commons und Staat – Gesetzgebung von unten

Laut den Bauprinzipien von Ostrom ist es essenziell für das Gelingen von Commons, dass die NutzerInnen die Aneignungsregeln, die die Produktion und Nutzung der Commons umfassen, selbst gestalten und verändern können und die Einhaltung dieser Regeln selbst überwachen, und Konfliktlösungsmechanismen leicht zugänglich sind.

Was bedeutet es nun, wenn Menschen ihre Regeln selbst machen? Erst einmal können diese optimal auf die lokalen Bedingungen abgestimmt werden. Niemand, weder ein Experte noch eine Politikerin, wissen so gut, wie eine Ressource genutzt werden muss, um erhalten zu bleiben, wie die Menschen, die das täglich tun. Nach Ostrom braucht es jedoch zumindest eine minimale Anerkennung der selbst gegebenen Regeln und auch der selbst verhandelten Konfliktlösungen durch die GesetzgeberInnen. Das nimmt auch die Regierungen in die Pflicht. Sie sollten eher die Rahmenbedingungen vorgeben und die Art, wie Entscheidungen zustande kommen, anstatt fertige Lösungen zu verordnen, und so Freiräume für die Selbstorganisation lassen. „Customary legal systems“ heißt diese Art der Gesetzgebung von unten.

Die Unterstützung von Commons verändert also die Rolle des Staates. Wenn man Menschen die Fähigkeit zugesteht, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, und vom Gesetzgeber fordert, diese Freiräume auch zu achten, dann nimmt die Macht der PolitikerInnen ab, ihre Legitimation kann jedoch durchaus steigen. Denn die Politik kann wichtige Aufgaben zum Erhalt der Commons übernehmen. Sie kann Ressourcen zur Verfügung stellen, als TreuhänderIn Commons verwalten, kann verschiedene Arten von Unterstützung oder Mediation anbieten.

Ein Beispiel wurde mit dem Gesetzesvorschlag des Berliner Energie-tisches schon angesprochen. Ein anderes ist das OTELO⁹, das „offene Technologielabor“ in mehreren oberösterreichischen Gemeinden. Es ist ein Freiraum mit verschiedenen Werkstätten, in denen Menschen gemeinsam produzieren oder auch einfach über die Gestaltung ihres Lebensumfeldes diskutieren können. Die Räumlichkeiten dafür werden von den Stadtverwaltungen zur Verfügung gestellt, finanzielle Unterstützung kommt auch von lokalen Unternehmen, trotzdem liegt die Organisation ausschließlich in den Händen der NutzerInnen.

Ein Beispiel aus dem Süden ist Community Forestry in Nepal. Nachdem die Abholzung der Wälder derart zugenommen hatte, dass als „Notbremse“ der restliche Wald zum Naturschutzgebiet erklärt wurde, verloren viele Menschen ihre Lebensgrundlage und es kam zu sozialen Unruhen. Die Lösung: der Wald gehört dem Staat. Wenn Dorfgemeinschaften ein nachhaltiges Bewirtschaftungskonzept vorgeben, bekommen sie „ihren“ Wald zur selbstverwalteten Nutzung zur Verfügung gestellt. Die Forstverwaltung hilft mit technischem Know-how, und Gruppen mit niedrigem sozialen Status bekommen Unter-

stützung, damit sie sich auch an der Nutzung der Produkte des Waldes beteiligen können. Was über den Bedarf hinaus produziert wird, darf auch verkauft werden, solange dem Wald nicht mehr entnommen wird, als nachwachsen kann. So können die Grundbedürfnisse der Menschen gedeckt werden, und sie haben auch die Möglichkeit Geld zu verdienen.

Commons, Markt und Geld

Das bringt uns zum letzten Punkt. Auch wenn es nicht ausgeschlossen ist, mit dem Verkauf der Produkte Geld zu verdienen, so ist ein wesentlicher Aspekt der Commons, dass im Innenverhältnis nicht die Logik von Profit und Wettbewerb herrscht. Es werden keine Waren produziert, sondern entsprechend den Bedürfnissen der Menschen. Es gibt keine Lohnarbeit und keinen äquivalenten Tausch. Zwar muss insgesamt die Summe von Produktion und Verbrauch gleich sein, das braucht aber nicht in jedem Einzelverhältnis so zu sein. Ich gebe, wenn ich etwas habe, was jemand anderer notwendiger braucht, weil ich darauf vertrauen kann, dass ich auch bekomme, wenn ich etwas brauche.

Das Vorzeigemodell für diese Form der Produktion ist die freie Software, wo eine große Zahl von Menschen freiwillig, unbezahlt und weitgehend selbstbestimmt und hierarchiefrei hochproduktiv ist. Aber auch in vielen anderen Bereichen betätigen sich Menschen mit Begeisterung an der Produktion und Pflege von Dingen, die ihnen wichtig sind, ohne dafür eine 1:1 Gegenleistung zu verlangen. Etwa Alpenvereinsmitglieder, die Wanderwege betreuen oder GärtnerInnen im Gemeinschaftsgarten.

Auch wenn innerhalb der Commons Geld keine Rolle spielt, so brauchen doch auch Commoners Geld zum Leben und häufig braucht es auch Geld, um Commons herzustellen. Dabei ist die Gefahr groß, dass sich die Marktlogik in die Commons einschleicht. Um das zu verhindern, entwickeln Menschen die verschiedensten Ideen, wie sie mit Geld so umgehen können, dass es die Commons-Logik stärkt. In einer Community Supported Agriculture (CSA)¹⁰ etwa, sichern die KonsumentInnen den ProduzentInnen durch einen fixen monatlichen Beitrag ein sicheres Auskommen, unabhängig davon, welche und wie viele Produkte sie wann bekommen. In einer „gemeinsamen Ökonomie“¹¹ legen mehrere Personen ihre gesamten Einnahmen in einen Topf und alle können nach ihren Bedürfnissen nehmen. Dadurch gleichen sie die soziale Ungleichheit innerhalb der Gruppe aus. Beim Crowdfunding¹² finanzieren viele Menschen ein Projekt nach ihren Möglichkeiten, weil sie es gut finden, und nicht nach dem Äquivalenzprinzip.

Klar ist, dass sich solche Produktionsweisen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht ausdrücken lassen und auch nicht vereinbar sind mit dem Wachstumszwang, den die derzeitigen ökonomischen Theorien suggerieren. Man kann im Gegenteil fast immer davon ausgehen, dass Commoning billiger als Warenproduktion ist, also einen Wachstumsrückgang bedeuten, den Lebensstandard jedoch keineswegs reduzieren würde. Eine kapitalistische „Inwertsetzung“ von Commons dagegen erhöht zwar das BIP, jedoch selten die Lebensqualität. Eine Gesellschaft, die auf der Basis der Commons aufbaut, braucht also andere Maßstäbe um den Erfolg ihres Wirtschaftens und die Lebensqualität ihrer BürgerInnen zu messen.

¹⁰ <http://www.solidarische-landwirtschaft.org/>

¹¹ <http://www.gemeinsame-oekonomie.net/>

¹² Beispiele für Crowdfunding Plattformen sind etwa <http://www.respekt.net/> oder auf internationaler Ebene <http://www.kickstarter.com/>

⁸ <http://www.stiftung-trias.de/>

⁹ <http://www.otelo.or.at/>

Nahversorgung in Eigenregie

Gemeinden im ländlichen Raum stehen unter dem Druck des sozialen Wandels und seiner Folgen. So sehr, dass laut Österreichischem Gemeindebund die Bevölkerung von 690 Gemeinden keine Lebensmittelnaheversorgung mehr besitzt.¹ **Peter Schauer** konnte diese Entwicklung anhand seiner Heimatgemeinde auch exemplarisch mitverfolgen. Aus dieser Beobachtung entstand das Konzept „nah dran!“, das für Gemeinden eine neue Form der Nahversorgung bietet.

Der soziale Wandel in Zahlen

Die Determinanten des sozialen Wandels lassen sich nicht auf einer Seite *Standpunkte* endgültig klären. Die zeitliche Kontrastierung einiger Kennzahlen für die 50 Jahre zwischen 1961 und 2011 verdeutlichen jedoch sozioökonomische Entwicklungspfade und zeigen den Kontext der Nahversorgung im ländlichen Raum auf. Im gleichen Zeitraum, in dem die österreichische Bevölkerung in den Jahren zwischen 1961 und 2011 um rund 19 Prozent auf 8.401.940 Personen gewachsen ist, stiegen sowohl die anhand von Autos gemessene Mobilität, wie auch die Erwerbsquote von Frauen an.² Verkürzt auf diese Zahlen zurückgreifend kann argumentiert werden, dass aus der Hausfrau ohne große Mobilitätschancen, die Angestellte mit Führerschein wurde, die statt beim örtlichen Kaufmannsladen am Heimweg bei Spar und Billa den Einkauf erledigt. Strenger argumentiert: Der 850-prozentige Anstieg des Autobestandes in Österreich, der 80-prozentige Anstieg der Erwerbstätigenquote von Frauen und der Rückgang des primären Sektors als Arbeitgeber von 15 auf 5 Prozent der österreichischen Erwerbstätigen zeigen eine Veränderung sozioökonomischer Kennzahlen auf, die relevante Einflussgrößen für die Nahversorgung im ländlichen Raum sind.^{3 4 5}

Kosten und Wettbewerb lassen Lichter erlöschen

Neben diesen Kontextfaktoren führen Personalkosten und eine oligopolähnliche Struktur im Lebensmitteleinzelhandel zu den bereits erwähnten 690 österreichischen Gemeinden ohne Nahversorgung. Ein kurzer Exkurs in die Betriebswirtschaft zeigt auf, dass laut einer Studie vom EHI Retail Institute bei kleinen Lebensmittelgeschäften knapp 20 Prozent des Nettoumsatzes für Personalkosten (zum Vergleich: Discounter: 7,50 Prozent) entfallen.⁶ Bei einer üblichen Marge von 20-23 Prozent bleibt so keine Luft für andere Kostenfaktoren. Die wohlbekannte Konzentration im österreichischen Lebensmitteleinzelhandel auf die drei AkteurInnen Rewe, Spar und Hofer (zusammen 75 Prozent des Gesamtumsatzes in Österreich) führen nicht zu Tristesse bei der Supermarktwahl, zu Bauchschmerzen von LieferantInnen bei Sortimentsverhandlungen, sondern auch zu Rabattschlachten und Preiskämpfen bei denen kleine Einzel(handels)kämpferInnen das Nachsehen haben.⁷

Ehrenamtlichkeit als Antwort

Das Konzept „nah dran!“ beschäftigt sich damit, Antworten auf den beschriebenen sozialen Wandel und die betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzubieten. Als innovativer Ansatz sollen Ehrenamtliche – aktive PensionistInnen sind eine dezidierte Zielgruppe – die operative Leitung eines Lebensmittelgeschäftes übernehmen. Unterstützt werden sie von einem/einer hauptamtlichen ProjektmoderatorIn, der/die die Kontinuität des Projektes garantiert, das Finanzcontrolling verantwortet, Marketing- und Backoffice-Aufgaben

organisiert. Ziel ist es, dass mit diesen Ehrenamtlichen als HauptakteurInnen die Gemeindebevölkerung das Lebensmittelgeschäft für sich entdeckt. Gemeinsam mit der Betonung von regionalen Produkten soll aus einem nüchternen Konzept ein emotionalisiertes Nahversorgungsprojekt werden. Anders als bei konventionellen Supermärkten sollen diese regionalen Produkte neu erklärt und kommuniziert werden und nicht nur im Holzregal verstauben. Den lokalen LandwirtInnen wird die Möglichkeit eines „regionalen Samstags“ geboten, in dem sie einmal im Monat den Geschäftsbetrieb übernehmen, in Kontakt mit potentiellen KundInnen treten können und so verstärkt ihre Produkte anbieten können.

Neben dem Engagement der Ehrenamtlichen bedarf es der Gemeindepolitik, um das Fundament für die Form der Nahversorgung zu bilden. Neben der Zurverfügungstellung von passenden Verkaufsräumlichkeiten ist die Übernahme der finanziellen Verantwortung Bedingung für die erfolgreiche Etablierung einer auf Ehrenamtlichkeit basierenden Nahversorgung. Den Ehrenamtlichen sollen für dieses auf vorerst fünf Jahre veranschlagte Projekt keine persönlichen Haftungsrisiken entstehen. Sind diese Startbedingungen gegeben, steht dem Projekt nichts mehr im Wege. Mit den spezifischen Einkaufsanreizen (Einheimische als VerkäuferInnen, Regionalität, Dienstleistungsbindungen) wird die Bevölkerung auch ohne Preiskampf zum Einkauf motiviert. Nähere Informationen zum Konzept finden sich auf www.peter-schauer.at

Peter Schauer hat Sozioökonomie an der WU studiert

Quellen:

- 1 vgl. Österreichischer Gemeindebund (2011): <http://www.gemeindebund.gv.at/news.php?id=1370&m=5&sm=16&PHPSESSID=50b5e2c920abe51bcd295ec0e88d2c1e> (2013-09-15)
- 2 vgl. Statistik Austria: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen/bevoelkerungsstand/index.html (2013-09-15)
- 3 vgl. Statistik Austria: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/verkehr/strasse/kraftfahrzeuge_-_bestand/index.html (2013-09-15)
- 4 vgl. Statistik Austria: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/genderstatistik/erwerbstaetigkeit/index.html (2013-09-15)
- 5 vgl. Statistik Austria (2013): Österreich: Zahlen Daten Fakten 2012/13, S. 43: www.statistik.at/web_de/.../oesterreich_zahlen_daten_fakten_029266.pdf (2013-09-15)
- 6 vgl. Statista: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/70518/umfrage/personalkosten-der-lebensmittelfilialbetriebe-im-jahr-2001-nach-betriebsform/> (2013-09-15)
- 7 vgl. Lebensministerium: http://www.lebensministerium.at/lebensmittel/vermarktung/oe_leh.html (2013-09-15)

Kommunale Landrechte und Privatisierungsdruck

Hinter den Kulissen von Landgrabbing in Afrika

Landgrabbing ist mittlerweile ein weit diskutiertes Thema. Selten allerdings wird es in Verbindung gebracht mit Faktoren, welche dieses relativ neue Phänomen begünstigen oder seine Auswirkungen verschlimmern. Die Kontextualisierung von Landgrabbing ist jedoch nötige Voraussetzung, um Entwicklungen um globale Landfragen zu verstehen, und somit auch, um Handlungsspielräume aufzuzeigen. Ein zugrunde liegendes Problem ist der Privatisierungsdruck auf Landtitel, auf welche kommunale Nutzungsrechte bestehen – somit ist die Landgrabbing-Problematik inhärent eine Frage der Commons. von **Carla Weinzierl**

Rechtspluralismus, Gewohnheitsrecht und kommunale Landnutzungsrechte

Rechtspluralismen bestehen in jedem Staat. In afrikanischen Staaten jedoch nehmen sie nicht zuletzt aufgrund der kolonialen Vergangenheit des Kontinents besondere Formen an, welche oft nicht einfach

den dichotomen Kategorien „staatliches vs. Gewohnheitsrecht“ zugeordnet werden können.

Unter Gewohnheitsrecht wird gewöhnlich ein meist unverschriftliches Set an Regeln verstanden, deren Legitimation in der „Tradition“

eines Volkes liegt (Cotula 2007: 10). Gewohnheitsrechtliche Besitz- und Nutzungssysteme von Ressourcen sollten jedoch keineswegs als statisch und homogen verstanden werden. Sie sind in ständiger Interaktion mit demographischen Entwicklungen, kulturellen Interaktionen, sozio-ökonomischem Wandel und politischen Prozessen. Weiters variiert afrikanisches Gewohnheitsrecht stark mit dem Kontext und es bestehen nennenswerte Unterschiede zwischen matrilinearen und patrilinearen, sowie zwischen pastoralen und bäuerlichen Gesellschaften. Es kann jedoch vereinfacht davon gesprochen werden, dass afrikanischer Boden gewohnheitsrechtlich im Besitz von Familien oder Clans steht, und der Zugang über die Mitgliedschaft zu einer bestimmten sozialen Gruppe und den Status eines Individuums geregelt wird (ebd). Somit bestehen kommunale Nutzungsrechte auf Land und dessen natürliche Ressourcen. Commons sind in diesem Fall „land which communities possess and use communally, in accordance with community-based (customary) norms“ (Alden Wily 2011b: 23).

Table 5: Legal vulnerability of commons in sub-Saharan Africa

Current known lessor states in sub-Saharan Africa	Level of legal vulnerability to involuntary loss of commons to non-local agribusiness acquisitions	Known area leased or pledged to be leased, as of early 2010 (ha) ²⁶
Madagascar	Medium to high	3,3559,600
DRC	Extreme vulnerability	3,048,000
Sudan	Extreme vulnerability	2,243,000
Zambia	Medium to high	2,045,000
Ethiopia	High	>1,095,000
Ghana	High in forested zones	1,075,000
Uganda	Low	880,500
Mali	High	>410,000
Mozambique	Medium to low	390,835
Tanzania	Medium to low	311,500
Burkina Faso	Medium to low	213,000
Congo	High	200,000
Liberia	High	186,000
Malawi	High	175,000
Kenya	High	139,900
Zimbabwe	High	101,000
Cameroon	Extreme vulnerability	68,000
Angola	High	25,000
Nigeria	Medium to high	20,000
Niger	High	16,000
Senegal	High	12,000

Source: Alden Wily (2011b): 52.

Landgrabbing und der Druck auf Commons in Afrika

Gerade auf dieses Land – auf das im Normalfall keine Eigentumstitel nach staatlichem Recht, sondern lediglich kommunale Nutzungsrechte bestehen – erhöht sich der Privatisierungsdruck durch Landgrabbing. Das Resultat ist dementsprechend der Verlust der Nutzungsrechte, die seit Generationen bestehen. Dieser Verlust geht oftmals Hand in Hand mit Vertreibungsprozessen der ruralen Bevölkerung, von denen in den letzten Jahren zunehmend medial berichtet wird. Regierungen legitimieren den Verkauf oder das Verpachten von Land an ausländische GroßinvestorInnen – sowohl staatlich als auch privat – gewöhnlich durch die Klassifizierung der infrage stehenden Landteile als „unbe-

Fallstudie - Landrechte in Tansania

Obwohl Tansania als Vorreiter im Umgang mit lokalen Landfragen gilt (Alden Wily 2011a: 2), ist das Land zumindest im ostafrikanischen Vergleich ebenfalls Vorreiter beim Verpachten oder Verkaufen von Boden an ausländische GroßinvestorInnen (siehe Tabelle international land deals). Dieser Widerspruch zeigt, dass die alleinige Etablierung kollektiver Rechte nicht ausreicht – derartige Rechte müssen angesichts des internationalen Drucks auf Land in Afrika mit besonderer Aufmerksamkeit geschützt werden um Unterwanderungsversuchen entgegenzutreten.

Seit der tansanischen Landreform 1999/2000 wird Land in Tansania in drei Kategorien unterteilt: village, general und reserved lands, wobei alle drei Kategorien als public land zusammengefasst sind und somit im Staatsbesitz sind (Alden Wily 2011b: 13). Die nicht redistributive Reform stellte unter anderem darauf ab einen Markt mit Landtiteln zu generieren um somit landwirtschaftliche Produktivität und Wirtschaftswachstum anzukurbeln (Pedersen 2010: 5). Die spannende Neuerung ist in diesem Kontext, die Kategorie village land, sie ermöglicht den in diesem Artikel geforderten Schutz von Boden vor Privatisierungsdruck und wird daher teils sehr positiv bewertet (siehe Tabelle Legal Vulnerability), denn „village land means lands held under customary tenure; this allows for individual, family, or collective ownership to be defined internally by community members“ (Alden Wily 2011b: 13). Problematisch mit Bezug auf Commons ist jedoch die Kategorie general land, Land das die Regierung direkt verpachten oder verkaufen kann, mit ne-

gativen Konsequenzen vor allem für PastoralistInnen, die das Land zwar legal nicht besitzen, aber durchaus benutzen. Weiters wird in der derzeitigen Landgrabbing Praxis, sofern InvestorInnen deals mit der lokalen Bevölkerung abschließen, village land zuerst in general land umfunktioniert um es überhaupt erst an ausländische Investoren verpachten zu können. Damit geht jedoch ein Verlust der Nutzungsrechte für die lokale Bevölkerung einher – im Falle eines Leases auch über die Pachtdauer hinaus, da das Land nach Ablauf des deals nicht wieder als village land klassifiziert wird (Sulle, Nelson 2009: 64).

Zusammenfassend zeigt das Beispiel Tansania, dass die Etablierung kommunaler Rechte für afrikanische Staaten durchaus im Rahmen des Möglichen liegt. Wie effektiv sie die lokale Bevölkerung allerdings vor Landgrabbing schützen können, ist eine Frage der spezifischen Ausgestaltung dieser Rechte. In diesem Sinne sollten andere afrikanische Staaten dem tansanischen Beispiel nicht nur in der Legalisierung von gruppen-basierten Eigentumsrechten folgen, sondern müssen unbewirtschaftete Flächen direkt in das Eigentum ruraler Gemeinschaften stellen um unrechten, wenn auch legalen Enteignungsprozessen entgegenzutreten. Hierfür notwendig sind Investitionen in die rurale Administration und legale Infrastruktur, welche es den betroffenen Bevölkerungsgruppen ermöglichen, Landtitel zu erwerben, über ihre Rechte bescheid zu wissen, und diese auch zu nutzen.

nutzt“ (Alden Wily 2011a: 1), de facto im Widerspruch zur Realität der seit Generationen bestehenden gewohnheitsrechtlichen Praxis. Ein zugrundeliegendes Problem ist hier folglich, dass Commons – in subsahara Afrika beträchtliche 1,8 Milliarden Hektar Land (ebd: 2) – nach staatlichem Recht (mit nur wenigen Ausnahmen) im Besitz der Regierung stehen, oder anders formuliert, dass Privateigentum legal nur anerkannt wird, sofern es von Individuen mit gesetzlich verankerten Eigentumstiteln gehalten wird. Gruppenbasierte Zugänge zu privatem Landeigentum werden hingegen nur in einigen wenigen Staaten staatlich geschützt. Konkret erkennen Ghana, Uganda, Tansania und der Südsudan gewohnheitsrechtliche Landnutzungsrechte als legalen Weg Eigentum zu besitzen an, und bieten so zumindest theoretisch (siehe Fallstudie) eine Möglichkeit, Land als Common vor dem kommerziellen Druck durch Landgrabbing zu schützen (ebd.; siehe Tabelle Legal Vulnerability).

Die Gründe, warum gerade auf Commons – in Afrika in erster Linie unbebaute Feuchtgebiete, Weideländer und Wälder (ebd.: 1), von denen vor allem PastoralistInnen abhängen – ein derartiger Privatisierungsdruck besteht, sind vielfältig. Sie sind zum Beispiel einfach zu beschaffen, da in den meisten afrikanischen Staaten gewohnheitsrechtlicher Landbesitz nicht legal anerkannt wird; stattdessen gelten diese Länder meist als staatliche Gebiete. Dadurch können die

Tanzania: International Land Deals In Agriculture

Investor	Investor Origin	Crop	Hectares
AgriSol Energy LLC	USA & UAE	Corn (Maize)	219.800
Int. Water and Electric Corp.		Corn (Maize)	101.000
Green Resources AS	Norway	Trees	100.000
Korea Rural Community Crop (KRC)	Republic of Korea		100.000
AgriSol Energy LLC	USA & UAE	Corn (Maize)	80.317
Sithe Global Power, LLC	USA	Oil Palm	50.000
CAMS Group	UK	Sorghum	45.000
UNKNOWN	Malaysia	Oil Palm	40.000
African Green Oils		Oil Palm	30.000
Sekab	Sweden	Sugar Cane	22.200
African Biofuel and Emission Reduction Co. TZ. Ltd		Croton	20.000
SYNERGY Tanzania Ltd.		Sugar Cane	20.000
Tanzania Biodiesel Plant Ltd		Oil Palm	16.000
Trinity Consultants / Bioenergy TZ Ltd		Jatropha	16.000
Shanta Estates Ltd		Jatropha	14.500
FELISA	Belgium & Tanzania	Oil Palm	10.000
Biodiesel East African Ltd.	Kenya	Jatropha	10.000
Sun Biofuels	UK	Jatropha	8.200
UNKNOWN	Indonesia & Malaysia	Oil Palm	8.000
Kilombero Company		Sugar Cane	8.000
Mtibwa Company		Sugar Cane	7.000
Kagera Sugar Company		Sugar Cane	7.000
Agrica	UK & Tanzania	Rice	5.818
InfEnergy Co. Ltd	United Kingdom	Oil Palm	5.818
DWS GALOF	Germany	Barley	5.000
SAVANA Biofuel		Jatropha	5.000
Diligent Energy Systems	Netherlands	Jatropha	3.500
Donesta Ltd & Savannah Biofuels LTD		Jatropha	2.000
DONESTER		Jatropha	2.000
K.I. Samen B.V. / Holland Dairies Lt / TDCU	Netherlands		1.000
Eco Green Fuels Tanzania Ltd.			500
KIKULETWA Farm Ltd. Alovera Plantation	United Kingdom	Aloe Vera	400
RUBANA Farm		Jatropha	400
CHAWAGWA		Jatropha	200
SUM			964.653

Source: Land Matrix Database (www.landportal.info) & Sulle, Nelson (2009): 12, 47.

BewohnerInnen, BewirtschafterInnen und NutznießerInnen jederzeit legal enteignet und vertrieben werden. Dies wird diskursiv erleichtert, indem Commons als un- oder unter-

genutzt konzeptualisiert werden. Weiters sind Commons weniger fragmentiert als

Fortsetzung auf der nächsten Seite

bereits bebaute Flächen und sind somit attraktiver für GroßinvestorInnen, die möglichst große Flächen durch eine möglichst geringe Anzahl von Verträgen kaufen oder pachten möchten.

Ein zusätzlicher Vorteil von Commons im Vergleich zu Privatgründen ist für InvestorInnen, dass nicht mit lokaler Bevölkerung verhandelt oder zusammengearbeitet werden muss, wodurch die Transaktionskosten sinken. (Alden Wily 2011b: 23)

Konsequenzen des Verkaufs von Commons und Zusammenhang mit der Grünen Revolution

Der Verkauf von Commons in Afrika folgt der Doktrin, über den Markt handelbare, private und individuelle Eigentumsrechte führten ungeachtet der spezifischen Merkmale eines Gutes zu einer maximal effizienten Ressourcenverteilung. In der Realität hat diese Kommodifizierung von Land jedoch oftmals negative Auswirkungen für die lokale Bevölkerung, wobei die detaillierten Folgen des Verlusts von Commons klarerweise von den Plänen der InvestorInnen abhängen. In der Regel besteht der Privatisierungsdruck auf Commons aufgrund von Landgrabbing-Interessen internationaler GroßinvestorInnen. Diese reichen unter anderem von staatlichen InvestorInnen zur Sicherung der Ernährungssicherheit der eigenen Bevölkerung durch den Export von Grundnahrungsmitteln, über europäische Unternehmen, welche aufgrund der EU-Agrotreibstoff-Beimischungspflicht nach Land suchen, bis hin zu Hedgefonds, welche aufgrund der letzten Finanzkrise in Land eine neue, sichere Anlagemöglichkeiten sehen (Zoomers 2010: 429, 434ff).

Die negativen Folgen von Landgrabbing – sowohl von Gebieten, auf die bereits private Landtitel bestehen, als auch von jenen, die als Commons klassifiziert werden – werden in den Medien mittlerweile dank extensiver politischer Arbeit zum Beispiel seitens globalisierungskritischer Gruppen aufgegriffen und haben auch in den wissenschaftlichen Diskurs Eingang gefunden.² Direkte Probleme gibt es vor allem, wenn lokale Bevölkerungsgruppen vertrieben werden und somit ihre Lebensgrundlage, welche auf den natürlichen Ressourcen des jeweiligen Gebietes beruht, verlieren. Dies führt zu sozialen Konflikten, sowie zu einem Vertrauensverlust in die Regierung, welcher wiederum Auswirkungen auf die politische Stabilität hat (Alden Wily 2011a: 3).

Die negativen Konsequenzen des Verkaufs von gemeinschaftlich genutzten Flächen im staatlichen Besitz äußern sich jedoch nicht nur direkt, sondern vor allem indirekt über das Zusammenspiel von Landgrabbing und Grüner Revolution: Landgrabbing – beziehungsweise die vielschichtigen Interessen dieser diversen InvestorInnen, spielen der Agroindustrie in die Hände und lassen sich gut vereinen mit der Forderung einer Grünen Revolution für Afrika. In ihr steckt der implizite Glaube, die alternativenlose Lösung für Probleme der Armut im ruralen Afrika wäre das Verfolgen eines kapitalistischen Entwicklungsweges nach dem Vorbild der industrialisierten Staaten und eine umfassende Strategie der Industrialisierung der Landwirtschaft mit dem neoliberalen Ziel der Exportförderung. Die Grüne Revolution setzt auf großflächigen Einsatz von chemischen Düngemitteln und Pestiziden sowie vermehrt auch auf Gentechnik (GMOs) und den Anbau von Monokulturen durch landwirtschaftliche Maschinen. Dies hat nicht nur stark negative Konsequenzen für die Umwelt, zum Beispiel über den Verlust der Agro-Biodiversität sowie Bodenerosion (Rossi; Lambrou 2009: 6-10), sondern auch auf das Klima (Via Campesina 2009: 3ff), die menschliche Gesundheit (Maina et al. 2011: 138ff; Pérez-Vitoria 2005: 110f) und die Ernährungssicherheit afrikanischer Kleinbäuerinnen und -bauern (Hoering 2007: 131-135) sowie die globale Ernährungssouveränität (Choplin et al. 2011).

Zusammenfassend hat der Verkauf von Land in Afrika vielschichtige soziale, ökologische und ökonomische Konsequenzen und bestärkt ein industrielles Nahrungsmittel- und Energie-Produktionssystem, das inhärent zu Ernährungskrisen führt und auf die Konzentration von Land und Macht in der Hand einiger weniger globaler Großunternehmen hinausläuft (Borras; Francott, 511-515; Palmer 2010: 11; Cousins 2007: 1-4).

Entgegen dem Privatisierungsdruck

Die Privatisierung von afrikanischem Boden, Landgrabbing und die damit verbundene Grüne Revolution für Afrika sind Resultate eines globalen Systems, welches Wirtschaftswachstum über effektive Maßnahmen zum Schutz natürlicher Ressourcen, zur Bekämpfung von Armut und Ernährungskrisen sowie zur Sicherung von Ernährungssouveränität und der Lebensgrundlagen pastoraler und kleinbäuerlicher Gesellschaften im ruralen Afrika stellt (Hoering 2007: 20). Die Aneignungsformen diverser Akteure von afrikanischem Land und die damit verbundenen negativen Folgen für afrikanische Gesellschaften lassen Vergleiche mit klassischem Imperialismus zu und werden von kritischen Stimmen als zweiter „Scramble for Africa“

benannt (Southall 2009: 10ff). Angesichts dieser Entwicklungen sind Alternativen zum Privatisierungsdruck auf afrikanisches Land dringend notwendig, wobei universelle Lösungsansätze kritisch zu betrachten sind – notwendig sind je nach Kontext differenzierte Interventionen um sowohl internationale als auch lokale Machtungleichgewichte in Landfragen zu beheben (Cotula 2007: 110f). Einige afrikanische Staaten zeigen jedoch einen Lösungsweg: die legale Anerkennung kollektiver Nutzungsrechte, beziehungsweise von Gruppen-basiertem Privateigentum an Commons, um so Ressourcen- und Landrechte der lokalen Bevölkerung zu schützen.

Carla Weinzierl studiert Socio-Ecological Economics and Policy an der WU

Literatur:

- Alden Wily, Liz (2011a): Accelerate legal recognition of commons as group-owned private property to limit involuntary land loss by the poor. Policy Brief. Rome: International Land Coalition.
- Alden Wily, Liz (2011b): The tragedy of public lands: The fate of the commons under global commercial pressure.
- Borras, Saturnino; Francott, Jennifer (2010): From Threat to Opportunity? Problems with the Idea of a 'Code of Conduct' for Land-Grabbing. In: Yale Human Rights & Development Law Journal, Vol. 13, 507-523.
- Choplin, Gérard; Strickner, Alexandra; Trouvé, Aurélie (2011): Ernährungssouveränität. Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa. Wien: Mandelbaum.
- Cotula, Lorenzo (ed). (2007): Changes in "customary" land tenure systems in Africa. Rome: IIED, FAO.
- Cousins, Ben (2007): Land and Agrarian Reform in the 21st Century: Changing Realities, Changing Arguments? Cape Town: Programme for Land and Agrarian Studies (PLAAS).
- Hoering, Uwe (2007): Agrar-Kolonialismus in Afrika. Eine andere Landwirtschaft ist möglich. Hamburg: VSA-Verlag.
- Maina, Anne, Anderson, Teresa; Pschorn-Strauss, Elfrieda (2011): The State of Genetically Modified Crops in Africa. In: Shiva, Vandana; Barker, Debbie; Lockhart, Caroline (ed.): The GMO Emperor Has No Clothes. A Global Citizens Report on the State of GMOs – False Promises, Failed Technologies. Florence: SICREA, 136-142.
- Palmer, Robin (2010): Would Cecil Rhodes have signed a Code of Conduct? Reflections on Global Land Grabbing and Land Rights in Africa, Past and Present. Oxford: African Studies Association of the UK biennial conference.
- Pedersen, Rasmus Hundsbæk (2010): Tanzania's Land Law Reform. the Implementation Challenge. DIIS Working Paper. Copenhagen: Danish Institute for International Studies.
- Pérez-Vitoria, Silvia (2005): Bauern für die Zukunft. Auf dem Weg zu einer globalen Bewegung. Zürich: Rotpunktverlag.
- Southall, Roger (2009): Scrambling for Africa? Continuities and Discontinuities with Formal Imperialism. In: Southall, Roger; Melber, Henning (Ed.): A New Scramble for Africa? Imperialism, Investment and Development. Scottsville: University of KwaZulu-Natal Press, 1-34.
- Sulle, Emmanuel; Nelson, Fred (2009): Biofuels, Land Access and Rural Livelihoods in Tanzania. London: IIED.
- Via Campesina (2009): Small Scale Sustainable Farmers Are Cooling Down The Earth. <http://viacampesina.net/downloads/PAPER5/EN/paper5-EN.pdf> [Zugriff: 10.1.2013]
- Zoomers, Annelies (2010): Globalisation and the Foreignisation of Space: Seven Processes Driving the Current Global Land Grab. In: Journal of Peasant Studies, Vol. 37, 429-447.

¹ Robin Palmers 'Selected Bibliography on Biofuels, Land Rights in Africa and Global Landgrabbing' wird jedes Jahr online publiziert und liefert eine umfassende Auflistung über Monographien, Artikel in akademischen Journals, Berichte von internationalen Organisationen, sowie die Medienberichterstattung zum Thema.

Steve Keen

StudentInnen kennen ihn für seine Kritik an der Standardökonomie. Er hat die Finanzkrise vorausgesagt. Der Mainstream will ihn nicht ernst nehmen. Sein Volkswirtschaft-Department wurde geschlossen. Im Zuge des „International Student Call for Pluralism in Economics“ wurde er zum Head of Department der Kingston University in London berufen.

Kommentar von **Benedikt Göhmann**

Stehend auf den Schultern der Giganten wie Schumpeter, Minsky, Keynes und Marx sah er als einer der wenigen ÖkonomInnen die Weltwirtschaftskrise voraus. Er verweist immer wieder auf die Verfehlungen und Inkonsistenzen der sogenannten Mainstream-Ökonomie. In seinem Buch „Debunking Economics“ entlarvt er die Probleme der Standardökonomie. Als Reaktion auf den „International Student Call for Pluralism in Economics“ wurde er zum „Head of Department“ an die Kingston University in London berufen. Studierende, die eine plurale Ausbildung abseits des standardtheoretischen Einheitsbrei wünschen, lädt er ein, ihm dorthin zu folgen.

Der Rebell aus Australien kommt an die WU

Derzeit ohne Department, ab September Head of Department an der Kingston University in London. Am 20. Juni 2014 kommt Steve Keen an die WU um einen Vortrag über Geldtheorie mit dem Titel „from loanable funds to endogenous money“ zu halten.

www.debtdeflation.com/blogs

2013 verlor Steve Keen seinen Lehrstuhl an der University of Western Sidney, da das dortige Volkswirtschafts-Department geschlossen wurde. Ironischerweise sah Keen eine solche Entwicklung in seinem Buch voraus: Die Ökonomie sehe sich als Königin der Sozialwissenschaften, sie zweifle die Legiti-

mität anderer Sozialwissenschaften an (man denke an Gary Becker). Allerdings beschneidet die Verdrängung anderer Denkrichtungen innerhalb der Ökonomie zunehmend ihre Erklärungsmacht. In Zeiten von Wirtschaftskrisen, welche von der Standardtheorie nicht erklärbar sind, und knappen Finanzmitteln stellt sich dann die Frage nach der Legitimität von volkswirtschaftlichen Departments. Die Gefahr, dass sich die Volkswirtschaftslehre von selbst abschafft, besteht nicht nur in Sidney.

Noch bevor es aufgrund der Weltwirtschaftskrise kurzfristig „en-vogue“ war Hyman Minskys Werke auszugraben, baute Steve Keen auf dessen Arbeit auf. Dies ermöglichte ihm vor der dem Ausbruch der Krise die explodierende private Schuldenlast als Auslöserin des Kollapses zu erkennen. Wie kurzlebig und oberflächlich sich die Standardökonomie mit der Arbeit von ÖkonomInnen beschäftigt, welche außerhalb ihres eigenen Dunstkreises forschen, beweist der Umstand, dass die Aufregung um Minsky nach dem kurzen „Minsky-Moment“ bereits wieder verfliegen ist.

Minskys Arbeit will sich nicht einfach so in den Rahmen von inhärenter Stabilität, automatischen Anpassungsprozessen und Gleichgewichtszuständen einfügen. Somit ist es wieder Steve Keen, der beim Thema Verschuldung als einer von Wenigen nicht hysterisch auf die Staatsverschuldung verweist, sondern die Verschuldung der Haushalte problematisiert. Haushalte und Unternehmen taugen nicht als Analogien für Staaten.

Die Staatsverschuldung ist das Vermögen der Privaten, ein Haushaltsdefizit ist laut Keen einer von drei Wegen, wie neues Geld in einer wachsenden Wirtschaft entsteht. Die private Verschuldung ist nicht einfach die Verbindlichkeit einer Person, welche durch die Forderung einer anderen Person ausgeglichen wird, sondern die zweite Quelle, wie neues Geld entsteht. Die Vergabe von Krediten lukriert neues Geld, die Rückzahlung vernichtet es.

Die dritte Möglichkeit, wie neues Geld in den Wirtschaftskreislauf eintreten kann, ist ein Außenhandelsüberschuss. Dieser ist jedoch nur die private bzw. öffentliche Verschuldung anderer Länder. Problematisch ist dabei auch, dass nicht alle Länder gleichzeitig einen Außenhandelsüberschuss erzielen können. Fängt der Staat nun an zu „sparen“, muss entweder der Außenhandelsüberschuss oder die private Verschuldung wachsen. Das Problem der privaten Verschuldung ist, dass diese oft nicht in die Produktion neuer Güter investiert wird, sondern in die Spekulation fließt. Die Schuldenlast wird durch Spekulationsgewinne getragen. So entsteht ein Teufelskreis: Immer höhere Verschuldungsquoten treiben die Preise in die Höhe, es entsteht eine Blase. Letztendlich wird diese jedoch platzen, sobald die Schuldenlast nicht mehr durch die Einkommen getragen werden kann.

Laut Keen ist dieser Teufelskreis – von der Standardökonomie nicht wahrgenommen – schon wieder in vollem Gange. Steve Keen wird in seinem Vortrag mehr über die Bedeutung von endogenem Geld und damit einhergehende Dynamiken berichten.

Keen hat Minskys Erkenntnisse in einem Modell in Form eines Open-Source Programms mit dem Namen „Minsky“ formalisiert. Dieses Modell kann Dynamiken zwischen den Sektoren Haushalte, Staat und Banken abbilden, ohne sich auf die restriktiven Verhaltensannahmen des nutzenmaximierenden Individuums zu stützen. Es ist im Internet frei verfügbar.

Hyman Phillip Minsky; *1919 in Chicago, IL; †1996 in Rhinebeck, NY

Ruhm erlangte Hyman P. Minsky durch die Unterscheidung von hedge finance, speculative finance und ponzi finance. Eine seiner Kernthesen ist, dass sich die in den Finanzen widerspiegelnde Struktur der Verschuldung im Aufschwung von sicherer über spekulative Investition hin zu Ponzi-Spielen verschiebt und dadurch spontane Finanzkrisen ausgelöst werden, selbst wenn sich die Realwirtschaft gleichmäßig entwickelt. (Finanz-)Kapitalismus ohne Krisen ist somit undenkbar.

Nouriel Roubini schreibt, dass die Krise 2007 ff. an den Finanzmärkten ein „Minsky Moment“ war: Sie verlief genau nach Minskys Theorie der finanziellen Instabilität, die er bereits in den 60er und 70er Jahren entwickelt hatte.

Benedikt Göhmann studiert Volkswirtschaft an der WU

Ukraine: Verstrickte Interessenslagen

Der Konflikt in der Ukraine ist 2014 erneut eskaliert, gespalten ist das Land aber schon länger: Pro-Europäische Kräfte stehen prorussischen Kräften gegenüber. Die Europäische Union als auch die USA wollen einen geopolitischen Gewinn verbuchen, aber auch der IWF hat Vorstellungen davon, wie das Land saniert werden soll. **Atanas Pekanov** führte ein Interview mit Gerhard Senft vom Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der WU.

Der Konflikt in Ukraine weckt aktuell in vielen Leuten Erinnerungen an den Kalten Krieg, aber hier in Österreich wird die Situation mit ihrer Komplexität von den Medien oftmals nicht tief genug dargestellt. Was denken Sie über die zahlreichen Geschehnisse der letzten Monate in der Ukraine?

Der Konflikt schwebt doch schon seit längerer Zeit – die erste Eskalation war 2005, als um die Wahlergebnisse gestritten wurde, die sogenannte Orangene Revolution im Gang gesetzt wurde und Timoschenko und Juschtschenko über einige Jahre regiert haben. Es hat sich schon damals eine enorme Spaltung des Landes gezeigt, was mit der Wirtschaftsstruktur zu tun hat – auf einer Seite traditionelle Wirtschaftsverflechtungen mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, auf der anderen Seite sehr starke pro-europäische Kräfte, wobei nicht klar ist, in welcher Richtung es gehen soll. Dass diese Auseinandersetzung in jüngster Zeit – interessanterweise im Gedenkjahr des Beginns des Ersten Weltkrieges – in einem solchen Ausmaß eskaliert ist, ist natürlich besorgniserregend.

Wie stehen sie zu der Meinung von vielen, dass äußere Kräfte diese Entwicklung beeinflusst haben?

Die Interessenslage ist sehr unterschiedlich – einerseits hat die EU seit langer Zeit den Impetus, hier einen geopolitischen Gewinn zu verbuchen, die USA brauchen auch dringend einen außenpolitischen Erfolg. Und der IWF, der schon in der Zeit von Timoschenko und Juschtschenko etwas eingebracht hat, hat gewisse Vorstellungen, wie das Land aussehen soll, wie saniert werden sollte. Nicht nur hinsichtlich des Staatshaushalts, sondern die gesamte Wirtschaftsstruktur. Es gibt also verschiedene Wirtschaftsinteressen, wobei wenig mitgedacht wird, inwieweit Russland auch eigene Interessen zu verteidigen hat. Das ist die Vorgeschichte. Und das wird in unseren Medien übrigens sehr wenig betont. Es gab für die Zustimmung Gorbatschows 1990 zur deutschen Wiedervereinigung die Zusicherung, dass es keine NATO-Osterweiterung geben soll. Die NATO hat sich aber nur kurze Zeit an diese Zusicherung gehalten. Ab den 90er Jahren gab es mehrere Ostbeitritte zur NATO, 2008 kam zum ersten Mal auch die Ukraine in Frage – dazu ist natürlich ein sehr kategorisches „Nein“ aus Moskau gekommen.

Die pro-westlichen Leute in der Ukraine glauben aber sehr stark, dass genau die Einmischung von westlichen Kräften und Organisationen wie dem IWF und die westliche Wirtschaftspolitik ihnen viel bringen kann. Wie sieht das aus der Sicht früherer Erfahrungen anderer Länder aus?

Es war schon 2009 so, dass die Ukraine im Wesentlichen vor dem Bankrott gestanden ist. Die Stahlexporte sind damals eingebrochen, es kam zu zahlreichen Entlassungen, die Währung ist abgestürzt. Und der IWF hat damals einen Kredit in Aussicht gestellt, aber mit ganz bestimmten Bedingungen verknüpft: Einfrieren des sozialen Standards, Steuern senken, Aufgabe von Währungsstützungsmaßnahmen

und Ähnliches, was auch eine spürbare Erhöhung der Preise für öffentliche Dienstleistungen mit sich gebracht hat. Der IWF hat aber nach knapp einjähriger Laufzeit dieses Programm gestoppt – damals haben Juschtschenko und Timoschenko regiert – weil er diese Führungsebene als für Reformen unwillig erkannt hat. Juschtschenko hat sich auch selbst bemüht, bestimmte Privatisierungsprogramme zu stoppen, Timoschenko wollte, dass es eine Entschädigung für Sparer gibt, die noch die alten russischen Spargbücher hatten. Da hat der IWF dann die Notbremse gezogen. In Aussicht gestellt waren damals 16,5 Milliarden US-Dollar, weniger als 3,5 wurden dann ausbezahlt. Wie gesagt, dieses Reformprogramm ist dann sehr rasch gestoppt worden, weil einfach der IWF in diese bestehende Führung das Vertrauen verloren hat.

So etwas Ähnliches ist in Russland in den 90er Jahren passiert – der Versuch von Schocktherapien –, und das hat viele Leute in Russland dazu gebracht, dem Westen nicht mehr zu vertrauen.

Ja, das würde ich auch unterstützen, diese Position. Auffällig war ja, dass doch über Jahre hinweg sogenannte „RadikalreformerInnen“ an die Hebel der Macht gelangt sind. Eigentlich eine sonderbare Wortschöpfung, ich weiß nicht wie das zusammengesetzt ist: Entweder man ist radikal, oder man ist ReformierIn.

Das war eine liberale Schockpolitik, die enorme Verluste für die russische Wirtschaft gebracht hat, und auch für andere Nachfolgestaaten. In Bulgarien hat de facto eine Deindustrialisierung stattgefunden, in Russland ist die Produktivität um 40% zurückgegangen. Das haben auch Experten wie Joseph Stiglitz sehr kritisch gesehen damals. Diese Vorgaben des IWF in Osteuropa – aber auch in Lateinamerika – haben mehr Schaden gebracht als Nutzen.

Was erwarten Sie als weitere Entwicklung?

Es ist eine sehr seltsame Situation. Die Maidan-Kräfte sind auch als äußerst heterogen einzuschätzen. Das wird auch in den westlichen Medien sehr einseitig dargestellt. De facto haben wir eine soziale Bewegung, die gegen Korruption gerichtet ist, wir haben sehr stark nationalistische Kräfte, die sich zum Teil offen faschistisch deklarieren. Die Fragilität einer solchen Bewegung ist natürlich gegeben, und da sind die Vorhersagen sehr schwer. Die Hoffnung ist natürlich, dass die gemäßigten Kräfte sich durchsetzen werden. Aber es ist nicht vorhersehbar. Wichtig ist, dass alles, was in Richtung Kampfhandlungen geht eingestellt wird, dass alle an den Verhandlungstisch zurückkehren und sich um Lösungen bemühen. Ich würde aber auch sagen, dass die Rolle der EU hier schon recht negativ vorgeprägt ist. Es wäre schon vor einigen Monaten eine Mediatorin erforderlich gewesen. Die EU hätte diese Rolle spielen können, wenn sie nicht gleichzeitig Partei gewesen wäre und Großmachtinteressen vertreten hätte. Und mit dem Parteiwerden der EU hat die Situation sich noch zusätzlich verschärft.

Wie könnte Europa reagieren, damit die Ukraine nicht am Ende dazwischen zerrieben wird?

Nagut, das ist eine Frage, die sozusagen nach programmatischen Vorschlägen forscht. Ich meine, eine sehr starke Föderalisierung der Ukraine wäre ein vernünftiger Ansatz. So kann man sich gedanklich von dieser Idee von einer Zentralregierung und konzentrierter Staatsmacht entfernen, wo um Posten gestritten wird. Dann sind regionale Lösungen denkbar, die in der Folge eine Entschärfung der Lage bringen könnten. Solange es die Zentralregierung gibt und die einzelnen Gruppen streiten darum wie Hunde um den Knochen, ist es eher konfliktverschärfend. Es ist in der Vergangenheit viel passiert, und da wieder Vertrauen zu schaffen wird sehr schwer sein. Und die Regionalisierung würde zweifellos den einzelnen Gruppen mehr Spielraum geben.

Wie sehen Sie die Rolle von Putin?

Ich bin kein Fan von Putin und der politischen Verfassung, wie sie derzeit in Russland gegeben ist. Auf der anderen Seite muss man auch sagen, dass die Ukraine lange Zeit von einer Vorzugsposition profitiert hat, die Russland gewährt hat. Ohne Sonderpreise für Energie –beispielsweise wären ukrainische Produkte auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig gewesen. Alles das gilt es miteinzubeziehen. Die Ukraine hat in der Vergangenheit Russland gebraucht aus der Situation eines traditionell verflochtenen Wirtschaftsgebietes – da gibt es eine arbeitsteilige Produktion in Hinblick auf Waffen und Raketentechnik, chemische Industrie und Ähnliches. Auf der anderen Seite hat auch Russland die Ukraine benötigt als Transitland für Energie beispielsweise.



Gerhard Senft

ao.Univ.Prof. an der WU Wien, geb. 1956, mehrjährige Berufstätigkeit im Industrieanlagenbau, Studium der Volkswirtschaft, an der WU tätig seit 1988. Theodor Körner-Preis für den Fachbereich Wirtschaftswissenschaften 2001. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der sozialen Bewegungen; politische Ideengeschichte der Neuzeit; Faschismusforschung; Theoriegeschichte der Ökonomie; Arbeitswelt, Geldwesen und Wirtschaftspolitik in historischer Dimension. Zuletzt erschien unter seiner Herausgeberschaft: Pierre Ramus u.a.: Friedenskrieger des Hinterlandes. Der Erste Weltkrieg und der zeitgenössische Antimilitarismus, Löcker Verlag, Wien 2014.

Kann es passieren, dass der Konflikt wirklich in einem heißen Krieg eskaliert?

Dass es zu einem übergreifenden Krieg, der über die Ukraine hinausgeht, kommt, hoffe und glaube ich nicht. Ich denke dass mit den Erfahrungen der Vergangenheit doch die Vernunft sich als stärker erweisen wird. Ich meine, dass es zu einem Flächenbrand im Sinne eines Ersten oder Zweiten Weltkrieges sicherlich nicht kommen wird.

Politisch ist die Situation in Amerika etwas paradox. Obama wird vorgeworfen, dass er schwach agiert. Aber viele Konservative können Putin einiges abgewinnen. Wie sehen Sie Obamas Position?

Er ist einem gewissen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. Ein außenpolitischer Erfolg, auch wenn er schon am Ende seiner Amtszeit ist, ist natürlich sinnvoll. Aber möglicherweise gibt es auch langfristige Interessen der USA. Eine Aufnahme Russlands in die Europäische Union wäre beispielsweise etwas, das US-amerikanischen Interessen diametral zuwider laufen würde. In diesem Sinn kommt der Ukraine-Konflikt den amerikanischen Interessen tendenziell sehr gelegen.

Es kam auch zu Gewalttaten in den letzten Wochen in Donezk und Lugansk. Das ist eskaliert nachdem Ergebnisse von den Referenden gekommen sind. Einige sagen, das waren keine freien Referenden, andere dass die Ostukraine über sich selbst bestimmen können soll. Wie stehen Sie dazu?

Wie die Westukraine das Recht hat bestimmte politische Vorgaben zu verlangen, so haben natürlich auch die Menschen in der Ostukraine solche Rechte. Und es kann nicht sein, dass alles von Kiew aus bestimmt wird. Bei dieser Form der Eskalation scheint es wesentlich zu sein, dass man sehr vorsichtig vorgeht und in den einzelnen Regionen sehr genau schaut, in welche Richtung es gehen soll.

Bei der Wahl in der Ukraine ist es sehr wahrscheinlich, dass ein Milliardär zum neuen Präsidenten wird. Bedeutet das, dass es wieder eher Richtung Oligarchie geht, nur diesmal westlich orientiert?

Die Oligarchiediskussion ist auch ein bisschen umstritten. Ein russischer Oligarch hat vor kurzem gesagt: Niemand würde Bill Gates als Oligarchen bezeichnen, warum bezeichnen sie uns so? Wenn die Umfragewerte in diese Richtung deuten, kann es natürlich schon sein, aber auch MilliardärInnen, so würde ich meinen, sind gewisse Grenzen gesetzt. Das größte Problem ist im Moment weniger der Staatshaushalt der Ukraine, sondern vielmehr die Wirtschaftsstruktur. Und es gibt Berechnungen, dass 100 bis 500 Milliarden Euro nötig sind, um die Wirtschaft zu modernisieren. Und das, was die EU und der IWF bereitstellen wollen, wird bei weitem nicht ausreichen, um eine Wende in wirtschaftlicher Hinsicht herbeizuführen. Und das wird das Hauptproblem sein.

Atanas Pekanov studiert Volkswirtschaft an der WU

Skizzen einer visionären Agenda

„Damit ein gutes Leben einfacher wird – Perspektiven einer Suffizienzpolitik“

von Uwe Schneidewind, Angelika Zahrt | oekom Verlag | München 2013 | 160 Seiten | 12,95 Euro
Rezension von **Leon Leuser**

„Damit ein gutes Leben einfacher wird“ braucht es beides Pioniere und politische Maßnahmen, die neue Wege ermöglichen.

In Zeiten von sich häufenden und intensivierenden Krisen – sei es Fukushima, Haysan oder Eurokrise (partiell sicherlich eine Antwort auf die sich destabilisierenden Verhältnisse) – scheint es fast ironisch, ein Buch unter dem Titel „Damit ein gutes Leben einfacher wird“ zu verfassen. Uwe Schneidewind, Leiter des Wuppertal Instituts, und Angelika Zahrt, Ehrenvorsitzende des BUND, haben genau dies gewagt.

Doch kaum ist die erste Verwunderung darüber abgelegt, so stößt man gleich auf die nächste. Denn der Untertitel des Buches lautet „Perspektiven einer Suffizienzpolitik“. Suffizienz wird heutzutage schnell mit Subsistenz, der kompletten Selbstversorgung, verwechselt. Daher entsteht bei dem Wort schnell ein Bild technologie- und zivilisationsfeindlicher, gar misanthropischer UmweltaktivistInnen in den Köpfen, die ein Zurück in die Höhlen steinzeitlicher Stämme fordern. Nun verbindet der Untertitel auch noch dieses unbekanntes Wort mit Politik. Was kann dies anderes bedeuten als eine „Öko-Diktatur“ oder einen „neuen Sozialismus“ (siehe die Diskussion um den Veggie-Day)?

Überwindet man diese Überraschung und Skepsis und beginnt das Buch zu lesen, so wird man jedoch sogleich eines Besseren belehrt. Denn Suffizienz (lat. *sufficere*: ausreichen) fragt nach dem rechten Maß. Ehemals eine große und wichtige Frage, mit der sich schon Philosophen wie Sokrates auseinandersetzten, ist sie heute in Vergessenheit geraten. Der amerikanische Professor Thomas Princen verwendet auch den Begriff „enoughness“, den man vielleicht mit Mäßigung oder Maßhalten übersetzen könnte. Es geht um die Frage, wie viel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse tatsächlich notwendig und gut ist.

Doch warum nun die Diskussion über Suffizienz in einer Gesellschaft des Überflusses, die anscheinend fähig, jedoch auch abhängig davon ist, immer weiter zu wachsen. Darüber hinaus ist es ihr auch noch durch clevere Innovationen und Technologie möglich, dieses Wachstum von den damit verbundenen negativen Folgen auf die Umwelt zu entkoppeln.

Schon Ludwig Erhardt schrieb auch ohne ökologische Krise 1957: „Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, dass zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer nützlich und richtig ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoller ist unter Verzichtleistung auf diesen ‚Fortschritt‘ mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen. [...] dann werde wir in fernerer Tagen auch zu einer Korrektur der

Wirtschaftspolitik kommen müssen. Niemand dürfte dann so dogmatisch sein, allein in der fortdauernden Expansion noch länger das Heil erblicken zu wollen.“

Die AutorInnen präsentieren Suffizienz als Antwort auf eine Vielzahl von Problemen der Menschen in heutigen Industriestaaten. Diese reichen von Ideen zur Entschleunigung als Antwort auf einen von vielen Menschen häufig beklagten Zeitmangel bis hin zur Umstellung der Produktion von kurzlebigen Produkten auf langlebigere und solche, die einfacher repariert werden können. Doch die über allem schwebende Frage lautet: Wie kann die heutige Lebensqualität gehalten oder sogar (wieder) gesteigert werden, ohne weiterhin mit Vollgas auf den ökologischen Kollaps zuzusteuern?

Denn zumindest in der Forschung setzt sich langsam, aber sicher die Erkenntnis durch, dass uns unsere Ingenieurinnen und Ingenieure und ihre Erfindungen nicht alleine werden retten können. Momentan liegen die Hoffnungen noch auf der Entkopplung des Wachstums des globalen BIPs von den negativen Umweltauswirkungen, wie z.B. dem erhöhten Ausstoß von Treibhausgasen. Doch selbst wenn eine derartige Entkopplung möglich wäre, erscheint sie in Anbetracht der bereits emittierten Menge an Treibhausgasen nicht schnell genug möglich. Man kann diese Option daher eher als Science Fiction Erzählung und weniger als realistische Alternative bezeichnen (vgl. Tim Jackson – Prosperity without Growth S. 55).

Darüber hinaus hat die Forschung in den vergangenen Jahren leider noch einen weiteren Haken an dem alleinigen Streben nach und Glauben an Effizienzsteigerungen gefunden: den Rebound-Effekt, der die notwendige absolute Reduktion negativer Umweltauswirkungen nur durch Effizienzgewinne vollkommen ins Reich der FantastInnen, TräumerInnen und RealitätsverweigerInnen schickt. Darunter versteht man die Neutralisierung oder gar Überkompensation von Effizienzgewinnen durch Mehrnutzung oder der Nutzung freierwerdender Finanzen für andere Zwecke. Von den neuen LEDs werden doppelt so viele eingebaut und länger leuchten gelassen, mit dem durch ein sparsameres Auto gespartes Geld wird ein Flug in den Urlaub bezahlt, etc.

Daher hat sich bei Schneidewind und Zahrt die Einsicht durchgesetzt, dass es wohl ohne Verhaltensänderungen nicht geht. Doch die frohe Botschaft lautet, dass diese nicht einmal unser Leben verschlechtern müssen, denn das Motto lautet: „Langsamer, besser, weniger, schöner“.

Auf den folgenden 160 Seiten skizzieren die beiden AutorInnen Politikansätze, die einen suffizienteren Lebensstil ermöglichen und unterstützen können. Dies ist insofern beachtlich, als die Debatte um Suffizienz bisher stark auf das Individuum fokussiert war. Das Ar-

gument hierfür lautet häufig, dass eine auf Suffizienz zielende Politik nicht mehrheitsfähig sei. Dagegen scheinen die Politiken in den aufgezeigten vier Bereichen „Rahmen“, „Orientieren“, „Gestalten“ und „Ermöglichen“ zum Teil heute schon anschlussfähig.

Veränderungen des gesellschaftlichen Ordnungsrahmens sind eine wichtige Säule der vorgestellten Suffizienzpolitik. Vorschläge dafür sind beispielsweise das schon in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ diskutierte neue Wohlstandsmaß. Moderne Infrastrukturpolitik setzt vor allem in Städten schon heute auf Fahrradwege und den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, bei gleichzeitiger Verteuerung des Individualverkehrs. Die Forderungen nach höheren Spitzensteuersätzen und der Einführung einer Vermögenssteuer sind schon heute Teil politischer Debatten und waren ja auch jahrzehntelang selbstverständlicher Teil gesellschaftlichen Ausgleichs. Einzig von einer neuen ökologischen Steuerreform ist bis heute noch wenig zu hören. Die Steuern würden zu einer Verteuerung aller Ressourcen, zur Förderung der Ressourceneffizienz, führen. Diese Maßnahme müsste einhergehen mit einer Senkung der Lohnnebenkosten, zur Vergünstigung etwa von Reparaturdienstleistungen.

Doch an welchen Leitlinien soll sich Suffizienzpolitik allgemein orientieren? Die Grundpfeiler sind hier die „vier E“ von Wolfgang Sachs. Zur Entschleunigung könnte eine neue Arbeitszeitpolitik mit einer 30-Stunden-Woche und/oder neuen Teilzeitmodellen sowie Sabbaticals beitragen. Da die Autoren, die globale Arbeitsteilung als wesentlichen Treiber der Wachstums- und Steigerungslogik ansehen, könnten Preise, die die ökologischen Folgen berücksichtigen, eine Entflechtung der globalen Wirtschaft bewirken. Zur Entrümpelung kann die Politik mit verlängerten Garantiezeiten oder einer Einschränkung der Werbung beitragen. Entkommerzialisierung würde bei der Bildungspolitik anfangen, beispielsweise durch eine auf neuesten Erkenntnissen beruhende Lehre, die das Model des „Homo oeconomicus“ nicht mit der Realität verwechselt. Gemeingütern und Selbstversorgung zu fördern sind weitere Punkte die genannt werden.

Weitere Ideen der Politikgestaltung werden für die Grundbedürfnisse Wohnen, Mobilität und Ernährung skizziert. Die Ansätze lassen sich zusammenfassen unter den Oberthemen der Lebenswerten Stadt, einer Reduzierung des motorisierten Verkehrs sowie einer weniger fleischlastigen, mehr regionalen und saisonalen Ernährung. Doch auch hier achten die Autoren immer auf die Erhaltung oder sogar Steigerung der Lebensqualität bei einer Reduzierung der absoluten Umweltauswirkungen.

Es geht ihnen um die Ermöglichung suffizienter Lebensstile durch eine progressive Arbeits-, Bildungs-, Gesundheits- und Verbraucherpolitik anstatt einer Einschränkung. Daher sehen die Autoren ihre

Politikvorschläge im Rahmen eines aufgeklärten Liberalismus. Individuelles Verhalten ist aus ihrer Sicht immer in institutionelle und gesellschaftliche Kontexte eingebettet. Daher braucht es eben beides, visionäre Pioniere und eine Politik, die auf verschiedenen Levels, von der lokalen bis zur supranationalen, Hürden für suffiziente Lebensstile verringert oder beseitigt, damit diese in der Breite leichter gepflegt werden können.

Schneidewind und Zahrnt liefern mit ihrem Buch eine erfrischende Perspektive für die Umwelt- und Sozialbewegungen. Es ist ihnen gelungen Ansätze einer Politik zu skizzieren, die von einer konkreten Utopie geleitet wird. Und ist es nicht genau das was heute fehlt? Ist vielleicht, entgegen der Behauptung eines Endes der Geschichte, zu Beginn des neuen Jahrhunderts an der Zeit für neue Visionen wie der des „guten Lebens“? Zeit für die Überwindung alter Systemgegensätze und Kämpfe, durch die Suche nach einem neuen Konzept jenseits der Ideen des vergangenen Jahrhunderts? Der Einsatz und das Streiten FÜR einen positiven Gegenentwurf, der Hoffnung macht, statt der ständige Verteidigungskampf gegen ein weiteres Hinauszögern eines Klimaabkommens und gegen eine sich öffnende Schere in der Gesellschaft.

Es bleibt abzuwarten, ob Ideen wie die der beiden Autoren vom ökosozialen Diskurs ausgehend im politischen ankommen und auch in der Breite mehr Einfluss erreichen werden.



Fit für die Krise?

Perspektiven der Regulationstheorie

HerausgeberInnen: Roland Atzmüller, Joachim Becker, Ulrich Brand, Lukas Oberndorfer, Vanessa Redak, Thomas Sablowski | Westfälisches Dampfboot | Münster | 2013 | 399 Seiten | 36,90 Euro
Rezension von **Harald Wieser**

Welche Berufsgruppe ist gerade dann gefragt, wenn sie am schlechtesten gearbeitet hat? Richtig, jene der ÖkonomInnen. Gerade in Zeiten einer langwährenden europäischen Schuldenkrise ist das Verlangen nach Antworten und Lösungen groß. Mit der Krise geht für alternative Wirtschaftstheorien auch eine Chance einher, aus ihrem Nischendasein zu entkommen und ihre Erklärungs- und Lösungsansätze in die wirtschaftspolitische Debatte einzubringen. Tatsächlich scheint auch einiges in der Ökonomie in Bewegung zu sein, wie die Gründung von Think Tanks und Diskussionsforen wie beispielsweise INET oder Project Syndicate, belegen. Die Regulationstheorie, deren VertreterInnen in ihr durchaus eine Alternative zu ökonomistischen Ansätzen sehen, spielt aber selbst in dieser „Gegenbewegung“ eine untergeordnete, um nicht zu sagen weitgehend ignorierte Rolle. Für eine Theorie – oder besser: einen Ansatz, der sich auf das Aufkommen von Krisen und die Analyse kapitalistischer Entwicklungstendenzen spezialisiert hat, ist diese geringe Resonanz von Seiten der anderen ökonomischen Schulen, aber auch der Politik als eine herbe Niederlage zu werten.

Der jüngst veröffentlichte Sammelband „Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie“ mit Beiträgen von namhaften RegulationstheoretikerInnen kann nicht zuletzt als Versuch verstanden werden, den Weg aus diesem Nischendasein zu finden. Die Beiträge sind dabei durchaus vielfältig, neben einführenden Texten sind auch eine Reihe von themenspezifischen und anwendungsorientierten Beiträgen zu finden. Ausgehend von den Ursprüngen und Entwicklungstendenzen des Regulationsansatzes (Joachim Becker) werden im Verlauf des umfangreichen Buches viele gegenwärtige Themen aus einer regulationstheoretischen Perspektive analysiert. Neben Beiträgen zur Finanzkrise (Alex Demirovic/Thomas Sablowski; Roland Henry/Vanessa Redak; Susanne Heeg) und europäischen Schuldenkrise (Hans-Jürgen Bieling) finden sich auch interessante Anwendungen auf die „eigentümliche Kontinuität des Modell Deutschland“ (Bernd Röttger) und die Rolle des Wohlfahrtsstaates (Roland Atzmüller), wobei die Anwendungen auf Entwick-

lungsländer mit zwei Beiträgen über China (Stefan Schmalz) und Ägypten (Sabah Alnasseri) etwas zu kurz kommen.

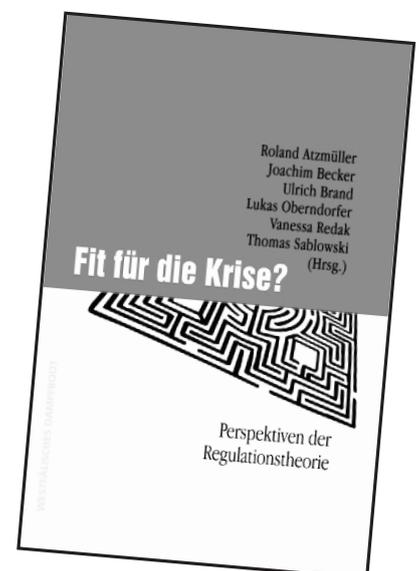
Im Vergleich zu anderen einführenden Büchern und Sammelbänden zur Regulationstheorie ist vor allem das Gewicht auf die Analyse der Geschlechterverhältnisse (Brigitte Aulenbacher/Birgit Riegraf; Birgit Sauer; Martina Sproll) und die explizite Miteinbeziehung der „ökologischen Restriktion“ bzw. Green Economy-Debatte (Ulrich Brand/Markus Wissen) hervorzuheben. Durch diese vielfältige Anwendung erlangt der/die LeserIn einen guten Einblick in das Potenzial, aber auch in die Grenzen des Regulationsansatzes. Zudem wird der Sammelband damit auch für unterschiedliche Gruppen interessant, was angesichts der engen Verbindungen zwischen dem Regulationsansatz und der Politischen Ökologie oder der Kritischen Geographie nicht unwichtig ist.

Trotzdem bleibt es schwierig, die möglichen AdressatInnen des Sammelbandes auszumachen. Angesichts des durchwegs wissenschaftlichen, trockenen Schreibstils, aber auch des gewählten Abstraktionsniveaus ist das Buch wohl am ehesten an StudentInnen (höherer Semester) und interessierte Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen gerichtet. Wenn dem so ist, dann ist es für mich jedoch unverständlich, warum dem Sammelband nicht ein ausführlicher Beitrag über die wissenschaftstheoretische Grundlage dieser ökonomischen Schule beigefügt wurde. Gerade aufgrund des „Theorie mittlerer Reichweite“-Charakters der Regulationstheorie und ihrer teils engen Verflechtung mit anderen politökonomischen Ansätzen scheint mir eine eingehendere Diskussion über die Periodisierung und das Ausmachen von Krisen notwendig. Das gilt umso mehr, als darin eine ihrer großen Stärken gegenüber standard-ökonomischen Ansätzen ausfindig gemacht werden kann.

Letztlich konzentrieren sich die AutorInnen hauptsächlich auf die Analyse bestehender oder vergangener Krisen und Akkumulationsregime, wobei die Lösungsvorschläge zumeist auf einer sehr abstrakten Ebene ver-

bleiben – mit der herausstechenden Ausnahme einer „Programmschrift“ für die europäische Linke im Beitrag zur europäischen Schuldenkrise. Auch wenn die teils recht ausführlichen Analysen den einen oder anderen Lösungsvorschlag implizieren, so hätten klarere Aussagen diesbezüglich möglicherweise zu einer größeren und auch breiteren LeserInnenschaft beigetragen. Nicht zuletzt könnte das als „aktiverer“ Beitrag zur öffentlichen Debatte zur Überwindung der vielfältigen Krisen gesehen werden. Doch trotz der abstrakten Analysen wird dem/der interessierten LeserIn ein durchwegs klares und breites Bild von den mannigfaltigen Facetten der kapitalistischen Dynamiken vermittelt. Insbesondere LeserInnen, die bereits mit anderen (heterodoxen) Ökonomie-Strömungen vertraut sind, kann dieser Sammelband damit einen breiteren Zugang zu sozialwissenschaftlichen Fragestellungen bieten. Aufgrund seiner Breite und interdisziplinären Perspektive kann ich das Buch nur empfehlen. Vorausgesetzt, ein ordentliches Maß an instrinsischer Motivation ist vorhanden, denn von sich aus wird es niemanden mitreißen.

Harald Wieser studiert Socio-Ecologic Economics and Policy an der WU



Ökonomie der Internationalen Entwicklung

Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre

von Johannes Jäger und Elisabeth Springler
Mandelbaum | Wien | 2012 | 380 Seiten | 19,80 Euro
Rezension von **Carla Weinzierl**

In Zeiten der sogenannten Euro-Krise, in denen sich die Debatte um die europäische Krisenpolitik immer weiter zuspitzt und zu offenem Widerstand in der Peripherie der Europäischen Union führt, trifft das Buch 'Ökonomie der internationalen Entwicklung' eindeutig den Nerv der Zeit. Das Buch ist einzigartig in der Art und Weise wie es verschiedene ökonomische Paradigmen gegenüberstellt und den LeserInnen dadurch die Möglichkeit eröffnet, aktuelle wie auch vergangene Krisenverläufe und Politikmaßnahmen in einen theoretischen Rahmen zu setzen und alternative Herangehensweisen oder Lösungswege zu erkennen.

Die Bewertung europäischer Krisenpolitik ist jedoch lediglich ein kleiner Ausschnitt dessen, zu dem die Lektüre dieses Buches befähigt. Wenngleich der Titel für jene, die sich eine Analyse internationaler Wirtschaftsbeziehungen anhand von empirischen Daten erwarten, irreführend scheinen mag, bietet diese Einführung eine detaillierte Gegenüberstellung dreier großer wirtschaftstheoretischer Paradigmen: der Neoklassik, des Keynesianismus, und der Politischen Ökonomie.

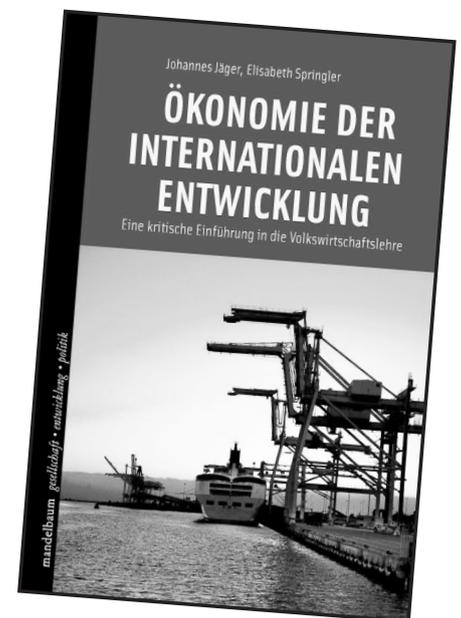
Zunächst werden Wissenschaftstheorie beziehungsweise –philosophie hinter den drei Ansätzen, sowie deren historische Entstehung beleuchtet, um dann in einem zweiten Teil, die zentralen Theoretisierungen der drei Paradigmen zu fünf konkreten Themenbereichen der nationalen wie internationalen Entwicklung zu erläutern. Diese sind das Zusammenspiel aus Staat, Gesellschaft und Wirtschaft; Wachstum, Entwicklung und Krise; Ungleichheit und Verteilung; Geld und Finanzsystem sowie die Geographie globaler Ökonomie. Zusätzlich wird jeder dieser Themenbereiche durch insgesamt elf Vertiefungen zu brennenden Themen, wie Arbeitsorganisation, Klimawandel, Hunger und Agrarpolitik oder auch EU-Integration von Gastautoren untermauert. Im Rahmen dieser Gastartikel wird so die Theorie mit der Realität aktueller Debatten verbunden. Gleichzeitig wird im Rahmen dieser Artikel der Vielfalt der heterodoxen Ansätze Rechnung getragen, die in den theoretischen Teilen unter Politischer Ökonomie zusammengefasst sind.

Inhaltlich ist das Werk demnach sehr umfassend, wobei das Hauptaugenmerk stets auf den unterschiedlichen Konzeptionalisierungen der drei theoretischen Zugänge bleibt. Auch der Aufbau ist sehr gelungen und übersichtlich, wobei als einziges Manko der fehlende Index, der eine Verwendung des Buches als Referenz oder Nachschlage-

werk erleichtern würde, zu erwähnen bleibt.

Das Buch ist der 14. Teil der Gesellschaft-Entwicklung-Politik Reihe des Mandelbaum Verlages, im Rahmen welcher bereits Einführungen unter anderem zur Entwicklungssoziologie oder der Entwicklungspolitik publiziert wurden. Der Reihe fehlte bis dato eindeutig eine Einführung in die großen Wirtschaftstheorien – ein Vakuum das Springler und Jäger gekonnt füllten.

Nachdem das Buch eine fundierte theoretische Einführung nicht (wie in konventionellen VWL-Lehrbüchern üblich) lediglich in eine der großen Wirtschaftstheorien, sondern eine Gegenüberstellung dieser bietet, ist es für eine breite Masse an LeserInnen relevant und hilfreich. Aufgrund dieses Vergleichs liefert das Buch demnach auch VolkswirtInnen und VWL-Studierenden, die oftmals in nur einer der drei Ansätze geschult sind, neue Erkenntnisse, obwohl es generell als Einführung geschrieben ist und sich ohnehin schon an ein breites Publikum von Interessierten, VWL-Anfängern, policy-makern und im nationalen wie internationalen Wirtschaftsbereich Tätigen richtet. Durch die Themenschwerpunkte ist das Buch weiters auch für Akteure der Sozial- und Entwicklungspolitik zu empfehlen.



Carla Weinzierl studiert Socio-Ecological Economics and Policy an der WU

„Gesellschaft im Überfluss“

Original: „The Affluent Society“

von John Kenneth Galbraith, Übersetzung: Rudolf Mühlfnzl | Droemersch Verlag | 1959

rezensiert von **Ruth Fulterer**

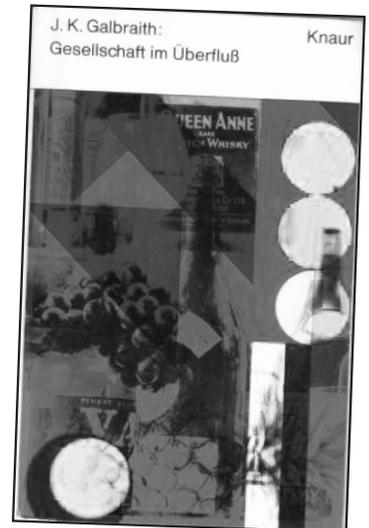
Wer sich je gefragt hat, was genau der Sinn dabei sein soll, dass Menschenmassen den Großteil ihres Lebens damit verbringen, unnötige Konsumgüter herzustellen, wenn in Bereichen wie Bildung, öffentlicher Raum und Gesundheit (Human-)Kapital Mangelware ist, dem bzw. der sei gesagt: Du bist weder allein noch der/die Erste.

In *The Affluent Society* (dt. *Gesellschaft im Überfluss*) beschreibt Galbraith, wie es dazu kam, dass sich das Denken in der Wirtschaft so massiv auf die Produktion und deren Steigerung konzentriert hat. Das Konzept, das bis heute dem wirtschaftspolitischen Mainstream zugrunde liegt, wurde in einer Welt des Mangels und Pessimismus geboren. Jede Steigerung der Produktion erhöhte den Wohlstand, so war es nur natürlich, andere Ziele hintanzustellen, um sich darauf zu konzentrieren.

Galbraith argumentiert, dass dieses Denken in eine Sackgasse führen musste. Der anwachsende private Reichtum begann zunehmend im Widerspruch zur Armut an öffentlichen Gütern zu stehen. Durch den Überfluss an Gütern, der uns umgibt, muss Werbung Bedürfnisse erst erzeugen, bei öffentlichen Investitionen jedoch wird akribisch nachgerechnet, ob sie vonnöten sind.

Galbraith gibt die Gründe dafür an, dass sich das „herkömmliche Konzept“ so lange halten konnte, warum es schwierig ist, umzudenken. Die Fokussierung auf die Produktion sei eine Flucht nach vorne, politisch konsensfähig, eine Umschiffung der unbequemen Frage, wem eigentlich das zusteht, was schon da ist. Galbraith zeigt auf, wer durch sein alternatives Konzept zurückstecken müsste, doch was es im Gegensatz dazu gesellschaftlich zu gewinnen gäbe.

Die Gesellschaft schon 1958 als „im Überfluss“ zu denken, ist eine visionäre Leistung, genauso wie das aufmerksam machen auf die Knappheit der Ressourcen. Dass Galbraith sein „thinking outside the box“ auch noch in einer schönen und verständlichen Sprache betreibt, macht *The Affluent Society* zu einem durchaus unterhaltsamen Buch, das man vor allem als WirtschaftsstudentIn nicht verpassen sollte.



Anzeige

Bewirb dich jetzt!

Die Bewerbungsphase für den 7. Jahrgang 2014/15 der Wirtschaftspolitischen Akademie hat bereits begonnen und läuft bis 31. Mai 2014. Jetzt gleich bewerben auf **bewerbung.wipol.at**

! Bewerbungsphase verlängert bis 07. Juni!

Die vorherrschende wirtschaftspolitische Diskussion ist sehr stark von Machtstrukturen dominiert, die Wirtschaft, Gesellschaft, Medien und Wissenschaft verzerren und die Leistungen jener arbeitenden Menschen in den Hintergrund stellen, welche die eigentlichen Leistungsträger der europäischen Volkswirtschaften sind. Die Wirtschaftspolitische Akademie organisiert den Gedankenaustausch kritischer, wirtschaftspolitisch interessierter Studierender rund um die soziale Verantwortung wirtschaftlichen Handelns.



Mehr Infos zur Wirtschaftspolitischen Akademie findest du unter:

wipol.at
 blog.wipol.at
 facebook.com/wipolakademie
 twitter.com/wipolakademie

wipol  akademie

Wer unterrichtet dich?

Alfred Stiasny

Alfred Stiasny ist Professor am Institut für Quantitative Volkswirtschaftslehre. Das Interview führte **Andreas Sator** bereits im Sommersemester 2013.

Wird es eigentlich nicht fad, die Grundlagen der VWL Semester für Semester wieder zu erklären?

Ja und nein. Die Grundlagen selbst sind nicht so fad, die neuen Studenten fragen noch unbekümmert. Das ist gar nicht so uninteressant. Ich habe aber viele Jahre Angewandte Mikro gemacht, das hängt mir beim Hals raus, das mache ich jetzt aber auch nicht mehr.

Was unterrichten Sie am liebsten?

Nächstes Semester fange ich mit Vertiefender Makro an. Moderne Makro mache ich am liebsten. Da kenne ich mich auch am besten aus.

Sie bekommen zum Geburtstag einen Brief von Werner Faymann und Michael Spindelegger. Sie dürfen sich eine wirtschaftspolitische Maßnahme wünschen. Welche wäre es?

Den Subventionssumpf trocken legen. Wir geben dafür im Jahr 15 Milliarden aus. Das kann man durch die Bank kürzen. Das meiste geht über die Länder, Wohnbauförderung, Künstler, Feuerwehrcorps, usw. Das hat sich auch bei der Landtagswahl in Niederösterreich gezeigt, die Leute wissen dann auch, was sie wählen müssen. Da kann man viel Geld sparen, ohne dass man der großen Masse weh tut.

Welches Zeugnis würden Sie den beiden ausstellen?

Ökonomisch haben sie nicht viel falsch gemacht. Es war jetzt nicht so viel los. Mir würde jetzt aber auch nicht einfallen, was die groß gemacht haben. Das moderate Sparprogramm, ja. In Wahrheit trifft das aber nur die Beamten, also mich. Mein Gehalt wurde um sieben Prozent gekürzt, aber auf ewig. Auch die Pensionisten ein bisschen. Da gehts halt auch um Stimmung, bei den Beamten kann man relativ leicht kürzen.

Sie haben vor gut zehn Jahren ein Buch über Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Während in Spanien seit der Demokratie 20% Arbeitslosigkeit eher die Regel als die Ausnahme sind, hatte Österreich oder das angrenzende Portugal in den letzten 50 Jahren immer nur einstellige Raten. Was ist da los in Spanien?

Da spielt vieles hinein. Zuwanderung, da gab es ja auch einmal eine große Amnestie. Der Bauboom, man hat ihnen zehn Jahre lang Kredite nachgeworfen. Der hat auch die Zuwanderung bewirkt. Jetzt ist die Bauwirtschaft auf null, alleine das macht schon die Hälfte der Arbeitslosigkeit aus. Dazu kommt auch noch die Bildungspolitik, wo fast alle irgendwas studieren. Das duale Bildungssystem, das wir haben, gibts dort ja nicht. Die haben dann hunderttausende Politologen, die Taxi fahren.

Genug Wirtschaft. Ihnen gefällt auf Facebook „Mein cooler Onkel Charlie“. Wer ist Ihnen ähnlicher, Charlie oder Alan? Draufgänger oder Spießer?

Ich wäre gerne der Charlie (lacht laut). Das wäre aber wohl jeder gerne. Ob ich der Alan bin, weiß ich nicht. Hoffentlich bin ich nicht der Kleine.

Was ist ihr Lieblingsfilm?

Puh, da gibt es viele gute. Ich schaue gerne Filme. Wenn aber, dann wohl Butch Cassidy and the Sundance Kid, ein Western mit Robert Redford und Paul Newman. Köstlich.

8 Fragen an Alfred Stiasny

Wie kommen Sie täglich zur WU?

Mit dem Auto.

Wer ist Ihr LieblingswissenschaftlerIn?

Schwierig. Robert Lucas ist sicher einer der wichtigsten derzeit.

Was war Ihr Berufswunsch vor Studienbeginn?

Da habe ich mir wenig Gedanken gemacht, wie die meisten Studenten. Während des Studiums aber hat sich die Uni-Karriere schon abgezeichnet.

Was würden Sie heute studieren und wo?

Medizin, hier in Wien. Mein Sohn studiert das, und auch ich stand vor der Entscheidung Medizin oder VWL.

Weil der Arzt der Gesellschaft besser helfen kann als der Ökonom?

Erstens verdient man mehr, die Ökonomie ist ja eher brotlos. Letztendlich glaube ich, dass es einfach der interessantere Beruf ist.

Wo waren Sie zuletzt auf Urlaub?

Letzten Sommer war ich mit meiner Familie auf Zypern. Dort war ich jeden Tag mit meinem Sohn segeln.

Was essen Sie zum Frühstück?

Fast nichts, zwei, drei Kekse vielleicht.

Wen wollten Sie schon immer mal kennen lernen?

Cate Blanchett. Werden Sie das jetzt vermitteln?

Wir werden unser Bestes geben.

Was ist Ihr Lieblingsbuch?

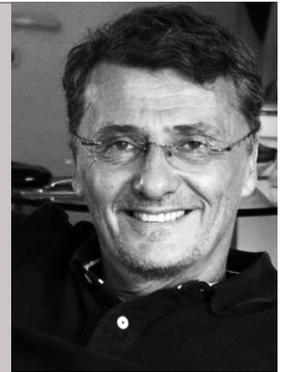
„Wir“ von Jewgenij Samjatin. Das ist glaube ich in den 20er Jahren geschrieben worden und schon so etwas wie eine Vorahnung des Stalinismus.

Was machen Sie in Ihrer Freizeit am liebsten?

Früher habe ich viel Golf gespielt, dafür habe ich jetzt aber keine Zeit mehr. Ansonsten gehe ich ein wenig sporteln, ein bisschen Fitness, laufen. Und ja, lesen. Obwohl ich derzeit so viel Fachliteratur lesen muss, dass ich dazu am Abend meistens auch keine Lust mehr habe.

Es gibt das Gerücht, dass Sie auf der WU noch nie ohne hübsche weibliche Begleitung gesehen wurden. Was ist da dran?

Quatsch! Nein. Heute erst war ich alleine essen (schmunzelt). Gerüchte sind praktisch fast immer falsch.



Juni

Wirtschaftspolitik in der EU – Das Scheitern des neoklassischen Paradigmas

Workshop in der AK Wien
1040 Wien, Theresianumgasse 16-18, AK Bildungszentrum, Großer Saal
Montag, 2. Juni, 9-18 Uhr

Small and Big Crises – Reflections on Periodisation and Transformation

Vortrag von Joachim Becker
WU Wien, D4, 3. Stock, Besprechungsraum 3.106
Dienstag, 3. Juni, 15-17 Uhr

Bessere Welt – Hat der Kapitalismus ausgedient?

Eine Reise durch alternative Wirtschaftssysteme
Lesung und Diskussion mit Giacomo Corneo (FU Berlin)
Oskar-Morgenstern-Platz 1, Uni Wien, Hörsaal 4
Dienstag, 3. Juni, 17-19 Uhr

SOLV5-Plenum

Wir planen die nächste selbstorganisierte Lehrveranstaltung. Komm auch!
WU Wien, D4, EG, Student's Lounge
Donnerstag, 5. Juni, 19.30 Uhr

VWL/SozÖk-Party: „Bouncing Rationality“

Club Morrison
Donnerstag, 5. Juni, ab 21 Uhr

Jeroen Dijsselbloem (Vorsitzender der Eurogruppe)

Vortrag und Q&A
WU Wien, D4.2.008, Besprechungsraum, 2. Stock
Dienstag, 10. Juni, Zeit: tba

Feministische Perspektiven auf die Ökonomie und ihre Krisen

Buch- und Kurswechsel-Präsentation
mit Bettina Haidinger, Käthe Knittler, Katharina Mader, Christa Schlager, Mod.: Alyssa Schneebaum
WU Wien, TC.0.01
Mittwoch, 11. Juni, 19 Uhr

Spezialisierungsmesse VW/SozÖk

Donnerstag, 12. Juni, 12-17 Uhr, WU Wien

Perspektiven der Regulationstheorie

Workshop mit Vanessa Redak und Roland Atzmüller
WU Wien, D4.0.019
Dienstag, 17. Juni, 14-16 Uhr

From Loanable Funds to Endogenous Money

Vortrag von Prof. Steve Keen
WU Wien, TC.0.01
Freitag, 20. Juni, 17 Uhr

Die VWL geht wandern – VW-Wandertag und VW-Heurigen

Treffpunkt: vor dem D4
Freitag, 27. Juni, 12 Uhr

Thomas Piketty: Capital in the 21st Century

Buchpräsentation in der AK Wien
1040 Wien, Theresianumgasse 16-18, AK Bildungszentrum, Großer Saal
Freitag, 4. Juli, 15-17 Uhr

Juli

An Introduction to Post-Keynesian Economics and Political Economy

Workshop an der Kingston University London
Anmeldung bis 2. Juli
Donnerstag, 10. Juli – Samstag, 12. Juli

The Future of Capitalist Development, Un(der)employment and Inequality

Konferenz in der AK Wien
Keynotes: Stephany Griffith-Jones (Columbia University) und Engelbert Stockhammer (Kingston)
24. September – 26. September

Ausblick

1st Austrian Conference on International Resource Politics – Towards International Resource Fairness

Universität Wien
4.-6. Dezember

Veranstaltungskalender